

Die Brandmauer, die nicht hält
Ein Einschnitt - nicht ohne Folgen
Gedanken

Nur noch wenige Tage sind es bis zur vorgezogenen Bundestagswahl. Über Monate hatte sich das Auseinanderbrechen der sog. Ampel abgezeichnet - ein von der FDP geplantes Auseinanderbrechen in einer Zeit, in der weitsichtiges und verantwortungsvolles politisches Agieren nötig gewesen wäre, vor allem mit Blick auf den Regierungswechsel in den USA. Bizarrr und erschreckend deutlich wurde in der darauf folgenden Zeit, wie gefährdet die Demokratie auch in Deutschland ist und wie sehr sich in den Parteien der sog. Mitte, d.h. auch bei den Grünen, rechte autoritäre fremdenfeindliche Haltungen durchgesetzt haben. Nicht das Problem des immer aggressiveren gesellschaftlichen Klimas, nicht die Zunahme rechter Gewalttaten¹, nicht die Ausgrenzung und Bedrohung von Minderheiten dominieren die politische Auseinandersetzung. Erst recht nicht die Frage nach den Ursachen dieser über Deutschland und die EU hinaus reichenden Entwicklung und das Suchen nach Antworten. Was ist mit den zentralen Themen, auf die endlich Antworten gegeben werden müssen? Dazu gehören: Die Klimakatastrophe und ihre Folgen, wie das Aufheizen der Innenstädte und die erwartete Zunahme von Hitzetoten und auf der anderen Seite die Zunahme von Überschwemmungen. Dazu gehören die marode Infrastruktur, ausgedrückt in fehlendem bezahlbarem Wohnraum, kaputten Schulen, fehlenden Kita-Plätzen, dem nicht funktionierenden ÖPNV. Wie kann eine menschenwürdige Versorgung der kranken, behinderten und alten Menschen gewährleistet werden? Noch weiter weggeschoben, aber für die Betroffenen bereits jetzt eine ungelöste Frage ist die nach den Renten. Was ist zu tun, damit die, die bereits in 10 oder 20 Jahren in Rente gehen, Altersbezüge haben, von denen sie leben können? Schließlich die brennende Frage, wie eine Transformation der Wirtschaft aussehen muss: Wie gelingt es, zu einer Wirtschaft zu finden, deren Grundlage nicht das Ausplündern der weltweiten Rohstoffvorkommen ist? Wie muss eine Wirtschaft aussehen ohne Massenkonsum und riesige Müllberge auf der einen Seite und Konzentration von irrem Reichtum und damit verbundener wachsender Macht in den Händen von immer weniger Menschen? Schließlich: Was ist zu tun, damit all die nötigen und tiefgreifenden Veränderungen in der Bevölkerung verstanden werden und Akzeptanz finden, damit nicht Angst, Wut, Hass und Gewaltbereitschaft zunehmen und weiter um sich greifen und die Demokratie gestärkt wird?

Doch zum dominanten Thema werden die hier lebenden Geflüchteten und Migranten gemacht und die von Einzelnen begangenen Gewalttaten. Gewalttaten, die gegen den Willen der Angehörigen der Opfer instrumentalisiert, missbraucht werden für politische Interessen². So bittet die Familie des 41jährigen Mannes, der in Aschaffenburg der

¹ Rekord rechtsextremer Straftaten: „Erschreckender Aufwärtstrend“
Rechtsextreme Straftaten erreichen neuen Höchststand: mehr als 40.000 Delikte.
(TAZ 14.2.2025 - Von Konrad Litschko)
(siehe S. 13-14)

² Auch Freunde und Angehörigen der am 14.2.2025 getöteten Mutter und ihrer kleinen Tochter bitten darum, die Tat nicht zu instrumentalisieren:
„Wir möchten uns zunächst bei denen herzlich bedanken, die aufrichtige Anteilnahme und Solidarität gezeigt haben. Wir bedanken uns bei den Hilfskräften, bei den Pflegekräften, Ärzt*innen für die gute Unterstützung, Begleitung und für den

attackierten Kindergartengruppe zu Hilfe kam und dabei, ebenso wie ein zweijähriger kleiner Junge, getötet wurde:

"Kai-Uwe war weder politisch aktiv noch einer Partei zugehörig. Es gibt keine Bilder von ihm im Internet. Die dort gezeigten Fotos, auch mit Parteihintergrund, sind eine Fälschung. Wir sind zutiefst bestürzt über dieses respektlose Verhalten und bitten darum, unseren Schmerz nicht auszunutzen". (..)

Der 41-Jährige sei ein liebevoller Vater, Ehemann, Bruder und Freund gewesen – und immer bereit gewesen, zu helfen und zu unterstützen (..)“.

Weiter heißt es, die Familie bitte darum zu respektieren, "dass wir unseren Verlust in Ruhe und außerhalb der Öffentlichkeit verarbeiten möchten". Sie bedanke sich „ für die große Anteilnahme und sprach der Familie des getöteten Zweijährigen ihr Beileid aus“.

Genau das aber wird von politischer Seite nicht respektiert: Afghanen, die in Deutschland Zuflucht gesucht haben, werden unter Generalverdacht gestellt, in Sippenhaft genommen. So fordert der Bayrische Ministerpräsident wöchentliche Abschiebeflüge nach Afghanistan, „einen Einreisestopp für Menschen aus Afghanistan und ein Aussetzen der Visa-Vergabe an diese. `Es reicht. Deutschland braucht einen Afghanistan-Sofortplan´(..). Allein in Bayern befänden sich fast 2.000 ausreisepflichtige Afghanen, knapp 200 davon seien schwere Straftäter³.

Unterschlagen wird dabei, dass der Täter von Aschaffenburg legal in Deutschland lebt und eine Arbeitserlaubnis hatte.

Wie kann ein Mensch, der Zuflucht in Deutschland gefunden hat, sich hier sicher wissen, Ruhe und Vertrauen finden, das Erlebte bearbeiten und beginnen, Pläne zu machen, wenn ihm mit Misstrauen und Ablehnung begegnet wird, wenn er – nur weil er das Herkunftsland mit einem Straftäter teilt – auch zum Straftäter gemacht wird?

Im Kontext der wachsenden Gewalt, des zunehmenden Hasses und der Angst nun finden am 29. und am 31. Januar 2025 Sitzungen im deutschen Bundestag statt:

Da wurde am 29.1. zunächst an die Opfer des Holocaust erinnert. Noch einmal berichtete ein Zeitzeuge in der Hoffnung, warnen zu können, nachdenklich zu machen und dazu beizutragen, dass wir Lehren ziehen aus den Verbrechen unserer Väter/Eltern, Groß- und Urgroßväter/-eltern. Weil es die Vergangenheit ist, die uns Gefahren, Fehlentscheidungen,

emotionalen Beistand. Amel ist in Algerien geboren und ist mit vier Jahren nach Deutschland gekommen. Sie studierte Umweltschutz in Köln und Bingen. Seit 2017 war sie Beschäftigte der Landeshauptstadt München als Ingenieurin. Sie war Projekt- und Sachgebietsleitung.

*Gemeinsam mit ihrem Mann und ihrer Tochter Hafsa lebte sie seit 2017 in München. Amel war ein Mensch, der sich für Gerechtigkeit eingesetzt hat. War aktiv für Solidarität, Gleichheit und setzte sich für Arbeitnehmer*innenrechte ein und gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung. Ihr war es sehr wichtig, ihrer Tochter diese Werte mitzugeben.*

Wir möchten bekräftigen, dass der Tod und der Verlust nicht benutzt werden, um Hass zu schüren und ihn politisch zu instrumentalisieren. Wir haben mit dieser Erklärung alles gesagt und möchten eindringlich darum bitten, von Anfragen abzusehen, da die Trauer und der Verlust nun im Vordergrund stehen.“

*Familie und Freunde
(BR24 – 30.01.2025)*

³ Tagesschau 16.2.2025

falsche, gefährliche Entwicklungen zu sehen und deren Ursachen zu erkennen hilft, Möglichkeiten zur Überwindung von Misstrauen, Hass und Feindschaft. Weil sie uns sehen hilft, Kontinuitäten zu erkennen und wachsam zu sein.

Im Bundestag wird anschließend der Opfer der Anschläge in Magdeburg und Aschaffenburg gedacht. Und aus dem Mund von Olaf Scholz heißt es dazu: „Wieder ein Täter, der den Schutz missbraucht hat.“

Ein Wort der Selbstkritik fehlt und auch jeder Hinweis auf gravierende Versäumnisse: das Versäumnis, Menschen, die nach Deutschland kommen, in ein ihnen fremdes Land, Hilfen zu geben⁴: Sprachkurse zu allererst, praktische Alltagshilfen, aber auch deren Erfahrung von Flucht, Verfolgung und Entwurzelung ernst zu nehmen, ebenso die Sorgen um die zurück gebliebene Familie und Freunde. Dazu gehört: einen Schulabschluss machen zu können, eine Ausbildung oder im erlernten Beruf zu arbeiten. Dazu gehört gerade nicht: Angst und Perspektivlosigkeit zu verstärken und die Hürden, Fuß fassen zu können, unüberwindbar zu machen. Dazu gehört schließlich, den vielfach traumatisierten Geflüchteten die nötige Hilfe zuteil werden zu lassen, um die gemachten traumatischen Erfahrungen zu bearbeiten und damit leben zu lernen, so schwer das fällt.

Was in Deutschland den Überlebenden des Holocaust nicht zuteil wurde, wird bis heute traumatisierten Menschen noch immer viel zu selten zuteil: medizinische, psychologische Hilfe und empathische Begleitung.

Doch statt Offenheit werden Misstrauen und Ablehnung bis zum Hass gegenüber Fremden bedient und politisch missbraucht.

⁴ *Erinnert sei an die sog. Russlanddeutschen:*

„Die Aussiedlung in die Bundesrepublik war für viele Russlanddeutsche mit einer Erfahrung verbunden, die sich treffend als "doppelte Fremdheit" beschreiben lässt. Auf den Punkt gebracht wird diese Erfahrung mit dem oft zitierten Satz "dort waren wir die Deutschen (bzw. die Faschisten), hier sind wir die Russen". In der Sowjetunion blieben die Russlanddeutschen trotz des durch Deportation und Verbannung erlittenen Verlusts der deutschen Sprache über ihre Namen und aufgrund des Nationalitätenvermerks im Inlandspass als Deutsche identifizierbar. In Deutschland wurden sie hingegen aufgrund des Gebrauchs der russischen Sprache als "Russen" identifiziert, oft in diskriminierender Absicht.

Gleichzeitig verlief die Ankunft und Eingliederung in der Bundesrepublik nicht so reibungslos, wie sich dies Politik und auch die Aussiedler selbst gewünscht hatten. Zwar erhielten die Aussiedler (ab 1993 offiziell als Spätaussiedler bezeichnet) die deutsche Staatsbürgerschaft und umfassende Eingliederungshilfen in Form von finanzieller Starthilfe sowie Sprachkursen. Diese Maßnahmen wurden jedoch aufgrund des insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre intensiven Zuzugs von über 200.000 Menschen pro Jahr genau dann zurückgefahren, als sie am meisten benötigt wurden. Bei den Integrationsproblemen der Russlanddeutschen standen Phänomene von "Ghettobildung", Jugendkriminalität, Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung im Mittelpunkt. Gründe dafür waren migrationsbedingte Entwurzelung, mangelnde Sprachkenntnisse und mit dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt nicht kompatible Qualifikationen.“

(in: Russlanddeutsche und andere postsozialistische Migranten - Wer sind die Russlanddeutschen? Jannis Pangiotidis, bpb 13.07.2017)

Siehe auch:

Traumareferent zu Aschaffenburg

„Viele Menschen werden erst in Deutschland richtig krank“; Psychisch kranke Geflüchtete seien unzureichend versorgt, sagt Leo Teigler vom Dachverband der Psychosozialen Zentren. Und es werde weiter gespart.

(TAZ 28.1.2025- Interview von Marco Fründt)

(siehe S.14-15)

Opfer wurden und werden wieder und wieder zu Tätern gemacht.

Zu Beginn der 1990er Jahre waren es Brandanschläge auf Unterkünfte in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen, Mölln, Hünxe, die von sog. Vertragsarbeitern, sog. Gastarbeitern und ihren Familien oder Geflüchteten bewohnt wurden. Anstatt dass ihnen geholfen wurde, waren sie einem johlenden Mob und passiver Polizei ausgeliefert. Und: Statt die Täter zu verfolgen und vor Gericht zu stellen, wurden die ehemaligen Vertragsarbeiter abgeschoben in ihre Herkunftsländer, u.a. nach Vietnam und Mosambik. Wurden sie jemals entschädigt?

Von den Opfern der NSU-Morde hieß es, sie seien vermutlich verstrickt in kriminelle Machenschaften. Wie viele Leben hätten gerettet werden können, wenn die Ermittlungen von Beginn an offen und ohne von Fremdenfeindlichkeit geprägte Vorurteile erfolgt wären?!

Überlebende und Angehörige des in Hanau am 19. Februar 2020 von einem Rechtsradikalen verübten Attentats, bei dem neun Menschen ermordet und sieben verletzt wurden, fühlen sich bis heute allein gelassen, so als ob sie einen Kampf gegen dicke, undurchdringbare Mauern führen.⁵

*Dass die Mehrzahl derer, die in Deutschland als Geflüchtete Aufnahme erhofft oder hier bereits lebt, nicht kriminell ist, arbeiten möchte, wenn sie dürfte, für ihren eigenen Unterhalt sorgen und Deutsch lernen würde, wenn ihnen das ermöglicht würde, wird von Olaf Scholz und anderen Redner*innen nicht erwähnt - anders Heidi Reichinnek, Die Linke. Vielmehr werden Betroffene zu Menschen erklärt, vor denen Deutsche geschützt werden müssten.*

*Anfang der 1980er Jahre war es die am äußerst rechten Rand stehende Partei „Die Republikaner“, die von „Scheinasylanten“ redete. Für die Parteien der sog. Mitte war das kein Grund, sich umso mehr für Migrant*innen und Geflüchtete einzusetzen und die Hetze als solche deutlich zu benennen.*

Zu Beginn der 1990er Jahre waren es CDU/CSU, die sich mit Fremdenfeindlichkeit besonders hervortaten, von „Asylantenschwemme“ redeten und davon, dass Asylsuchende einzig kämen, um Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Mit Slogans wie „Das Boot ist voll“, „Asylantenflut stoppen“ oder „Kinder statt Inder“ taten sich Politiker wie Roland Koch und

⁵ Gedenken - Wie hat sich Hanau fünf Jahre nach dem Anschlag verändert?

Am 19. Februar 2020 tötete ein 43-Jähriger in Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven. Danach erschoss er seine Mutter und sich selbst. Wie blickt die hessische Stadt fünf Jahre später auf die Tat?

(DLF - Von Ludger Fittkau 14.02.2025)

(siehe S.16-17)

Siehe auch:

„Was habe ich diesem Land getan?“

Fünf Jahre nach dem rechtsextremen Anschlag in Hanau begleitet die brutale Tat Überlebende und Angehörige jeden Tag. Ihre Enttäuschung über Polizei, Justiz und Politik ist groß. Aufgeben wollen und werden sie nicht

(TAZ 15./16.2.2025 - Yağmur Ekim Çay)

(siehe S.18-20)

Jürgen Rüttgers, beide CDU, zu Wahlkampfzwecken hervor, bedienten Ängste und schürten Ablehnung. Die Älteren unter uns werden sich vermutlich erinnern an das aufgeheizte Klima und den wachsenden Hass, dem auch die SPD nicht widerstand.

Es war dieses aufgeheizte Klima, das dazu beitrug, dass 1993 das im Grundgesetz festgehaltene Recht auf Asyl (eine Lehre aus der Nazizeit) in einem von CDU/CSU, SPD und FDP getragenen Beschluss faktisch abgeschafft wurde.

Und es ist diese in Deutschland seit Ende des 2. Weltkriegs nie verstummte Fremdenfeindlichkeit, mit der heute Friedrich Merz⁶ Politik macht mit Parolen und Forderungen, derer sich auch die AfD bedient und die in weiten Teilen bei CDU und FDP tief verankert sind, derer sich aber auch Innenministerin Faeser und Teile der SPD bedienen und sogar die Grünen. Und es ist diese fremdenfeindliche Tradition, die zeigt, dass allem Reden von der Brandmauer, die es zu halten gelte, misstraut werden muss so wie jedem anderen Gerede auch. Denn die Fremdenfeindlichkeit sitzt tief in unserer Gesellschaft, auch (oder erst recht?) in der sog. bürgerlichen Mitte, die sich immer stärker nach ganz rechts außen geöffnet hat, ⁷statt entschieden davon sich abzugrenzen, genauso wie vom Rechtspopulismus.

Nur als Ausdruck und Folge dieser Fremdenfeindlichkeit ist für mich erklärbar, warum sog. Ortskräfte und ihre Familien, die in Afghanistan für deutsche Behörden und Organisationen gearbeitet haben und nach der Machtübernahme der Taliban im Aug. 2021 bedroht an Leib und Leben flüchten mussten, noch immer nicht ausgeflogen sind nach Deutschland, wieso sie verharren müssen in Flüchtlingslagern in Pakistan, wo ihnen inzwischen die Abschiebung zurück nach Afghanistan droht?⁸

Was hat Friedrich Merz veranlasst, ausgerechnet am 29. Januar seinen vermutlich lange vorbereiteten Entschließungsantrag einzubringen, von dem er wissen musste, dass eine Annahme im Bundestag nur mit den Ja-Stimmen der AfD möglich war? Meine Antwort: Merz will eine Politik des Durchgreifens. Er will Strukturen schaffen, in denen autoritäres Entscheiden von oben verfestigt und Bürgerbeteiligung mit allem, was dazu gehört abgeschafft, mindestens zurückgedrängt wird: Erklären, Debatten, Überzeugungsarbeit leisten, Zuhören und gemeinsam, wenn auch mühselig, Lösungen finden. Dafür geht er auf

⁶ Die Rechtstreiber der CDU

Die CDU rückt nach rechts – und das seit schon lange vor dem Attentat in Aschaffenburg. Einige Wirtschaftslobbyisten und Denkfabriken untergraben aktiv die Brandmauer. Der nächste mögliche Tabubruch: eine Minderheitsregierung.

(Correctiv von Gabriela Keller , Annika Joeres , Stella Hesch)

(siehe S. 20 -33)

⁷ Siehe auch:

Populistische Blendgranaten

(Von Johanna Henkel-Waidhofer, Kontext 724 vom 12.02.2025)

(siehe S.33-36)

⁸ *Afghanische Flüchtlinge in Pakistan: Abschiebungen trotz deutscher Aufnahmezusage*

(Tagesschau 07.01.2025 Von Martin Kaul, WDR)

(siehe S.36-37)

Stimmenfang, will Stimmen von AfD und BSW zu sich ziehen und die CDU immer weiter nach rechts rücken, um seine Dominanz nicht nur gegenüber der „Merkel-Fraktion“ durchzusetzen. Er will die Tür hin zur AfD weiter öffnen und offen halten, um dort, wo er mit dem Widerstand der übrigen Parteien rechnen muss, die Zustimmung zu bekommen, die er sucht. Wie hatte er doch 2023 gesagt? Die CDU sei die „Alternative für Deutschland mit Substanz“⁹. Auch wenn er daraufhin heftigen Protest ertete: Friedrich Merz hat kein Problem damit, mit der AfD gemeinsam Politik zu machen – wenn auch möglicherweise nicht in einer Regierungskoalition, so doch mit deren Unterstützung, zumal es auf kommunaler Ebene diese Zusammenarbeit schon längst gibt¹⁰.

Mit der Heftigkeit der Reaktionen von Mitgliedern bis hin zu Parteiaustritten auf den Entschließungsantrag am 29. und das sog. Zustrombegrenzungsgesetz (was für ein Unwort!!) am 31. Januar hat Merz möglicherweise nicht gerechnet¹¹. Doch – das gehört für mich ebenfalls zu dem, was ich erschrocken beobachtet habe: Unter den im Bundestag vertretenen CDU-Abgeordneten hat nur (trotz, wie es heißt, Grummeln und Kritik am Biertisch) die in Erfurt lebende Noch-Abgeordnete Antje Tillmann¹² das Rückgrat besessen, gegen den Antrag von Friedrich Merz zu stimmen.

Und, auch das erschreckend: Der Abstand zur AfD und deren menschenverachtenden Haltung ist auch bei SPD und Grünen immer kleiner geworden. Das zeigen die sich inhaltlich in weiten Teilen kaum bis gar nicht unterscheidenden Debattenbeiträge¹³. Sorge um die Schutz und Zuflucht suchenden Menschen findet in der politischen Debatte und auch in den Medien, kaum noch Erwähnung. Berechtigte Gründe für Flucht und Migration scheint es nicht zu geben. Folglich ist es ein Leichtes zu behaupten, Deutschland und die Deutschen müssten, wie es heißt, geschützt werden durch

- *dauerhafte Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen,*
- *konsequente Zurückweisung aller Versuche illegaler Einreise,*

⁹ Tagesschau 28.7.2023.

¹⁰ Vgl. Brandmauer in sächsischen Kommunen - In Sachsen bröckelt's
Keine Zusammenarbeit mit der AfD? Ein Blick nach Sachsen zeigt: Auf kommunaler Ebene ist das längst Praxis. Neun Beispiele aus Stadt- und Kreisräten.

(TAZ 25./26.1.2025 - Von Konrad Litschko)
(siehe S. 37-40)

¹¹ Dazu auch Briefwechsel per Email zwischen Hermann Gröhe und Johannes
(siehe S. 40-43)

¹² Fünfpunkteplan der CDU/CSU - Die letzte Merkelianerin; Antje Tillmann ist die einzige Christdemokratin, die bei der Abstimmung des Antimigrationsantrags der CDU/CSU mit Nein stimmte. Dafür bekommt sie viele Respektsbekundungen.
(TAZ 31.1.2025 - Von Gereon Asmuth)
(siehe S. 44)

¹³ Grüne Asyl- und Sicherheitspolitik - In fünf Stufen zum harten Hund
Redundanz zahlt sich aus: Robert Habeck recycelt einen Acht-Punkte-Plan als Zehn-Punkte-Plan in der „Bild“ und dringt endlich als Hardliner durch.

(TAZ 5.2.2025 - Von Tobias Schulze)
(siehe S. 44-45)

- ein faktisches Einreiseverbot für Personen ohne gültige Dokumente,
- sofortige Inhaftierung von ausreisepflichtigen Personen und
- die Verschärfung des Aufenthaltsrechts für Straftäter und Gefährder.

Wer in Deutschland Asyl beantragen will, soll an der Grenze zurückgewiesen werden können, weil er/sie ja in den europäischen Nachbarstaaten sicher sei vor Verfolgung.

Zu fragen, wie es den abgewiesenen und in sog. Heimatländer abgeschobenen Menschen ergeht, bleibt (sofern möglich) der Recherche kritischer Medien und NGOs überlassen.

Nicht nur als Randbemerkung sei darauf hingewiesen, dass es auch anders geht. Für uns ist ein Beleg dafür Palermo, wo von 1985 bis 2000 und von 2012 bis 2022 der studierte Jurist Leoluca Orlando Bürgermeister war. Gezielt hat er, der sich auch durch seinen Einsatz gegen die Mafia einen Namen gemacht hat, dazu beigetragen, dass Palermo eine zwar arme, aber offene Stadt wurde, in der Fremde und Geflüchtete willkommen sind. „Wer sich hier in Palermo aufhält, ist Palermitaner“ – so Orlando 2017 in einem Gespräch, das wir mit ihm führen konnten, gemeinsam mit einer Gruppe, die über viele Jahre regelmäßig in Riesi auf Sizilien bei der Olivenernte geholfen und die jedes Mal zum Abschluss Tage in Palermo verbracht hat. In der „Charta von Palermo“ (im Internet auch auf Deutsch zu lesen) und in vielen von Palermitaner*innen und Geflüchteten realisierten Projekten und Einrichtungen war (und ist?¹⁴) diese Offenheit festgehalten und erlebbar.

Doch zurück:

Der folgende und anhaltende Protest gegen die Pläne von Friedrich Merz mag ein kleiner und beachtlicher Lichtblick sein. Sogar Frau Merkel, die bislang zu allem, was Merz gesagt, geplant und durchgesetzt hat, schwieg, äußerte sich jetzt¹⁵, ebenso eine große Zahl Kulturschaffender¹⁶ wie auch die Kirchen (in einer m. M. n. beachtlichen Stellungnahme, weil diese kenntnisreich und detailliert Bezug nimmt auf bestehendes Recht.)¹⁷

Besonders eindrücklich ist das Schreiben des 99jährigen Überlebenden und Arztes Leon Weintraub und seiner Frau¹⁸:

¹⁴ Der inzwischen 77jährige Orlando ist seit 2022 nicht mehr Bürgermeister

¹⁵ Erklärung von Bundeskanzlerin a.D. Dr. Angela Merkel zur Abstimmung im Deutschen Bundestag am 29. Januar 2025 (siehe S. 45-46)

¹⁶ Offener Brief von Kunst- und Kulturschaffenden: „Zum Fall der Brandmauer - gegen jede Zusammenarbeit mit der AfD“ 30. Januar 2025 – Vogue Germany (siehe S. 46-47)

Auch die Holocaust-Überlebende Eva Umlauf hat sich in einem Offenen Brief geäußert und an Friedrich Merz gewandt: Holocaust-Überlebende appelliert an Merz: Kehren Sie um; *Epd-Sonntagsblatt* 30.1.2025

¹⁷ >Gemeinsame Stellungnahme des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin – und der Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union zum Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland< vom 28.1.2025. – (im Anhang: separat)

¹⁸ Dr. Leon Weintraub appelliert an Merz: „Menschenfeindliches Zustrombegrenzungsgesetz“ aufgeben! (*Ärzte-Zeitung* 05.02.2025)

*Sehr geehrter Herr Merz,
voller Schrecken verfolgen meine Frau und ich Ihre derzeitige Politik. Als 99-jähriger Überlebender vom KL-Auschwitz und Häftling in Flossenbürg-82702, sowie auch anderen Lagern wende ich mich an Sie, Herr Merz, mit der dringenden Bitte, dieses menschenfeindliche „Zustrombegrenzungsgesetz“ nicht weiter zu behandeln.
Dringende Korrekturen in der Migrationspolitik sind sicherlich notwendig. Aber doch bitte nicht in der von Ihnen durchgeführten, verfassungswidrigen und rechtsradikalen Form. Arbeiten Sie mit Vernunft, mit demokratischen Parteien und vor allen Dingen unter den geltenden Gesetzen des deutschen Staates und der Europäischen Union. Die Folgen Ihrer derzeitigen Politik führen bereits schon wieder zu einer Fremdenfeindlichkeit und Polarisierung in der Gesellschaft, die wir Überlebenden des Holocausts so bitter am eigenen Leibe erfahren mussten. Arbeiten Sie mit demokratischen Parteien und Menschen guten Willens. Wenden Sie sich ab von rechtsradikalen Parteien in Deutschland und tragen Sie nicht zu eventuellen Triumphen im rechtsradikalen Lager bei.
Ich habe als Überlebender sehr unter der Propaganda und der Verblendung der Mitläufer im sogenannten 1000-jährigen Reich gelitten, ein großer Teil meiner Familie wurde ermordet. Bitte hören Sie nicht auf die Lockrufe der Rechten und vor allen Dingen, nehmen Sie ernst, was diese von sich geben, sie meinen, was sie propagieren! Unser Grundgesetz deklariert: „Asylrecht ist Menschenrecht“. Wir sind als Menschen geboren, bleiben Sie Mensch, Herr Merz.
Mit freundlichen Grüßen,
Dr. Leon Weintraub
Evamaria Loose-Weintraub*

Michel Friedman trat aus der CDU aus. Der Holocaustüberlebende Albrecht Weinberg gab sein Bundesverdienstkreuz zurück, ebenso der Fotograf Luigi Toscano.¹⁹

Erschreckend aber ist auch, erleben zu müssen, wie Friedrich Merz ein vorhandenes Problem missbraucht und für seine Interessen instrumentalisiert, wenn er von „täglichen stattfindenden Gruppenvergewaltigungen aus dem Milieu der Asylbewerber heraus“ spricht. Ja, Vergewaltigung von Frauen, Kindern und Jugendlichen, sexuelle Gewalt gegen Menschen, die nicht dem traditionellen Bild einer Beziehung von Mann und Frau entsprechen, sind ein großes Problem, auch in Deutschland, ein Problem, das bisher jedoch immer wieder beiseite geschoben, nicht ernst genommen wurde, u.a. von der CDU. Doch es ist kein Problem, das sich reduzieren lässt auf Asylsuchende. Es ist vielmehr ein großes, bislang weithin verdrängtes Problem von Männern. Hilfreich und erhellend scheint mir dazu ein Beitrag in der FR zu sein, der ähnlich auch im Stern zu finden ist²⁰.

¹⁹ Toscano gibt Bundesverdienstkreuz zurück: „Ich will nicht für so ein Deutschland stehen“; Der Mannheimer Fotograf Luigi Toscano gibt sein Bundesverdienstkreuz zurück – aus Protest gegen die gemeinsame Abstimmung von Union, FDP und AfD. (TAZ 31.1.2025 -Interview von Anastasia Magasowa)
(siehe S. 47-48)

²⁰Untersuchung der Merz-Behauptung: „Tägliche Gruppenvergewaltigungen“

Darüber hinaus frage ich:

Warum schrillen nicht alle Alarmglocken über Meldungen vom erschreckenden Anstieg der von Nazis ausgeübten Gewalt?²¹

Warum schrillen nicht die Alarmglocken über Meldungen von steigenden Übergriffen auf Unterkünften, in denen Geflüchtete leben?²²

*Dass dann das sog. **Zustrombegrenzungsgesetz**, dem zuzustimmen auch das BSW im Vorfeld angekündigt hatte und dessen Zustimmung durch SPD und Grüne Merz auf einem zu Recht „Erpressungsversuch“ bezeichneten Weg durchgesetzt werden sollte, keine Mehrheit fand, ist ein kleiner Lichtblick.*

Was sollte mit diesem Gesetz geleistet oder geregelt werden?

- 1. Im Aufenthaltsgesetz, das Ein- und Ausreise sowie den Aufenthalt von Ausländern regelt, sollte die „**Begrenzung**“ wieder als übergeordnetes Ziel festgeschrieben werden. Im Moment ist nur von Steuerung die Rede. Der Begriff „Begrenzung“ war 2023 gestrichen worden.*
- 2. Der **Familiennachzug** für subsidiär Schutzbedürftige sollte wegfallen. Das sind Menschen, die kein Asyl bekommen, aber aus anderen Gründen vorerst in Deutschland bleiben können. Dazu gehören viele Syrerinnen und Syrer. Im Moment dürfen aus humanitären Gründen pro Monat 1.000 Angehörige solcher Schutzberechtigter nach Deutschland kommen.*

Im Bundestag wird über Migration debattiert. Merz nennt „tägliche Gruppenvergewaltigungen“ aus dem „Asylmilieu“. Wie viel Fakt ist in dieser Aussage?

(Frankfurter Rundschau 02.02.2025- Von: Victoria Krumbek)

(siehe S. 48-49)

Um nicht den Eindruck zu erwecken, ich verschlüsse die Augen gegenüber positiven Maßnahmen, weise ich auch darauf hin, dass ebenfalls am vergangenen Mittwoch SPD und Grüne mit der Union sich „auf den letzten Metern (..) auf einen Entwurf für das Gewalthilfegesetz geeinigt (haben, erg.). Es soll die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen verbessern. Der Bund stellt dafür 2,6 Milliarden Euro bereit. Außerdem schreibt das Gesetz einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz für all die Frauen fest, die von Gewalt betroffen sind, ab 2032 soll er verbindlich gelten. Am Freitag wird der Entwurf voraussichtlich im Bundestag beschlossen, im Februar soll er den Bundesrat passieren.

*Ein anderes Vorhaben, das den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt stärken sollte, ist dagegen am Mittwoch endgültig gescheitert: Eine Verschärfung des Gewaltschutzgesetzes sollte eine elektronische Fußfessel für Gewalttäter*innen und verpflichtende Anti-Gewalt-Trainings bundesweit festschreiben. Hier konnten sich SPD und Grüne im Rechtsausschuss nicht mit der Union einigen.“ Dazu s. TAZ vom 30.1.2025: >Gewalthilfegesetz wird kommen - 2,6 Milliarden für Frauenhäuser und Beratungsstellen - SPD und Grüne einigen sich mit der Union auf mehr Geld für Frauenhäuser und Beratungsstellen. Ein Gesetz mit härteren Regeln für Täter scheitert aber.<*

²¹ *Vgl. Rekord rechtsextremer Straftaten - „Erschreckender Aufwärtstrend“- Rechtsextreme Straftaten erreichen neuen Höchststand: mehr als 40.000 Delikte. Das zeigt eine Anfrage von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke).*

(TAZ 14.2.2025 - Von Konrad Litschko)

(siehe S.49-50)

²² *Mehr Gewalt gegen Geflüchtetenunterkünfte - Im vergangenen Jahr registrierte die Polizei 218 politisch motivierte Angriffe –*

(TAZ 3.2.2025)

(siehe S.50-51)

3. Mehr Rechte für die **Bundespolizei**: Sie sollte künftig, wenn sie in ihrem Zuständigkeitsbereich – also etwa an Bahnhöfen – Ausreisepflichtige antrifft, selbst für eine Abschiebung sorgen können.

Mein Fazit: Auch wenn dieser Gesetzesantrag jetzt abgelehnt wurde, ist er nicht „vom Tisch“. Ein Lichtblick in Hinblick auf die Bundestagswahl ist dieses Abstimmungsergebnis nicht. Im Gegenteil.

Erinnern wir uns an die USA, wo die, die im Vorfeld über mögliche Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen Aussagen gemacht haben, sich durch und durch irrten – das Ergebnis ist bekannt. Und was dieser alte, jetzt erneut gewählte Präsident sowohl in den USA als auch weltweit in den kommenden Jahren seiner Amtszeit anrichtet und an demokratischen Strukturen zerstören kann und wird, wird nicht allein in den USA zum Tragen kommen. Verfolgen können wir das bereits aktuell in der Ukraine und den Trump'schen Absichten, dort einen Diktatfrieden und seine Interessen durchzusetzen. Doch weder die EU noch die bisherige Regierung und die im Bundestag vertretenen Parteien scheinen vorbereitet zu sein auf die aggressive und unberechenbare Politik eines Donald Trump und eines Elon Musk, dessen Macht allein durch seinen Reichtum möglich ist.

Dass jetzt Menschen überall in Deutschland auf die Straße gehen, ihr Nein zur fortschreitenden Entwicklung nach rechts zum Ausdruck bringen, ihr Nein zu AfD und dem diese tragenden Einfluss der Nazis, dass sie gegen die Politik von Friedrich Merz sind, ist wohlthuend. Doch: Auch wenn es mehr als eine Million Teilnehmende inzwischen waren, faktisch sind sie wenige. Und bezogen auf die Wahlberechtigten sind sie kein Grund, beruhigt zu sein. Was ist mit all denen, die jetzt schweigen? Wie viele von ihnen stimmen Friedrich Merz zu, unterstützen dessen Politik? Wie viele werden die AfD und Friedrich Merz jetzt erst recht wählen?

Die erschreckende Entwicklung nach rechts vollzieht sich seit vielen Jahren. Doch viele haben sie nicht ernst genommen, auch nicht der Staatsschutz. Wer von den Erfahrungen hören möchte, die wir seit den 1980er Jahren gemacht haben, kann sich gerne melden.

Wir wissen: Krisen schüren Angst und die Bereitschaft, sich mit einfachen Erklärungen zufrieden zu geben, auch wenn diese verkürzt, ja falsch sind und andere zu Sündenböcken machen, d.h. Menschen verantwortlich machen, sogar dann, wenn die nicht Ursache der Krise sind, vielmehr selbst deren Opfer. Krisen schüren Ängste, erst recht, wenn es sich um Krisen handelt wie die Klimakatastrophe, von der wir seit Jahrzehnten wissen (können) und die genauso lange verdrängt werden, kein oder nur Randthema in der gesellschaftlichen Debatte, in der Politik, erst recht der Wirtschaftspolitik sind und auch in der Sozialpolitik und der schulischen Bildung - trotz Fridays for Future.

Wir wissen, auch wenn wir es nicht wahrhaben wollen und oft nur schlecht oder kaum informiert sind: Die Krisen, in denen wir uns bereits befinden, sind riesengroß. Sie zwingen viele von uns loszulassen, uns zu trennen von dem, was wir Wohlstand nennen, was uns

Sicherheit gibt - obwohl diese Sicherheit andere in Unsicherheit stürzt und die Lebensgrundlagen zerstört, bereits zerstört hat.

Zu den Verdrängern, zu denen, die nicht sehen wollen die Folgen des eigenen Reichtums gehört auch Friedrich Merz²³. Das Klima interessiert ihn nicht. Wie sonst kann er weiterhin mit seinem Privatflieger scheinbar uneingeschränkt unterwegs sein?²⁴ Was Friedrich Merz will, ist kurzschlüssig und rücksichtslos, ein egoistisches Festhalten an dem, was ist, was ihm und denen, die ebenso reich oder noch reicher sind, nutzt, während es anderen die Lebensgrundlagen auf diesem Planeten entzieht, zerstört²⁵.

Demokratien können sterben. Unsere Demokratie ist bereits beschädigt.

Vorhandenes in Schutt und Asche zu legen, geht sehr schnell. Das gilt auch, besser erst recht für die Demokratie. Und: Es geht schnell, sich zu gewöhnen an Unfreiheit und Diktatur, erst recht für die Kinder, wenn sie nicht lernen, aufrecht zu gehen, mutig zu sein und zu fragen und diejenigen zu sehen, die Solidarität, Hilfe und Unterstützung brauchen²⁶. Noch gibt es Menschen, die erfahren haben, welch großer Wert, welch zivilisatorische Errungenschaft es ist, gelernt zu haben, selbständig zu denken, zu fragen, neben sich die anderen zu sehen und zu respektieren, gemeinsam Antworten zu suchen und Wege zu gehen, die allen gut tun. Zu diesen gehören auch wir, die Nachkriegsgeneration, die aufgewachsen ist unter Eltern und Lehrern, die von der Brutalität der Nazizeit geprägt waren und verweigerten, sich der Frage zu stellen: Wobei habe ich mitgemacht? Wie war es möglich, dass ich nicht wahrhaben wollte oder konnte, was die Nazis wollten, solange diese noch nicht an der Macht waren, obwohl es möglich war?

In einigen Kommentaren wird erinnert an eine Aussage aus dem Jahr 1935 von Joseph Goebbels, Propagandaminister unter Hitler:

„Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde. Die verfolgten Führer der NSDAP traten als Abgeordnete in den Genuss der Immunität, der Diäten und der Freifahrtkarte. Dadurch waren sie vor dem polizeilichen Zugriff

²³ Siehe: *Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz – corretiv*

²⁴ *Die reichen Unionschefs machen Politik für Reiche; Friedrich Merz und Markus Söder gehören zu den wohlhabendsten Politikern der Republik. Und was für ein Zufall: Ihre Politik nützt besonders den Reichen und schadet den Armen;*

(TAZ 1.2.2025 - Von Jost Maurin)

(siehe S. 62-63)

Und

Privatflugzeug von CDU-Kanzlerkandidat - Wie Merz durch die Bundesrepublik flog - Alle paar Tage ist Friedrich Merz' Privatflugzeug in den vergangenen Jahren gestartet. Das zeigt eine Datenanalyse der taz. Die Emissionen sind hoch.

(TAZ 14.2.2025 -Von Nicolai Kary und Lalon Sander)

(siehe S. 63-65)

²⁵ *"Sofortprogramm" der CDU: Parteitag soll Merz' Asylpläne beschließen;*

Die CDU will auf einem Parteitag am Montag ein "Sofortprogramm" für den Fall eines Wahlsieges beschließen. Teil sind auch Merz' umstrittene Migrationspläne. In der "Bild am Sonntag" sprach Merz von einer "Garantie" für eine Politikwende.

Tagesschau 02.02.2025

(siehe Seite 65)

²⁶ *Vgl. Erika Mann, Zehn Millionen Kinder – Die Erziehung der Jugend im Dritten Reich: Mit einem Geleitwort von Thomas Mann und einem Nachwort von Irmela von der Lühe, 9.-11. Tausend 1998 (Erstausgabe erschienen 1938 in Amsterdam)*

geschützt, durften sich mehr zu sagen erlauben als gewöhnliche Staatsbürger und ließen sich außerdem die Kosten ihrer Tätigkeit vom Feinde bezahlen. Aus der demokratischen Dummheit ließ sich vortrefflich Kapital schlagen.“

Bei der großen Demo am 8. Februar auf der Münchener Theresienwiese warnt der in Wien lebende Journalist Robert Misik vor einer Entwicklung wie der in Österreich: Wie kommt ein Land an den Rand eines Abgrunds, an dem Österreich sich aktuell befindet?

Die Antwort: „Allmählich und dann plötzlich.“ Über 30 Jahre wurde in Österreich das Klima vergiftet. Einzug hielt ein Wir-gegen-die, die anderen, die Flüchtlinge, die Asyl-, Aufnahme und Schutz Suchenden. „Erst ist es ein Tabubruch, dann wird es langsam zur gewohnten Übung. Es ist, das ist die Lehre aus meinem Land, so unschätzbar wichtig, dass Sie genau jetzt, genau bei den ersten Versuchen, den ersten Tabubrüchen, schon aufstehen und sagen: Halt, stopp, hier geht's steil bergab, da lauert der Abgrund!“²⁷

Warum schreibe ich das?

Weil ich davon überzeugt bin, dass es kein Alarmismus ist, sondern Realismus, wenn wir sowohl die politische Entwicklung in Deutschland, wie in Europa, den USA und weltweit mit den wachsenden Spannungen und Konflikten als große Gefahr sehen, getragen von Machtkämpfen autokratischer und diktatorischer Regime und schließlich die sich immer weiter zuspitzende Klimakatastrophe und das erschreckende Festhalten an einer Wirtschaft, die auf der fortschreitenden Ausplünderung unseres Planeten beruht, auf mehr Wachstum, mehr Profit, mehr Konsum - und immer mehr Müll.

Weil ich davon überzeugt bin, dass wir dazu beitragen müssen, dass die Menschen, die alternative Wege suchen und gehen, Wege, die aus der Zerstörung führen, unüberhörbar werden. Wir müssen dazu beitragen, dass die, die nach uns kommen, in einer friedlicheren und lebenswerteren Welt leben können, in einer Welt, in der nicht die Starken, Reichen und Mächtigen entscheiden, wer leben darf und wer nicht. Wenn wir nicht innehalten und unsere Vorstellungen von Wohlstand ändern, werden es die verbleibenden Ressourcen und Lebensräume es nicht mehr erlauben, dass alle leben können.

Aber auch, weil der Weg, den Deutschland geht, sehr genau verfolgt wird, insbesondere von denen, zugegeben nur noch wenigen Lebenden, die unter den von Deutschen begangenen Verbrechen gelitten haben. Doch da, wo die Zeitzeugen nicht mehr leben, sind es ihre Familien, in denen die Erinnerung weiterlebt. Sie fragen sich und uns: Was habt ihr gelernt? Oder ist das, was ihr für euch jahrelang in Anspruch genommen habt, nämlich dass ihr aus den von euren Vätern, Großvätern, euren Lehrern begangenen Verbrechen gelernt habt, nur eine leere Phrase?

²⁷ „Wir werden nicht gemütlich sein“ – Robert Misik
(TAZ 10.2.2025)

Der Publizist Robert Misik warnt in seiner Rede davor, wie Demokratien schrittweise erodieren und dann abrupt kippen können. Er zeichnet ein alarmierendes Bild der politischen Lage und mahnt zur Wachsamkeit (TAZ 10.2.2025 – Robert Misik)
(s. Seite 66-67)

*Die Zeiten sind ungewiss und sie werden vermutlich noch ungewisser. Deshalb dürfen wir nicht wegsehen, müssen weiter sehen als uns selbst und unsere eigenen Interessen und unseren Wunsch nach Ruhe. Deshalb ist der Ausgang der Bundestagswahl, die vor uns liegt, so wichtig, ist es wichtig, dass wir die Handlungsräume, die wir haben, erhalten und stärken, dass wir sie nicht aufgeben und denen überlassen, die sowieso machen, was sie wollen, die das Mitwirken der Bürger*innen auf das Wählen begrenzen wollen.*

Das sage ich mir immer wieder aufs Neue. Und ich möchte es Euch sagen – als gegenseitige Ermutigung und -ja auch- Mahnung.

Dortmund, 18.2.2025

Anhang:

Ad 1.

Rekord rechtsextremer Straftaten - „Erschreckender Aufwärtstrend“

Rechtsextreme Straftaten erreichen neuen Höchststand: mehr als 40.000 Delikte. Das zeigt eine Anfrage von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke).

TAZ 14.2.2025 - Von Konrad Litschko

Berlin taz | Es ist ein dramatischer neuer Höchststand: Im vergangenen Jahr stieg die Zahl rechtsextremer Straftaten nach vorläufiger Zählung auf ein Rekordhoch, auf 41.406 Delikte. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) hervor, die der taz vorliegt. Unter den Delikten waren auch 1.443 Gewalttaten – auch das ist eine Rekordzahl.

Und: Die Zahlen können sich durch Nachmeldungen noch erhöhen. Die finale Jahresstatistik will das Bundeskriminalamt im Mai präsentieren. Schon die jetzigen Zahlen aber markieren einen Höchststand seit Einführung der Statistik beim Bundeskriminalamt (BKA) im Jahr 2001. Bereits zu Jahresbeginn waren die Zahlen bis Ende November 2024 bekannt geworden, in denen mit knapp 34.000 Delikten ein Negativrekord erreicht war.

Dabei hatte es erst im Jahr 2023 einen Höchststand rechtsextremer Straftaten gegeben: Damals waren es 28.945 Delikte – ein Anstieg um 23 Prozent zum Vorjahr. Die rechten Gewalttaten wuchsen um 8,5 Prozent auf 1.270 Delikte an. Schon damals warnte BKA-Präsident Holger Münch vor einer Radikalisierung in Teilen der Gesellschaft. Nun ist der Sprung der Zahlen nach oben nochmal deutlich größer.

„Ein eindeutiger Arbeitsauftrag“

Petra Pau spricht von einem „erschreckenden Aufwärtstrend“ und einer wachsenden Gefahr des Rechtsextremismus. In den vergangenen fünf Jahren habe man nahezu eine Verdopplung der registrierten Straftaten erlebt. Dagegen sei „viel zu wenig passiert“, sagte Pau der taz.

Der Aktionsplan gegen Rechtsextremismus von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sei ein „zahnloser Tiger geblieben“. Dazu komme „Stimmungsmache“, auch der Regierung, gegen Geflüchtete und Migranten. „So fühlen sich rechte Gewalttäter zunehmend in ihrem Handeln legitimiert“, so Pau. Die Entwicklung sei „eine Warnung und ein eindeutiger Arbeitsauftrag an den 21. Bundestag“.

*Der Anstieg im Jahr 2024 begründet sich etwa durch rechtsextreme Straftaten in den Wahlkämpfen zum Europaparlament und den Landtagen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Eine Attacke auf den sächsischen Europaspitzenkandidaten der SPD, Matthias Ecke, sorgte bundesweit für Entsetzen. Zudem formierte sich wieder eine junge, gewaltbereite Neonazi-Szene, die mit Angriffen auf CSDs oder demokratische Politiker*innen auffiel.*

Unter den Straftaten 2024 ist auch ein vollendetes Tötungsdelikt im Dezember, das die Polizei als rechtsextrem motiviert einstuft.

Ministerin Faeser hat Trend nicht aufgehalten

Faeser hatte bereits kurz nach ihrem Amtsantritt im Frühjahr 2022 einen Zehn-Punkte-Plan gegen Rechtsextremismus vorgelegt. Während einige Punkte wie eine Anlaufstelle für bedrohte Amts- und Mandatsträger*innen eingelöst wurden, blieben andere Punkte offen, darunter eine Verschärfung des Waffenrechts.

Faeser hatte im Januar, als sich der Anstieg der Zahlen schon abzeichnete, betont, man setze „alle Instrumente unseres Rechtsstaats ein, um Menschen in unserem Land vor rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Taten zu schützen“.

Der Anstieg liege auch daran, dass mehr ermittelt werde. Entscheidend sei, Straftäter schnell vor Gericht zu bringen und der rechtsextremen Szene, Waffen und Gelder zu entziehen, so Faeser. Zudem brauche es politische Bildung als „beste Prävention gegen Extremismus“. Auch die Gesellschaft selbst müsse aber aktiv werden.

Ad 4.

**Traumareferent zu Aschaffenburg - „Viele Menschen werden erst in Deutschland richtig krank“
Psychisch kranke Geflüchtete seien unzureichend versorgt, sagt Leo Teigler vom Dachverband der
Psychosozialen Zentren. Und es werde weiter gespart.**

TAZ 28.1.2025- Interview von Marco Fründt

taz: Sie arbeiten mit psychisch kranken Geflüchteten und als Referent*in beim Dachverband der Psychosozialen Zentren. Wie hoch ist der Bedarf?

Leo Teigler: Studien zeigen, dass rund 30 Prozent der Geflüchteten an einer posttraumatischen Belastungsstörung leiden. Im Jahr 2022 wurden in den psychosozialen Zentren 25.861 geflüchtete Personen versorgt. Setzt man das ins Verhältnis, konnten also nur 3,1 Prozent derjenigen, die Bedarf haben, versorgt werden.

taz: Wie viele psychosoziale Zentren gibt es bundesweit?

Leo Teigler: 51. Es gibt natürlich darüber hinaus auch einige niedergelassene Psychotherapeut*innen und einige Traumaambulanzen oder andere Ambulanzen in Kliniken, die sich Geflüchteten annehmen. Aber das ist eine sehr geringe Zahl. Die Regelversorgung ist schlecht aufgestellt für diese Zielgruppe.

taz: Mit welchen Problemen haben die Zentren zu tun?

Leo Teigler: Ein Problem ist auf jeden Fall die Finanzierung. Sie macht es schwierig, Fachkräfte zu halten, weil in der Regel befristete Verträge ausgestellt werden oder es keine Aussicht auf eine längere Anstellung gibt.

Und es ist natürlich auch problematisch, wenn die psychosozialen Zentren mit der Regelversorgung nicht gut zusammenarbeiten können. Nicht jedes PsZ kann darauf setzen, einen guten Kontakt zum Beispiel zu einer psychiatrischen Klinik zu haben. Auch die Sprachmittlung ist eine Leistung, die die psychosozialen Zentren selbst finanzieren müssen.

taz: Der Mann, der in Aschaffenburg mutmaßlich zwei Menschen erstochen hat, wurde mittlerweile in eine psychiatrische Klinik überwiesen. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den von Ihnen geschilderten Problemen und Fällen wie diesem?

Leo Teigler: Das kann man so pauschal nicht beantworten. Ich glaube, dass es weniger wahrscheinlich wäre, dass so etwas passiert, wenn es für alle Menschen eine bessere Versorgung geben würde. Auch in Psychiatrien und dem Rest der Regelversorgung. Es gibt definitiv strukturelle Versäumnisse in der Gesundheitsversorgung, die jetzt migrationspolitisch ausgeschlachtet werden, was katastrophal ist. Wenn in einem psychosozialen Zentrum Fremd- oder Selbstgefährdung bei Klient*innen festgestellt wird, müssen diese sofort in eine psychiatrische Klinik verwiesen werden. Im psychiatrischen Arbeiten ist es aber nie zu 100 Prozent möglich, abzuschätzen, ob eine Person nicht nach Behandlungsabschluss aus irgendwelchen Gründen nochmal in psychotische Zustände gerät.

taz: Was sind die Fälle, die Ihnen in Ihrer Arbeit begegnen und wie gehen Sie damit um?

Leo Teigler: Der absolute Großteil der Klient*innen erlebt viel Gewalt. Erst als Fluchtgrund, dann während der Flucht. Und dann auch hier in Deutschland, was die Unterbringung angeht, was die Wartezeiten angeht, was den Zugang zu Hilfesystemen angeht. Der absolute Großteil der Menschen, der in den PsZ Hilfe sucht,

ist sehr dankbar für diese Unterstützung, weil die Menschen ansonsten eben keine Hilfe im System bekommen.

Es gibt auch viele Menschen, die erst in Deutschland wirklich krank werden, die ihre traumatischen Erfahrungen vorher im Überlebensmodus noch verkraftet haben und erst hier Symptome ausbilden. Gerade in dieser politischen Situation, in der sehr viel mehr Diskriminierung und rassistische Gewalt stattfindet.

taz: Wie sehen Sie die „Law and Order“-Politik, die jetzt unter anderem von der Union gefordert wird?

Leo Teigler: Diese Idee, Register für psychisch kranke Menschen einzuführen, erinnert an die NS-Zeit. Ich finde das aus fachlicher und aus politischer Perspektive menschenverachtend.

Menschen, die Gewalt erlebt haben und eine gute Versorgung bekommen, sind überhaupt kein Risiko für irgendjemanden. Dass dies aber suggeriert wird, zusätzlich zu der Gewalt, der Menschen ausgesetzt sind, macht uns sprachlos.

Es sind Personen, die extreme zwischenmenschliche Gewalt erfahren haben, Krieg, Verfolgung, Folter, Vergewaltigungen. Das überlebt zu haben, sich mit letzter Kraft noch Hilfe zu suchen und dann als gefährlich gelabelt zu werden, ist gerade für Deutschland mit seiner Geschichte wirklich eine Schande.

taz: Sehen Sie ein Behördenversagen?

Leo Teigler: Ja. Es wird eine Situation hergestellt, in der Prekarität herrscht, in der es keine Kapazitäten gibt, vermeintlich. Und dann werden Probleme, die dadurch entstehen, auf dieses System geschoben, das man selbst schlecht ausgestattet hat.

taz: Sie hatten gesagt, die Zahlen derer, die gewalttätig werden, sind verschwindend gering. Dennoch sind dies die Fälle, auf die sich die Politik stürzt. Kann man Gewalt durch traumatisierte Menschen verhindern?

Leo Teigler: Ich würde sagen, das ist eine fehlgeleitete Frage. Gewalt passiert aus unterschiedlichen Gründen und nicht nur ausgelöst durch Traumatisierung. Es sind so viele Menschen traumatisiert, wenn das der Schlüssel wäre, um gewalttätig zu handeln, würde das sehr viel häufiger passieren.

Grundsätzlich hilft gegen Gewalt natürlich immer, dass Menschen versorgt sind, dass sie teilhaben können an der Gesellschaft, dass jemandem auffällt, wenn sie Unterstützung brauchen. Und das wird durch dieses System, was wir haben, strukturell extrem schwierig gemacht.

Wie finanzieren Sie Ihre Arbeit mit Geflüchteten?

Leo Teigler: Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz besteht für Schutzsuchende in den ersten drei Jahren nur bei akuten Erkrankungen oder Schmerzzuständen ein Anspruch auf Versorgung. Ob Psychotherapie darunter fällt, liegt im Ermessen des jeweiligen Sozialamts. Der Zugang zur Regelversorgung funktioniert meist schlecht.

taz: Gibt es andere Möglichkeiten, die Menschen zu behandeln?

Leo Teigler: Psychosoziale Zentren (PsZ), die eher projektfinanziert sind oder über Landes- und Bundesmittel, versuchen diese Versorgungslücken zu schließen. Die PsZ haben ein Angebot, in dem auch soziale Arbeit und rechtliche Beratung Teil sind. Das Bundesprogramm wurde aber gerade von 13 auf sieben Millionen gekürzt. Die Kürzungen bedeuten bei der ohnehin schon prekären Finanzierung durch das Asylbewerberleistungsgesetz unterm Strich, dass die Kapazitäten, die eigentlich gebraucht werden, um den Unterstützungsbedarf zu decken, finanziell überhaupt nicht abgesichert sind.

taz: Wie schauen Sie auf die Bundestagswahl?

Leo Teigler: Wir machen uns Sorgen über eventuelle rechtliche Veränderungen in der Asyl- und Migrationspolitik, die Menschen in noch prekärere Situationen bringen würden. Das haben wir auch schon nach Solingen gesehen, da gab es gesetzliche Veränderungen für Personen in Duldung. Ihnen sollen Leistungen gestrichen werden und Menschen de facto in die Wohnungslosigkeit getrieben werden.

Im Interview: Leo Teigler

ist Referent*in für Traumaarbeit und psychosoziale Versorgung in der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer

Ad 5.

Gedenken - Wie hat sich Hanau fünf Jahre nach dem Anschlag verändert?

Am 19. Februar 2020 tötete ein 43-Jähriger in Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven. Danach erschoss er seine Mutter und sich selbst. Wie blickt die hessische Stadt fünf Jahre später auf die Tat?

DLF - Von Ludger Fittkau | 14.02.2025

Was ist passiert?

Am 19. Februar 2020 ermordet der 43-jährige Attentäter Tobias R. in Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven.

Die Opfer:

Ferhat Unvar

Hamza Kurtović

Said Nesar Hashemi

Vili Viorel Păun

Mercedes Kierpacz

Kaloyan Velkov

Fatih Saraçoğlu

Sedat Gürbüz

Gökhan Gültekin

Anschließend tötet Tobias R. in seinem Elternhaus seine Mutter, bevor er sich selbst das Leben nimmt. Weitere sechs Menschen, darunter fünf mit Migrationsgeschichte, überleben verletzt. Claus Kaminsky, damals wie heute SPD-Oberbürgermeister von Hanau, hätte bis zur Tatnacht selbst ein solches Verbrechen in seiner Stadt nie für möglich gehalten.

Weil es in der Hugenottenstadt Hanau „über Jahrhunderte ein eingeübtes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen“ gegeben habe, wo man trotz aller Unterschiedlichkeit „respektvoll und fair“ miteinander umgegangen sei, so Kaminsky: „Und dann dieses Ereignis! Das hat mich in der Wahrnehmung meiner Heimatstadt nachhaltig erschüttert“.

Wie lief die bisherige Aufarbeitung?

Die Überlebenden und die Angehörigen der Ermordeten erheben nach der Tatnacht Vorwürfe gegen die Behörden. Es stellt sich etwa heraus, dass der Notruf der Hanauer Polizei seit Jahren nicht richtig funktionierte. Vili Viorel Păun, eines der Opfer, hatte in der Tatnacht mehrfach vergeblich versucht, die Polizei über Telefon zu erreichen, bevor er erschossen wurde. Am zweiten Tatort, in der Gaststätte „Arena Bar & Café“ in Hanau-Kesselstadt, gab es Probleme mit dem Notausgang, die möglicherweise seit Jahren auch den lokalen Behörden bekannt waren.

Armin Kurtovic, Vater des dort getöteten Hamza Kurtović, hat deshalb vor wenigen Tagen noch einmal eine Strafanzeige gegen die Hanauer Stadtverwaltung und die Polizei gestellt. Es ist wahrscheinlich der letzte Versuch, mögliches Behördenversagen strafrechtlich aufarbeiten zu lassen. Denn nach fünf Jahren greifen für etwaige Straftaten zu diesem Thema Verjährungsfristen. Bisher hatte die zuständige Staatsanwaltschaft etwa beim unzureichenden Notruf kein „strafbares Fehlverhalten“ feststellen können. Das empört Angehörige bis heute.

Da der Täter sich das Leben nahm, gab es keinen Gerichtsprozess zu den Morden des 19. Februar 2020 in Hanau. Umso wichtiger war ein Untersuchungsausschuss im hessischen Landtag. Mehr als zwei Jahre lang versuchten die Abgeordneten, viele offene Fragen zur Tatnacht und den Tagen danach zu beantworten. Ein mehr als 600 Seiten starker Abschlussbericht wurde 2023 vorgelegt.

Obwohl sich Regierung und Opposition im Hessischen Landtag nicht bei allen Punkten einigen konnten, kam das Parlament bei einigen zentralen Fragen zu einer gemeinsamen Einschätzung. So sei der Täter zu leicht an eine Waffenbesitzkarte gekommen. Der Notausgang in der Arena-Bar in Hanau-Kesselstadt sei ganz offensichtlich verschlossen gewesen. Und nach der Tat sei die Kommunikation der Polizei mit den Angehörigen zum Teil respektlos gewesen. So wussten viele Familien über Stunden hinweg nicht, ob von der Tat betroffene Verwandte noch leben oder nicht.

Das hessische Innenministerium veröffentlichte nun vor einigen Monaten eine Liste von Maßnahmen, die aufgrund der Behördenfehler in Hanau umgesetzt werden sollen. Etwa:

- Eine Verbesserung der Amokprävention durch ein neues „Amokpräventionszentrum“ beim Landesamt für Verfassungsschutz, das in engem Austausch mit anderen Sicherheitsbehörden stehen soll.
- Die Bearbeitungszeiten der eingehenden Meldungen bei der Online-Meldestelle „#HessengegenHetze“ sollen reduziert werden.
- Zentrale Maßnahme zur Verbesserung der Opferbetreuung soll die konzeptionelle Weiterentwicklung der polizeilichen Opfer- und Angehörigenbetreuung sein. Unter anderem bei einem Anschlag soll zukünftig regelhaft eine Einheit für die Opferbetreuung als „Single Point of Contact“ für Opfer und Angehörige aufgebaut werden.
- Der hessische Innenminister setzt sich „für eine Anpassung des Landesrechts ein, um zu gewährleisten, dass Waffenbehörden informiert sind, wenn psychisch erkrankte Personen sich als ungeeignet zum Waffentragen erweisen“. Außerdem will sich Hessen für eine Verschärfung des Waffenrechts auf Bundesebene einsetzen.
- Die hessische Polizei hat überdies ein Notrufkonzept für sogenannte „Anschlags- und Großschadenslagen“ entwickelt, den sogenannten „Anschlagsbutton“. Wird er betätigt, verkürzt sich die Warteschleife, die bei einer besonderen Vielzahl von Anrufen über die 110 eintreten kann, indem alle sieben hessischen Leitstellen die Notrufe annehmen können.

Wie hat das Attentat von Hanau die Stadt verändert?

In Hanau ist das rassistisch motivierte Verbrechen vom 19. Februar 2020 auf Schritt und Tritt präsent. An den beiden Tatorten in der Innenstadt und im Vorort Kesselstadt sind Gedenktafeln angebracht, Menschen legen auch nach fünf Jahren regelmäßig Blumen nieder oder stellen Kerzen auf. An unzähligen Laternenpfählen werden immer wieder Aufkleber mit den Namen der Opfer angebracht.

Das Ladenlokal, das die „Initiative 19. Februar“ bereits kurz nach der Tat in der Nähe des Innenstadt-Tatorts anmietete, um einen Treffpunkt für Angehörige und Freundinnen zu bieten, dient weiterhin als Erinnerungsort.

Andererseits: Etliche Hanauerinnen und Hanauer sehnen sich fünf Jahre nach der Tat nach etwas mehr emotionaler Distanz im Umgang mit den Verbrechen. Die „Mehrheit der Stadtgesellschaft“, so der Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky, lehne überdies die Errichtung eines großen Mahnmals zum 19. Februar 2020 auf dem zentralen Marktplatz der Stadt ab. Denn dort steht seit Ende des 19. Jahrhunderts das Nationaldenkmal für die Brüder Grimm, die aus Hanau stammen. Das Denkmal hat zwei Weltkriege überstanden.

Das Hanauer Stadtparlament und die Mehrheit der Opfer-Angehörigen begrüßen jedoch, dass ein anderer zentraler Verkehrsknoten der Stadt zum „Platz des 19. Februar 2020“ umbenannt wird und das Mahnmal dort errichtet werden wird.

Wie geht es mit dem Erinnern an die Tat in Hanau weiter?

Auf vielen Ebenen. Opferangehörige haben inzwischen Bücher über ihre Familien geschrieben, Theaterstücke zum Attentat von Hanau sind entstanden, die auf vielen Bühnen gespielt werden, auch über Hanau hinaus.

Am künftigen „Platz des 19. Februar 2020“ baut die Stadt ein leerstehendes Gebäude zu einem „Demokratiezentrum“ um, in dem Bürgervereine tagen und durch eine kleine Dauerausstellung zur Tatnacht und den Folgen einen weiteren permanenten Ort des Gedenkens bekommen.

Ob es doch noch zu Gerichtsverhandlungen wegen Behördenversagen kommen wird, ist offen. Klar ist jedoch: Die Mordtaten vom 19.2.2020 werden somit wohl nie wieder aus dem kollektiven Gedächtnis Hanaus gelöscht werden können. Dafür hat sie die 100.000 Einwohner-Stadt zu sehr erschüttert.

„Say their names“ – diese Aufforderung, die Namen der Opfer von Hanau nicht zu vergessen, wird wohl auch in den nächsten Jahren vor allem am Jahrestag des Attentats überall im Stadtgebiet präsent sein – und auch weit über Hanau hinaus: Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin.

Und

Was habe ich diesem Land getan?“

Fünf Jahre nach dem rechtsextremen Anschlag in Hanau begleitet die brutale Tat Überlebende und Angehörige jeden Tag. Ihre Enttäuschung über Polizei, Justiz und Politik ist groß. Aufgeben wollen und werden sie nicht

TAZ 15./16.2.2025 - Aus Hanau Yağmur Ekim Çay

Ibrahim Akkuş leidet. Seit fünf Jahren brennt das Licht in seinem kleinen, neun Quadratmeter großen Zimmer ununterbrochen. Denn seit fünf Jahren lebt Akkuş in Angst, gefangen in seinen Erinnerungen an den 19. Februar 2020. „Ich kann diesen Abend nicht vergessen“, sagt er, als er auf seinem Bett in Tränen ausbricht.

An jenem Abend vor fünf Jahren war er, wie so oft zuvor, in der Arena Bar in Hanau. Er stand im Eingangsbereich mit seinem Rollator, wollte seinen Bekannten Gökhan Gültekin treffen. Dann kam der rechtsextreme Täter, schoss achtmal auf ihn. Vermutlich wollte er Akkuş töten. Dass Akkuş überlebte, war reines Glück.

Viele Monate verbrachte Akkuş nach dem Anschlag im Krankenhaus. Vielleicht ist er deshalb in den Medien in Vergessenheit geraten. Heute, fünf Jahre später, geht es dem 69-jährigen Mann nicht gut. Er ist auf den Rollstuhl angewiesen, sitzt alleine auf seinem Bett, bricht mal in Tränen aus, ist mal voller Wut. Oft kommen die Erinnerungen hoch. Er schreit und schreit. Das stört die Nachbar*innen, die dann die Polizei rufen. Und manchmal überkommt ihn Panik, er ruft nach seiner Frau, weil sein Bein verrutscht ist. „Nein“, antwortet sie auf Kurdisch. „Deine Prothese ist noch da. Alles ist gut.“

Seine 49-jährige Partnerin und die 19-jährige Tochter erleben sein Leiden jeden Tag. Bewegen kann Akkuş sich kaum noch. Sie müssen ihn windeln. Die Wohnung, die nicht behindertengerecht ist, ist eine große Herausforderung. Sie müssen Akkuş tragen, oft müssen sie ihn auf dem Boden des Badezimmers waschen. Vieles in der Wohnung funktioniert nicht. Doch die Hanauer Baugesellschaft ignoriere ihre Hilferufe, sagt die Familie.

Sara Akkuş trägt, seitdem sie 14 Jahre alt ist, viel Verantwortung. Sie unterstützt ihre Eltern, übernimmt organisatorische Aufgaben, denn sie ist die einzige in der Familie, die gut Deutsch kann. Sie kommuniziert mit den Behörden, stellt Anträge für den Vater und vermittelt zwischen der Familie und der Außenwelt. Sie macht alles gerne, trotzdem fragt sie sich manchmal, „wie das Leben ohne den 19. Februar gewesen wäre.“ Eigentlich hätte sie nach der Schule am liebsten eine Ausbildung zur Rettungssanitäterin gemacht, aber „ich hätte ein schlechtes Gewissen gehabt, wenn ich meine Eltern nicht zu Hause unterstützt hätte“. Seit dem Anschlag hat sich Sara Akkuş Alltag drastisch verändert. „Ich habe mein Zimmer meinem Vater gegeben. Ich schlafe seit fünf Jahren in einem Zimmer mit meiner Mutter“, erzählt sie. Kaum jemand habe die Familie unterstützt – außer der Initiative 19. Februar. „Es leiden nicht nur die Familien der Getöteten, sondern auch die Überlebenden“, beklagt die junge Frau. Auch sie begleitet der 19. Februar weiterhin – besonders, wenn sie dem Vater des Täters in Kesselstadt begegnet. Ihren Vater aus ihrer Kindheit vermisst sie: „Mein Vater war sehr aktiv. Er hat uns Frühstück gemacht, alles für uns gemacht.“ Nun macht sie alles für ihn.

„Ich werde verrückt, wenn ich an meine alten Tage denke“, sagt Ibrahim Akkuş. „Ich war ein starker Mann, ein Bauarbeiter, der sein eigenes Geld verdient hat“, erzählt er. Und nun? „Ich bin ein Mensch, der nichts kann.“ Wann er das letzte Mal seine Wohnung verlassen konnte, weiß er nicht mehr. Am meisten schmerzt ihn der Gedanke, dass er das Leben nicht mehr wirklich genießen kann: „Im Krankenhaus nach dem Anschlag habe ich zu den Ärzten gesagt: Bitte gebt mir eine Giftspritze, ich will nicht mehr leben.“

Der 19. Februar 2020 war nicht das erste Mal, dass Akkuş mit rechtem Terror konfrontiert wurde. Mit Anfang 20 floh er mit seinem Bruder aus Diyarbakir. Als Kurden waren sie in der Türkei gefährdet. Sie beantragten Asyl in Hanau – doch sein Bruder wurde abgeschoben. Und: Wenig später wurde der damals 19-Jährige in der Türkei vor seiner Haustür von türkischen Rechtsextremisten ermordet.

Seit über 40 Jahren lebt Akkuş in Hanau. Er hat Deutschland nicht verlassen, auch um sich und seine Familie zu schützen. „Ich dachte, das ist ein demokratisches Land. Niemand würde uns umbringen.“

*Auf die Frage, wie es ihr geht, muss auch Dijana Kurtović erst schlucken. Dann sagt die 51-Jährige langsam: „Ich muss.“ Am 19. Februar 2020 verloren sie und ihr Mann ihren 22-jährigen Sohn Hamza. Nicht nur die Bilder von Hamza, die überall in ihrer Wohnung hängen, prägen den Alltag der Kurtovićs, auch der unermüdliche Kampf um Aufklärung. Jeder Tag bei den Kurtovićs dreht sich um die Suche nach Gerechtigkeit: Sie führen Telefonate mit Journalist*innen, Gespräche mit Politiker*innen, sie suchen nach Zeug*innen, werben um Spenden für die Verfahrenskosten, nehmen Termine bei Anwält*innen wahr. Immer wieder diskutieren sie die nächsten Schritte – wie es weitergeht, wie sie weitermachen können. „Es kostet Gesundheit, es kostet Energie, es kostet Nerven, es kostet alles“, sagt Dijana Kurtović. „Man hat uns unsere Kinder weggenommen. Und auch unser Sicherheitsgefühl.“*

Armin Kurtović, der Vater von Hamza Kurtović, versucht stark zu bleiben. Seit fünf Jahren scheut er keine Bühne, keine Gespräche in der Öffentlichkeit. Seine Entschlossenheit ist für jeden sichtbar. Zusammen kämpft das Paar für den Sohn. Zwei Jahre lang haben sie den Untersuchungsausschuss beobachtet, immer wieder auf Behördenfehler aufmerksam gemacht. Neulich reichten sie eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Hanau ein – wegen fahrlässiger Tötung und Strafvereitelung.

Doch man fragt sich, trotz der großen Enttäuschung, woher sie die Kraft nehmen, weiter zu kämpfen. „Wir haben noch Hoffnung. Und wir wollen nicht, dass es wieder passiert“, sagt Dijana Kurtović. Aber auch ihre Hoffnung hat Grenzen. Die Familie erwartet bald ein Enkelkind. Doch die Freude darüber wird von Angst überschattet. „Es ist schwer, sich nach all dem zu freuen“, sagt Dijana Kurtović. „Immer kommt die Frage: Wie soll ich in diesem Land noch ein Kind großziehen?“ Enttäuschung über die Behörden und Sicherheitsbedenken überwiegen bei der Familie Kurtović. „Wenn ich ehrlich bin, kann ich das alles in diesem Land nicht mehr“, sagt Armin Kurtović. „Ich will weg aus Deutschland.“ Vielleicht nach Österreich oder in die Schweiz. Auch seine Frau teilt diesen Gedanken. „Unsere Kinder kennen nichts anderes als Deutschland“, sagt sie. „Aber gleichzeitig ist es unsicher hier für sie. Wir haben Angst.“

Nicht nur die Kurtovićs kämpfen um die Wahrheit. Auch Niculescu Păun setzt alles daran, dass der Anschlag vollständig aufgeklärt wird. Der Vater von Vili-Viorel Păun hatte Anfang Januar Anzeige gegen leitende Polizisten gestellt, die am Abend des Anschlags im Einsatz waren. Doch kurz darauf wurden die Ermittlungen eingestellt. Damit scheint die letzte Chance vor der Verjährung auf Gerechtigkeit für seinen Sohn vorerst vertan.

Niculescu Păun kam 2015 aus Rumänien nach Hanau, voller Hoffnung auf ein besseres Leben. Er arbeitete in einer Logistikfirma und holte kurz darauf seinen Sohn nach Deutschland. Vili-Viorel lernte schnell Deutsch, war sehr ambitioniert und voller Freude. „Mein Sohn war sehr zufrieden hier in Deutschland“, sagt Păun. „Er war verliebt, er war glücklich.“ Der Vater betont immer wieder, wie stolz er ihn machte – bis zu seinem letzten Moment. „Mein Sohn ist weg und wir sind alle hier allein gelassen.“

Heute sitzt Niculescu Păun oft in den Räumen der Initiative 19. Februar. Seine Worte wählt er mit Bedacht. „Mein Deutsch ist nicht gut, ich habe nicht studiert“, sagt er. Dann schweift sein Blick ab, und er erinnert sich an sein einziges Kind: „Mein Sohn hat aber studiert.“ Doch mit der Entscheidung der Staatsanwaltschaft, die Ermittlungen einzustellen, scheint ein weiterer Funke Hoffnung für die Familie erloschen zu sein. „Ich habe für meinen Sohn gekämpft, und ich werde weiter kämpfen“, sagt er. „Diese Ungerechtigkeit kann ich nicht akzeptieren.“

Seit dem Anschlag können Niculescu Păun und seine Frau nicht mehr arbeiten. Sie sind gesundheitlich schwer angeschlagen. „Uns geht es gar nicht gut“, sagt er. „Wir schlafen kaum noch, wir haben seit dem 19. Februar viele Krankheiten bekommen.“ Besonders schwer wiegt der Vertrauensverlust. „Wir haben unser Vertrauen in die Polizei verloren“, sagt Păun. „Sie sollten die Garantie für unsere Sicherheit sein, aber mein Sohn konnte sie nicht einmal erreichen.“ Trotz allem will er nicht aufgeben. „Wenn wir die Situation einfach so akzeptieren, sollten wir uns nicht wundern, wenn der nächste Anschlag passiert.“

Damit es nicht zu einem weiteren Anschlag kommt, kämpft auch Newroz Duman seit fünf Jahren an der Seite der Betroffenen für Aufklärung. Die 35-jährige Sprecherin der Initiative 19. Februar arbeitet unermüdlich dafür. „Fünf Jahre Hanau bedeuten auch fünf Jahre Selbstorganisation der Angehörigen, fünf Jahre Ermittlungen der Angehörigen, Recherchen der Angehörigen, Strategien entwickeln und Pressearbeit“, sagt Duman.

Die Initiative hatte in den vergangenen Jahren viele Ungereimtheiten mit den Opferangehörigen selbst ans Licht gebracht. Bestes Beispiel ist der verschlossene Notausgang und auch zum Notruf, der nicht durchkam, gibt es bis heute noch viele Fragen. Immer wieder habe man gedacht, die Behörden zur Verantwortung ziehen zu können, doch jedes Mal gab es Enttäuschungen. „Du rennst und rennst und rennst und trägst die ganze Verantwortung, die der Staat eigentlich tragen müsste. Und sobald es gegen die Sicherheitsbehörden geht, kommst du einfach nicht durch diese dicke, dicke, dicke Mauer“, erzählt sie. Für sie ist das eine politische Entscheidung. „Wir kämpfen für Gerechtigkeit in einem Rechtsstaat, der nicht in der Lage ist, diese Gerechtigkeit herzustellen.“

Mit dem fünften Jahrestag drohen nun Verjährungsfristen in vielen Verfahren, dabei gewinnen rechte Parteien in Deutschland zunehmend an Einfluss. Auf die Frage, ob sie sich Sorgen um die Zukunft der Initiative macht, antwortet Duman mit einem klaren Nein. „Wenn man versteht, dass selbstorganisierte Kreise sich nie auf den Staat verlassen haben oder auf solche Strukturen, weiß man auch, dass dies nicht unsere erste Sorge ist.“ Für sie, wie auch für viele Angehörige, bleibt trotz der Enttäuschungen der vergangenen fünf Jahre in Hanau eines sicher: „Es gibt keine Alternative. Wir müssen weitermachen.“ Weiterzumachen fällt Ibrahim Akkuş enorm schwer. Die Frage, die ihn mit am meisten umtreibt: „Was habe ich diesem Land getan? Das ist doch auch unsere Heimat.“ Noch unerträglicher für Ibrahim Akkuş ist das Gefühl, vergessen zu werden.

„Niemand ruft mich an. Niemand fragt, wie es mir geht“, sagt er flüsternd. „Ich leide hier.“

Ad 6.

Die Rechtstreiber der CDU

Die CDU rückt nach rechts – und das seit schon lange vor dem Attentat in Aschaffenburg. Einige Wirtschaftslobbyisten und Denkfabriken untergraben aktiv die Brandmauer. Der nächste mögliche Tabubruch: eine Minderheitsregierung.

Correctiv von Gabriela Keller , Annika Joeres , Stella Hesch

11. Februar 2025 Friedrich Merz machte gemeinsame Sache mit der AfD, um seinen Antrag durchzusetzen. Das war ein Tag zum Feiern für die in Teilen rechtsextreme Partei.

Im Kern liegt der Fünf-Punkte-Plan seit Monaten in der CDU vor, fertig ausgearbeitet und bereit für die große Öffentlichkeit: Ende November 2024 skizzierte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann auf einem Podium die Vorhaben, für die Merz jetzt die Stimmen der AfD in Kauf nahm und ein politisches Beben auslöste: dauerhafte Kontrollen an der Grenze, Zurückweisungen für Menschen ohne gültige Einreisedokumente.

Die Vorschläge präsentierte Linnemann lange vor dem Messerattentat von Aschaffenburg: Er sprach auf einer Konferenz mit dem Titel „Zeitenwende Migrationspolitik“. Die CDU-Fraktion hatte sich schon nach dem gescheiterten Asylgipfel im September für Zurückweisungen an den Grenzen ausgesprochen, und einige in der CDU vermuten: Das Bundestags-Drama der vergangenen Woche war lange vorbereitet.

Seit der vergangenen Woche ist die CDU eine Partei in Aufruhr: Merz entschied sich infolge des Anschlags in Aschaffenburg, seinen Fünf-Punkte-Plan mit aller Macht durchzusetzen – notfalls mit den Stimmen der AfD. Gleich nach diesem Tabubruch dachten einige in der CDU und im Umfeld der Partei direkt an die nächsten Schritte, darunter Vertraute von Linnemann.

Nach Informationen von CORRECTIV treibt ein bestimmter Kreis von Personen den Rechtsruck der Partei voran: aggressiv, Social-Media-affin, im Ton der AfD nahe – und überwiegend recht jung. Sie sind bestens vernetzt und agieren nicht direkt aus der Partei, sondern aus einem Schnittbereich von Parteienähe, Lobby und Thinktanks. Gerne hätte CORRECTIV von Merz erfahren, wie er dies bewertet. Aber die Pressestelle des CDU-Vorsitzenden antwortete nicht auf die Anfragen hierzu.

Für jedes Gesetz eine Mehrheit suchen – notfalls mit AfD

Mehrere Gruppierungen und Vordenker treiben jetzt eine Idee voran, die der AfD noch mehr Einfluss verschaffen könnte: eine Minderheitsregierung. In diesem Fall müsste Merz für jedes Gesetz eine Mehrheit finden – notfalls auch mit der AfD.

Minderheitsregierung

Eine Minderheitsregierung entsteht, wenn die regierende Partei oder Koalition keine absolute Mehrheit im Bundestag hat. Sollte Merz – was sehr wahrscheinlich ist – keine absolute Mehrheit erhalten und trotzdem keine Koalition mit SPD und oder Grünen oder der FDP eingehen wollen oder können, kann er sich im dritten Wahlgang mit einfacher Mehrheit zum Bundeskanzler wählen lassen. Unter der Voraussetzung, dass er vom Bundespräsidenten ernannt wird. Die Stimmen der CDU würden genügen, die AfD könnte ihn aber mitwählen. Anschließend müsste Merz für jedes Gesetz Mehrheiten finden – möglicherweise, wie bei der Abstimmung über den Fünf-Punkte-Plan, mit den Stimmen der AfD.

Merz hat gerade auf dem Parteitag betont, dass er diese Option ausschließe: „Es gibt keine Zusammenarbeit, es gibt keine Duldung, es gibt keine Minderheitsregierung“, sagte er vor den frenetisch jubelnden Delegierten. Das scheint in der Union Konsens zu sein: Die Brandmauer zur AfD soll stehen bleiben. Worauf viele CDULer hinweisen: Es war in der Zeit der Ampel, dass die AfD von zehn auf 20 Prozent in Umfragen angewachsen ist.

Allerdings hat sich Merz erst vor wenigen Tagen über einen demokratischen Konsens hinweg gesetzt: Am Mittwoch vor einer Woche ließ der CDU-Chef seine Fraktion zusammen mit der AfD für seinen Fünf-Punkte-Plan stimmen: Merz will die Migrationspolitik drastisch verschärfen und nimmt dafür die Unterstützung von Rechtsaußen in Kauf.

Merz' Tabubruch regt die Fantasie der rechten Hardliner an

Viele werfen ihm vor, die Brandmauer ins Wanken gebracht zu haben. Denn bisher galt bei der CDU, wie bei SPD, Grünen und Linken: Man stimmt nicht gemeinsam mit der in Teilen rechtsextremen Partei ab und lässt sich von ihr keine Mehrheiten verschaffen.

Es war ein nie dagewesener Vorstoß, der heftigste Debatten auslöste – und die Fantasie einiger rechter Hardliner im Umfeld der CDU-Spitze angeregt hat: Wenn sich ein Antrag mit AfD-Stimmen erzwingen lässt, warum dann nicht auch eine schwarz-gelbe Minderheitsregierung? Unions-Kenner beobachten seit Jahren, dass sich im Diskurs der Partei etwas verschiebt: „Ein bestimmtes Milieu – anti-woke, anti-links, ein bisschen rassistisch – betreibt Agenda-Setting“, sagt etwa ein früherer CDU-Bundestagsabgeordneter. „Was noch vor fünf Jahren als randständig galt, ist jetzt im Mainstream der Partei angekommen.“

Ende Januar zeigte CORRECTIV, dass Friedrich Merz für mehr Konzerne tätig war als bisher bekannt und wie stark die CDU Forderungen von Industrie- und Arbeitgeberverbänden in ihr Programm integriert hat. Diese Recherche belegt nun: Oft treiben dieselben Personen in Merz' Umfeld, die einen ungezügelten marktliberalen Kurs und drastische Sozialkürzungen fordern, auch den Rechtsruck in der CDU voran.

Thorsten Alsleben, INSM: „Regierungsbeteiligung mit SPD und Grünen nicht mehr möglich“

Ein Beispiel hierfür ist Thorsten Alsleben: Der Geschäftsführer der Lobby-Agentur Initiative neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) macht mit polemischer Rhetorik und aggressiven Kampagnen von sich reden – und immer wieder geißelte er den Migrationskurs der Ampelregierung. Vor wenigen Tagen rief er auf der Plattform X nach einer Minderheitsregierung – nach dem „demokratiegefährdenden Gebaren“ von SPD und Grünen schein eine Regierungsbeteiligung mit diesen „linken Parteien“ nicht mehr möglich.

Also sei Schwarz-Gelb die einzige Option. Ob die AfD mitstimme, sei „egal“.

Auf die Frage, warum ihn als Wirtschaftslobbyisten das Thema Zuwanderung so aufbringt, teilt er auf Anfrage mit, die „illegale Einwanderung bzw. die unterbleibende Abschiebung von straffälligen und/oder ausreisepflichtigen Ausländern“ verringere die Akzeptanz für „die dringend notwendige zusätzliche legale Einwanderung von Arbeits- und Fachkräften.“

Zu seinem Tweet schreibt er CORRECTIV, eine Minderheitsregierung könne „nur eine Notlösung sein“. Auch weise er darauf hin, dass er seit Jahren immer wieder vor der AfD warne und davon abrate, die Partei zu wählen.

Carsten Linnemann: „Das Nazi-Bashing muss aufhören“

Alsleben zählt zu den Strategen, die über die Nähe zu Carsten Linnemann politischen Einfluss gewinnen. Der CDU-Generalsekretär gilt selbst als rechtskonservativer Scharfmacher, auch er antwortet nicht auf Anfrage von CORRECTIV. Gerade erst sagte er laut der Neuen Westfälischen bei einem Unternehmerfrühstück nahe

Paderborn mit Blick auf die AfD: „Das Nazi-Bashing gegen die und das Brandmauergerede müssen aufhören.“

Alsleben und Linnemann führten etwa acht Jahre lang gemeinsam die Mittelstandsunion (MIT). Nun arbeitet Alsleben als Lobby-Strategie und Linnemann als Merz' rechte Hand. Und als Alsleben jüngst zu einem als „Wirtschaftswarntag“ angekündigten Unternehmerprotest rief, kam Linnemann persönlich zum Brandenburger Tor.

Der INSM-Chef ist längst nicht der Einzige, der sich nun offen für Schwarz-Gelb von AfD-Gnaden ausspricht: Es gibt eine Reihe von X-Accounts, die sich in der Bubble von Alsleben bewegen: CDU-affin, rechtslastig und reichweitenstark. Zum Beispiel der Social-Media-Fachmann Baha Jamous, früher Referent und Wahlkampfmanager der Mittelstandsunion der CDU in Sachsen. Auf X postete er eine „Argumentationshilfe“ @CDU: Eine „absolute Mehrheit“ sei das Ziel. Sollte das scheitern: „Minderheitsregierung“. Und: Wenn Koalition: „dann bürgerlich“, also schwarz-gelb.

Ein Ex-Spitzenpolitiker warnt vor österreichischen Verhältnissen

Es gibt Politiker in der CDU, die nichts dabei finden, mit der AfD zusammen abzustimmen, solange die Partei ihren Überzeugungen folgt. Andere in der Partei reiben sich die Augen. Ein langjähriger, führender CDU-Politiker sagt, vor der Bundestagsabstimmung habe enormer Druck geherrscht – viele hätten „den Tränen nahe“ für den Antrag gestimmt.

In verschiedenen Whatsapp-Gruppen kursierte die Vermutung, die CDU-Spitze setze einen lang gehegten Plan um: Das Attentat von Aschaffenburg sei ein Anlass gewesen, um wenige Wochen vor der Wahl die Annäherung an die AfD zu erzwingen. „Wahnsinn, läuft hier ein Drehbuch ab?“, schrieb ein langjähriger Abgeordneter.

Ein früherer führender CDU-Politiker warnt, Deutschland könnte in österreichische Verhältnisse abrutschen: „Es wird gesagt: Wir brauchen einen Politikwechsel, und dann kommt der zweite Satz: Mit SPD und Grünen wird der nicht zu machen sein. Und dann ist die Frage: Mit wem dann? Mit der FDP wird es nicht reichen.“ Das Risiko hierbei: Dass am Ende nur eine Lösung bleibt, von der Friedrich Merz jetzt sagt, dass er diese nicht will.

Der frühere Spitzenpolitiker sagt, das dauerhafte Grünen-Bashing in den sozialen Medien zeige Wirkung: Inzwischen höre er häufiger aus der CDU Stimmen, die meinen: Die Grünen seien „so schlimm wie die AfD.“ Vielleicht schlimmer.

Die CDU könne eine Bastion gegen Rechtsextremismus sein

Merz, so sagen viele CDU-Kenner, umgebe sich vor allem mit Leuten, die ticken wie er selbst. Linnemann ist ein Beispiel: Forsch-konservativ, provokant, bereit zum Flirt mit Populismus. Die Koordinaten geraten ins Rutschen. Es waren gerade Kräfte am rechten Rand der Partei, die Merz' Wahl zum CDU-Vorsitzenden unterstützt und bejubelt haben.

„Seit Langem ist zu beobachten, wie die Ultrarechte die moderaten Konservativen verschlingt – genau das droht jetzt auch in Deutschland mit der CDU“, sagt der Politikwissenschaftler Claus Leggewie. Vor allem jüngere Funktionäre hielten sich nicht mehr an die moralische Richtschnur des „hohen C“. Animiert von marktradikalen Organisationen wie der INSM begünstigen sie eine Art Klassenkampf von rechts gegen die Schwächsten.

„Sie denunziert die Klimapolitik und will mit dem hochgespielten Thema Zuwanderung punkten, das im Endeffekt immer den Ultrarechten Aufwind verschafft hat.“ Die Merz-Söder-Union sei ideologisch entleert, und sie treffe auf eine Wählerschaft, die weder Vernunft noch Ethos gelten lasse. Dabei könnte die CDU, so Leggewie, eigentlich eine Bastion gegen Rechtsextreme sein. „Jetzt käme es darauf an, die Unterschiede zur AfD zu betonen – statt mit sinnlosen Abstimmungen Gemeinsamkeiten zu suggerieren.“

Armin Petschner-Multari, The Republic: „Viagra für die AfD“

Aber das Gegenteil geschieht. Aktuell geht die Partei eher auf Distanz zu den potentiellen Koalitionspartnern SPD und Grünen. Vorangetrieben wird dies auch von politischen Influencern und Strippenziehern wie dem ehemaligen CSU-Digitalstrategen Armin Petschner-Multari, Gründer der Kampagnenagentur The Republic. 2021 startete die Organisation mit dem Ziel, sich dem „politischen Linksdrift“ entgegenzustellen; auf der

Website standen in der Anfangszeit Titel, die auch von einer AfD-Facebookseite stammen könnten, etwa: „Verkommenheit hat ein tolerantes, diverses und wokes Gesicht.“

Petschner-Multari sagt heute, dem rechten Spektrum habe es damals an Plattformen gefehlt, an Sichtbarkeit und Netzwerken. Das habe sich aber inzwischen geändert: „Ich bin mit der Union aktuell sehr zufrieden“, sagt er gegenüber CORRECTIV. „In der Migrationspolitik hat beispielsweise ein Umdenken stattgefunden. 2015 war ein Fehler – das ist jetzt Mainstream.“

In der Union fühlen sich manche von seinen derben Parolen an die AfD erinnert. Vor wenigen Tagen bezeichnete Petschner-Multari die Demos gegen rechts infolge von Merz' Manöver im Bundestag als [„Viagra für die AfD“](#).

Merz als „Strahlefigur“ beim Fundraising-Dinner

Merz zeigte zumindest bis vor einigen Jahren keine Berührungängste mit dem krawalligen Polit-Influencer: Bei einem Fundraising-Dinner in Leipzig 2021 trat er sogar als Star des Abends auf – auf der Website von The Republic wurde wenig später ein anonym verfasster Beitrag veröffentlicht, in dem von „Nichtanerkennung von militärischen Leistungen und Opfern“ mit Blick auf die Soldaten der Wehrmacht schwadroniert wurde, einer „verratenen Generation.“

Ein Foto des Abends, auf dem Merz lächelnd neben Petschner-Multari sitzt, erschien in der Bild-Zeitung, ist aktuell aber online nicht mehr zu sehen. Ein Screenshot liegt CORRECTIV aber vor. „Er war eine Strahlefigur, wegen seiner Bekanntheit“, sagt einer, der damals anwesend war. Andere prominente Politiker seien nicht vor Ort gewesen. „Viele Unternehmer aus der Region kamen an dem Abend, um Merz zu treffen. Das war seine Art der Unterstützung.“

Auch im Trump-Lager hat Petschner-Multari gute Kontakte. Im September 2024 lud seine Agentur The Republic zu einem Netzwerk-Treffen nach Berlin. Unter den Rednern waren Merz' Kampagnen-Managerin Christine Carboni, der Wirtschaftslobbyist Thorsten Alsleben, dazu diverse Trump-Unterstützer, Klimaleugner und Radikallibertäre aus den USA aufgeführt. Zu den Partnern der Konferenz zählten laut Website ungarische Thinktanks aus dem Umfeld von Orbán, Organisationen aus dem Maga-Lager wie der Heritage-Foundation – und Alslebens INSM.

Andreas Rödder, CDU-Vordenker: „Wir brauchen keine Brandmauern“

So manchem in der CDU kommt es dieser Tage so vor, als sei ein Kulturkampf innerhalb der Partei ausgebrochen. Ein früherer Bundestagsabgeordneter spricht von einem Zwiespalt in der Union: „Sind wir Teil der demokratischen Mitte, zu der auch SPD und Grüne gehören? Oder empfinden wir uns als Teil einer anti-linken, anti-woken Mehrheit?“

Der Rechtsruck hat sich beschleunigt, seit Merz die Partei führt: Sozialliberale Kräfte rücken an den Rand. Jüngere Frauen verlassen den Bundestag, Anette Widmann-Mauz, Katja Leikert, Nadine Schön, Yvonne Magwas. Dass sie wegen Merz gingen, ist nicht gesagt; keine von ihnen wollte auf Anfrage von CORRECTIV antworten. Aber offenbar sehen sie alle derzeit für sich keine Zukunft mehr in der Politik. Stattdessen kehrt ein neuer, rabiater Ton ein, der Konformität einfordert, der Ex-Abgeordnete spricht von „Sauerländer Trumpismus.“

Merz hat nur wenige Vertraute im Bundestag, eine Folge seiner langen politischen Auszeit. Doch die, die ihm nahestehen, sind loyal: Manche begleiten ihn seit den 1990ern, zum Beispiel Roland Koch, rechtskonservativer Ex-Landeschef der CDU-Hessen, der Merz im Hintergrund zu zentralen Themen berät. Als weiterer wichtiger Einflüsterer gilt nach Einschätzung mehrerer CDU-Insider Andreas Rödder, der frühere Chef der CDU-Grundwertekommission. Rödder, Historiker und wirtschaftsliberaler Vordenker, antwortete nicht auf Fragen von CORRECTIV.

Historiker träumt vom „Ende der grünen Hegemonie“

Auffällig ist: Der Historiker forderte seine Partei bereits 2023 in einem Interview im Stern auf, sich von der Brandmauer zu verabschieden. Mit Blick auf Thüringen hielt er auch damals schon eine CDU-Minderheitsregierung für denkbar, die sich von der AfD dulden lässt – die Vorschläge sorgten damals auch in der Union selbst für so große Empörung, dass sich Rödder mit Teilen der Partei überwarf.

Friedrich Merz scheint sich aber gut mit ihm zu verstehen: Er trat vor wenigen Wochen bei der Premiere von Rödders Buch als Gesprächspartner mit dem Autor auf. Rödder leitet in München den Thinktank Republik

21. In einem aktuellen Statement bekräftigt er: „Wir brauchen keine Brandmauern, die Menschen ausschließen.“ Den Eklat im Bundestag um die Abstimmung mit der AfD nannte der Historiker eine „Befreiung für die parlamentarische Demokratie“ und schrieb: „Wir erleben das Ende der grünen Hegemonie.“

Carsten Linnemann war vor einigen Wochen erst bei Rödders Thinktank zu Gast. Die Debatte zum Thema Migrationspolitik, bei der Linnemann Ende 2024 wie bei einer Testfahrt Kernpunkte von Merz' geplanter Verschärfung der Gesetzeslage vorstellte, wurde von Republik 21 organisiert.

Susanne Schröter, R21-Denkfabrik: „CDU und CSU sollten eine Minderheitsregierung andenken“
Ebenfalls auf dem Podium saß an dem Tag: die Frankfurter Ethnologin Susanne Schröter. Sie hat Republik 21 mitgegründet und befürwortet aktuell ausdrücklich eine Minderheitsregierung. Schröter ist wegen ihrer pauschalen Islamkritik und ihrem Kampf gegen die „Wokeness“ hoch umstritten: 2023 kritisierten mehr als 200 internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem offenen Brief ihr Forschungszentrum an der Universität Frankfurt als „Zumutung“. Sie setze ihre akademischen Titel und ihre Position ein, um „Wasser auf die Mühlen des Rechtspopulismus zu gießen“.

Ihr Thesenpapier „Eckpfeiler Migrations- und Integrationspolitik“ vom vergangenen November enthält mehrere Forderungen, die sich nun im Programm der CDU wiederfinden, etwa Grenzkontrollen und größere Befugnisse für die Bundespolizei. Nach Informationen von CORRECTIV soll das Papier der CDU-Spitze als Inspirationsquelle gedient haben. Susanne Schröter ließ die Fragen von CORRECTIV dazu unbeantwortet. Und hier schließt sich der Kreis: Die Denkfabrik von Rödder und Schröter schlägt auch, wie die INSM, eine unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik vor, beispielsweise sollen Unternehmen leichter kündigen und Arbeitszeiten erhöhen können und der Staat soll Hilfen für Arbeitslose oder Geringverdiener kürzen. Die Thesen dazu wurden verfasst von Nils Hesse – früher war er Referent bei CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Heute verfasst er Reden für Linnemann – und verdient sein Geld zugleich in der Industrie: Er arbeitete nach eigenen Aussagen als Referent beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) und schreibt Beiträge für die INSM.

www.denkfabrik-r21.de

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft mit migrationsbedingten Chancen und Herausforderungen. Um positive Effekte der Zuwanderung zu verstärken, negative aber zu minimieren, bedarf es einer ausbalancierten Regelung des Migrationsgeschehens durch die Politik, die sich an europäisch-humanistischen Werten, an den Bedarfen des Arbeitsmarktes sowie an den vorhandenen gesellschaftlichen Kapazitäten orientiert. Da sie sozial-, wirtschafts-, bildungs-, außen- und sicherheitspolitische Aspekte beinhaltet, stellt die Einwanderungspolitik eine Querschnittsaufgabe dar.
November 2024

- Einwanderungspolitik sollte nicht nur das Wohl der Zuwanderer, sondern auch die Interessender autochthonen Bevölkerung berücksichtigen. Alle Maßnahmen, die zur Beeinträchtigung der Rechte oder der Lebensumstände der deutschen Bevölkerung (mit und ohne Migrationshintergrund) führen, sind abzulehnen.
- Zwischen Flucht- und Wirtschaftsmigration muss klar unterschieden und das Individualrecht auf Asyl überdacht werden.
- Der Zuzug von Flüchtlingen ist zu reduzieren, um institutionelle Überbelastung zu beenden. Dafür ist zu prüfen, inwieweit Einschränkungen der nationalen Souveränität bei Prüfverfahren zu Rückweisungen rechtmäßig sind, insbesondere wenn die nationale Sicherheit betroffen ist.
- Durch Aufnahmebegrenzung müssen Kapazitäten in öffentlichen Einrichtungen freigesetzt werden, um benötigte Fachkräfte anzuwerben und optimal zu betreuen, sowie
- anerkannte Schutzbedürftige besser zu betreuen, um eine Integra/on in das Wertesystem der Bundesrepublik und eine zufriedenstellende Eingliederung in den Arbeitsmarkt nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ zu gewährleisten.
- Eine Einbürgerung kann erst nach erfolgreicher Integration erfolgen, die auf der Anerkennung der freiheitlichen Demokratie und eines eigenverantwortlichen Lebens fußt.
- Die Entstehung segregierter Communities und Parallelgesellschaften, aber auch Islamismus und

Antisemitismus als Probleme der Einwanderungsgesellschaft sind ernst zu nehmen, d.h. Kooperationen mit dem politischen Islam und entsprechender Verbände sind zu beenden sowie geeignete Präventions- und Sanktionsmaßnahmen zu entwickeln.

• Bei Integrationsverweigerung, Kriminalität, extremistischen Einstellungen oder Urlaubsreisen in das Herkunftsland sollte die Aufenthaltsgenehmigung von Flüchtlingen erlöschen.

ECKPFEILER MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

SUSANNE SCHRÖTER & AHMAD MANSOUR

ÜBERBLICK

1. ECKPUNKTE BÜRGERLICHER MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

2. BEFUNDE ZUR GEGENWÄRTIGEN EINWANDERUNGSPOLITIK

2.1. Steuerung und Zuwanderung

2.2. Ökonomie

2.3. Soziale Integration

2.4. Sicherheit, organisierte Kriminalität, Alltagsgewalt

3. HANDLUNGSAUFRÄGE

3.1. Trennung von politischem Asyl und Einwanderung

3.2. Fordern und Fördern

3.3. Beendigung der Kooperation mit dem politischen Islam

3.4. Bildung

3.5. Kriminalität und Parallelgesellschaften

3.6. Leitkultur

3.7. Demokratieförderung

*Migration steuern – und die Zukunft Deutschlands als Einwanderungsgesellschaft gestalten
von Professor Susanne Schröter und Ahmad Mansour*

Anders als in den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada oder Australien existiert in Deutschland bis dato keine kohärente Einwanderungsstrategie. Monetäre Fehlanreize und mangelnde Steuerung haben zu einer starken Zunahme der irregulären Zuwanderung aus islamisch geprägten Staaten in Asien und Afrika geführt. Dies hat die Kommunen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit geführt und beeinträchtigt den Bildungssektor mit nicht absehbaren Folgen. Auch bei der Integration sind deutliche Negativeffekte zu beobachten. Islamismus, Antisemitismus, Parallelgesellschaften und eine Erosion der öffentlichen Sicherheit sind die sichtbaren Zeichen einer fortschreitenden Desintegration. Viele Jahre lang wurden diese Schattenseiten der Zuwanderung von Politik, Medien und Wissenschaft relativiert, ausgeblendet oder sogar tabuisiert, wurde Kritik an Missständen mit Rassismuskorrekturen beantwortet.

Dadurch entstand eine Repräsentationslücke, die zu signifikanten Erfolgen der AfD und des BSW bei der Europawahl und den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg führte. Die Stärkung der politischen Ränder, die islamistischen Morde von Mannheim und Solingen, die dramatische Steigerung antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober 2023 und mehrere Demonstrationen, auf denen Islamisten die Einführung eines Kalifats forderten, machten Mitte des Jahres 2024 deutlich, dass es kein „Weiter so“ geben kann. Anstelle kosmetischer Änderungen bedarf es einer grundständigen Neujustierung der Einwanderungspolitik, die zukünftig gleichermaßen den Prinzipien der Humanität wie der Gemeinwohlorientierung verpflichtet sein sollte.

1. ECKPUNKTE BÜRGERLICHER MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

• Die Vorstellung, aus Flüchtlingen würden durch Bildungsangebote mehrheitlich in den Arbeitsmarkt integrierte Fachkräfte, hat sich als empirisch falsch herausgestellt. Aus diesem Grund sollte klar zwischen Flucht- und Wirtschaftsmigration unterschieden werden.

• Um die derzeitige Überlastung der mit der Zuwanderung befassten Institutionen zu beenden, muss der Zuzug von Flüchtlingen deutlich reduziert werden. Dafür benötigt es eine Überprüfung bestehender Regularien auf nationaler und internationaler Ebene.

• Das gegenwärtige System der ungesteuerten Fluchtmigration verursacht tausende von Toten auf den Fluchtrouten, stärkt Warlords und Schlepperbanden und privilegiert diejenigen, die am

stärksten sind. Dies sind besonders junge Männer, während Frauen, Kinder und alte Menschen zurückbleiben.

- Abschiebungen und Zurückweisungen sowie Prüfverfahren und der Zugang von Flüchtlingen zu Einrichtungen des Sozialsystems werden von einer Vielzahl internationaler Vereinbarungen dominiert, die die nationalen Behörden blockieren und Prozesse unnötig in die Länge ziehen. Es sollte eruiert werden, inwieweit diese Einschränkung der nationalen Souveränität rechtmäßig ist, insbesondere wenn die nationale Sicherheit betroffen ist.
- Eine geringere Aufnahme von Zuwanderern setzt Kapazitäten in öffentlichen Einrichtungen frei. Diese sollten genutzt werden, um benötigte Fachkräfte anzuwerben und sie bei ihrem Start in Deutschland optimal zu betreuen.
- Auch die in Deutschland verbleibenden anerkannten Schutzbedürftigen müssen besser betreut werden, um eine Integration in das Wertesystem der Bundesrepublik und eine zufriedenstellende Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten.
- Bei Integrationsverweigerung, Kriminalität, extremistischen Einstellungen oder Urlaubsreisen in das Herkunftsland sollte die Aufenthaltsgenehmigung von Flüchtlingen erlöschen.
- Eine Einbürgerung kann erst nach einer erfolgreichen Integration erfolgen.
- Die Entstehung segregierter Communities und Parallelgesellschaften, aber auch Islamismus und Antisemitismus sollten als Probleme der Einwanderungsgesellschaft ernst genommen werden. Geeignete Präventions- und Sanktionsmaßnahmen sind zu entwickeln.
- Einwanderungspolitik sollte nicht nur das Wohl der Zuwanderer, sondern auch die Interessen der autochthonen Bevölkerung berücksichtigen. Alle Maßnahmen, die zur Beeinträchtigung der Rechte oder der Lebensumstände der deutschen Bevölkerung (mit und ohne Migrationshintergrund) führen, sind abzulehnen.

2. BEFUNDE ZUR GEGENWÄRTIGEN EINWANDERUNGSPOLITIK

2.1. Steuerung und Zuwanderung

Die gegenwärtige Einwanderungspolitik zeichnet sich durch eine Summe erratischer Fehlentscheidungen, durch die Blockade einfachster Maßnahmen sowie durch einen eklatanten Widerspruch zwischen Rhetorik und Handlung aus. Ein Beispiel ist der Umstand, dass zwar mittlerweile bis in die Reihen von Grünen und SPD hinein von der Notwendigkeit einer verstärkten Steuerung der Migration und sogar von einer „Abschiebungsoffensive“ (Olaf Scholz) gesprochen wird, faktisch aber lediglich kosmetische Maßnahmen gegen die irreguläre Zuwanderung eingeleitet werden. Jeder, der deutschen Boden erreicht hat, kann zurzeit darauf hoffen, bleiben zu können – unabhängig davon, ob anerkannte Bleibegründe vorliegen oder nicht. Abschiebungen scheitern an juristischen Interventionen, die durch staatlich finanzierte NGOs unterstützt werden, an der Weigerung der Herkunftsländer ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen, an fehlenden Ausweispapieren oder daran, dass Herkunftsländer als „nicht sicher“ klassifiziert werden. Dieses Wissen wird ebenso in die Herkunftsländer kommuniziert wie Berichte über großzügige Transferleistungen, den unbeschränkten Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem oder Einbürgerungen bei doppelter Staatsbürgerschaft bereits nach fünf oder sogar nach nur drei Jahren. Die Folgen dieser Pull-Faktoren sind eklatant. Deutschland hat sich europaweit zu einem Magneten für irreguläre Zuwanderung entwickelt, und die mit der Abwicklung der Migration befassten staatlichen Einrichtungen sind heillos überlastet. Auf reguläre Fachkräfteeinwanderung wirkt diese Überlastung abschreckend. Wer viele Monate auf sein Visum warten muss, empfindet sich nicht als willkommen geheißen.

Abschiebungen und Zurückweisungen sowie Prüfverfahren und der Zugang von Flüchtlingen zu Einrichtungen des Sozialsystems werden von einer Vielzahl internationaler Regularien festgelegt, die den Eindruck vermitteln, die Bevölkerung habe ihr Mitspracherecht bei wichtigen sie betreffenden Entscheidungen verloren. Zahlreiche Zusätze zur Genfer Flüchtlingskommission (GFK), Beschlüsse des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) sowie Auslegungen der Grundrechtscharta der Europäischen Union haben den Spielraum der Nationalstaaten in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich verengt. In vielerlei Hinsicht wurden

Ausländer Inländern gleichgestellt. Hinter diesen Maßnahmen, so der Rechtswissenschaftler Daniel Thym, stand die Idee einer allein von den Menschenrechten getragenen postnationalen Utopie, die in Europa verwirklicht werden sollte. Der Umstand, dass sie seit langem gescheitert ist, hat bislang jedoch nicht zu einer Überarbeitung der Handlungsanweisungen geführt.

Die Mehrheit der Staaten der Europäischen Union unterlaufen mittlerweile EU-Regeln oder haben eine nationale Sonderlösung beantragt. Die Dublin-Verträge, die festlegen, dass Flüchtlinge ihre Asylanträge in dem Land bearbeiten lassen müssen, in dem sie Europa erreichen, existieren nur noch auf dem Papier. Man lässt Zuwanderer passieren, vor allem, wenn sie angeben, nach Deutschland weiterziehen zu wollen. Deutsche Forderungen an die EU-Partner, Flüchtlinge zurückzunehmen und die Asylverfahren selbst durchzuführen, lösen teilweise Proteste aus, weil man Deutschland vorwirft, ein entscheidender Treiber der irregulären Migration zu sein.

Um diesem Missstand zu begegnen, sind mehrere gestaffelte Maßnahmen notwendig. Zunächst sind Reduzierungen der Pull-Faktoren auf nationaler Ebene unerlässlich. Dazu gehören substanzielle Einschränkungen finanzieller Transferleistungen – vor allem bei Ausreisepflichtigen –, die bundesweite Einführung von Bezahlkarten und Verpflichtungen der Zuwanderer, durch eigene Arbeitsleistungen zum Wohl der aufnehmenden Kommune beizutragen. Wichtig wäre zudem eine Straffung und Entflechtung der Prüfung von Aufenthaltsrechten. Aufgrund der verschachtelten Prüfschritte ziehen sich Verfahren zunehmend in die Länge, und faktisch lassen sich Einwanderungen auf der Grundlage des Asylrechts, des subsidiären Schutzes oder wirtschaftlicher Erwägungen kaum mehr voneinander trennen. Hier sind Vereinfachungen notwendig.

Wer kein Bleiberecht erhält, muss das Land wieder verlassen. Das ist geltendes Recht, wird aber faktisch nur selten umgesetzt. Kirchen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen arbeiten seit Jahren erfolgreich daran, Abschiebungen zu verhindern und werden dabei mitunter mit Steuergeldern unterstützt. Ein „Handbook Germany“, in dem Ausreisepflichtigen Tipps gegeben werden, wie sie einer angeordneten Rückführung entgehen können, wurde 2022 und 2023 mit mehr als einer Million Euro gefördert.

Rückführungen scheitern auch daran, dass Zuwanderer keine Papiere vorlegen, sich durch Verschwinden entziehen, eine plötzliche Erkrankung angeben oder die Herkunftsländer die Aufnahmen verweigern. Rückführungen sind zudem kosten- und personalintensiv, da jede Person von mehreren Polizisten begleitet und meist ein Flugzeug gemietet werden muss. Im Jahr 2023 wurden nach Auskunft der Bundesregierung 6.163 Personen in Begleitung von 11.168 Beamten der Bundespolizei mit Charterflügen abgeschoben. Die Kosten der Sicherheitsbegleitung beliefen sich auf 6,5 Millionen Euro, für die Flugkosten wurden ca. 30 Millionen Euro bezahlt. Es liegt auf der Hand, dass eine Verringerung der Zuwandererzahlen primär nicht durch Abschiebungen, sondern durch eine Verhinderung der Einreise geschehen muss.

Es liegen mehrere Vorschläge vor, wie den Menschenrechten und den Schutzansprüchen Verfolgter dennoch Rechnung getragen werden kann. Der Migrationsforscher Ruud Koopmans empfahl, Anerkennungsverfahren grundsätzlich außerhalb Europas stattfinden zu lassen. Dies würde auch die humanitäre Katastrophe der unsicheren Fluchtrouten mit jährlich Tausenden von Toten beenden. Es könnte überprüft werden, ob sich dafür die Botschaften eignen. Um Flüchtlinge aus Kriegsgebieten in Sicherheit zu versorgen, könnte eine verstärkte Unterstützung regional naher Aufnahmeeinrichtungen angedacht werden. Berücksichtigt werden sollte auch, dass die gegenwärtige Flüchtlingspolitik alles andere als human ist, weil sie die Stärkeren (junge Männer) belohnt und die Schwächeren (Frauen, Kinder und alte Menschen) zu wenig berücksichtigt. Eine proaktive Flüchtlingspolitik sollte dieses Ungleichgewicht durch die Aufnahme von Kontingenten besonders schützenswerter Personen beheben.

Der Schutz vor politischer Verfolgung, Krieg oder Bürgerkrieg ist ein wichtiges Gut, doch dies beinhaltet nicht das Recht, sich ein Aufnahmeland auszusuchen. Dieses muss nicht zwingend in Europa liegen. Vielmehr sollte die kulturelle und religiöse Kompatibilität für die Auswahl der Aufnahmeländer berücksichtigt werden. Solange die Grenzen Europas durchlässig sind und Deutschland das begehrteste Einreiseland darstellt, sind Grenzkontrollen unumgänglich. Dafür sollte die Bundespolizei entsprechend ausgestattet werden. Auf europäischer Ebene müssen Gesetze und Regularien an die Realität angepasst werden – insbesondere im Hinblick auf das Verbot von Zurückweisungen. Der nach mühsamen

Verhandlungen im April 2024 beschlossene Asylkompromiss weist zwar in die richtige Richtung, ist aber bei weitem nicht ausreichend. Es sollte eruiert werden, inwieweit die Einschränkung der nationalen Souveränität durch internationale Beschlüsse rechtmäßig ist, insbesondere wenn die nationale Sicherheit betroffen ist, wie der Verfassungsrechtler Hans-Jürgen Papier vorschlägt. Zur Diskussion sollte auch der 2004 von der EU eingeführte „subsidiäre Schutz“ stehen. Auch die Abschaffung des Individualrechts auf Asyl, die Thorsten Frei, der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktionen im Bundestag, vorgeschlagen hat, ist überlegenswert. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben das Individualrecht unter dem Eindruck der Herrschaft des Nationalsozialismus verabschiedet, konnten aber seine Instrumentalisierung nicht vorhersehen. Sie treibt die staatlichen Institutionen momentan an den Rand ihrer Arbeitsfähigkeit führt dazu, dass Hunderttausende, die weder verfolgt noch von Krieg bedroht sind, in Deutschland bleiben können.

2.2. Ökonomie

Aufgrund seiner demographischen Schiefelage ist Deutschlands Wohlstand in wachsendem Umfang von der Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer abhängig. Doch aufgrund der mangelhaften Steuerung wandern zu wenige leistungsfähige Fachkräfte und zu viele Personen ein, die keinerlei Qualifikationen für den deutschen Arbeitsmarkt mitbringen.

Für Fachkräfte ist Deutschland wegen der schwer zu erlernenden Sprache weniger attraktiv als anglophone oder frankophone Staaten. Dazu kommen hohe Steuern und Sozialabgaben, eine ineffiziente Bürokratie und eine vergleichsweise unterentwickelte Digitalisierung. Negativ ist auch der angespannte Wohnungsmarkt im urbanen Raum. Der Nettozuwanderung von vier Millionen Menschen seit 2013 entspricht keine angepasste Bautätigkeit. Die Folge sind Wohnraumverknappung und steigende Mieten. Die derzeitige Überlastung der Kommunen ist ebenfalls kein Anreiz für gut Qualifizierte. Die Ausländerbehörde in Frankfurt hat beispielsweise einen Rückstau von 14.000 offenen Anträgen und Anfragen, die auch die Vergabe von Visa bzw. Visaverlängerungen betreffen. Selbst Fachkräfte, die bereits seit Jahren in Deutschland erwerbstätig sind, geraten dadurch in eine Situation existentieller Not. Ein weiteres Desiderat ist ein schnelles Verfahren für die zeitnahe Anerkennung von im Ausland erworbenen Ausbildungsabschlüssen und beruflichen Qualifikationen.

Um Fachkräfte anzuwerben und in Deutschland zu beheimaten, braucht es jedoch nicht nur eine lebensweltliche Infrastruktur. Sinnvoll wäre eine beratende Begleitung in Form eines Mentorings sowie Unterstützung bei der Suche nach einer Wohnung, einer geeigneten Schule, einem Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Hort. Die dafür notwendigen personellen Ressourcen sind weitgehend durch die Verwaltung und Betreuung nicht oder nur gering Qualifizierter aus den Armutsgebieten Asiens und Afrikas gebunden, für die Deutschland das beliebteste Zuwanderungsland Europas darstellt.

Bis heute ist die Mehrheit der Flüchtlinge, die seit 2015 in Deutschland aufgenommen wurde, nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt oder von staatlichen Zusatzleistungen abhängig. Dies ist einer verfehlten Sozialpolitik geschuldet, die Transferleistungen ausbaut und die Aufnahme einer Beschäftigung erschwert. Durch Bürgergeld und andere finanzielle Zuwendungen bei gleichzeitig steigenden Abgaben wird die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses für gering Qualifizierte zunehmend unattraktiv. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit besaßen 47,3 Prozent aller Transferleistungsempfänger im Jahr 2023 keine deutsche Staatsangehörigkeit. 2,48 Millionen von 3,93 Millionen Leistungsempfängern besaßen einen Migrationshintergrund. Der Anteil der Bürgergeldempfänger mit Migrationshintergrund lag bei 63,1 Prozent. Insgesamt sind Menschen mit Migrationshintergrund seltener erwerbstätig und beziehen häufiger Transferleistungen als Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Einer Studie der Ökonomen Bernd Raffelhüschen, Stefan Seuffert und Florian Wimmesberger (2024) zufolge führt Zuwanderung gegenwärtig zu einer negativen fiskalischen Bilanz, d. h. zu einer starken finanziellen Belastung für die Gesellschaft. Als größtes Problem identifizieren die Autoren die Ausrichtung des Einwanderungssystems an moralischen Kriterien. In klassischen Einwanderungsländern wie Kanada, USA oder Australien spielt die Auswahl von Zuwanderern anhand der im Einwanderungsland benötigten Qualifikationen eine weitaus größere Rolle.

Eine bürgerliche Einwanderungspolitik muss sich an den vorhandenen Ressourcen und Bedarfen orientieren.

Falsche Signale an Herkunftsländer der Zuwanderer müssen korrigiert und voraussetzungslose Daueralimentierungen Richtung, reichen aber nicht aus. Um die fiskalische Schieflage zu beenden, sollten Zuwanderer so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt integriert werden. Eine Arbeitserlaubnis ist voraussetzungs- und fristlos zu gewähren. Es fehlt nicht nur an qualifizierten Kräften, sondern auch an Personen, die einfache Tätigkeiten übernehmen können. Der Vorschlag des innenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Alexander Throm, Asylbewerber in gemeinnützige Arbeiten einzubinden, weist in die richtige Richtung. Das Erlernen der deutschen Sprache kann „on the job“ geschehen. Erwerbstätige Zuwanderer entlasten nicht nur die Kommunen finanziell, sondern tragen auch zu ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung bei. Für Zuwanderer selbst hat dies weitere positive Effekte: Durch die frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt lassen sich Abschottungstendenzen und Formen von Devianz, wie Drogenkonsum und Kriminalität, eher vermeiden als in einer unproduktiven und frustrierenden Warteposition.

2.3. Soziale Integration

Pluralistische moderne Gesellschaften besitzen starke zentrifugale Kräfte, die u. a. durch Lebensstile, Bildung, unterschiedliche Einkommensverhältnisse und Stadt-Land-Differenzen bedingt sind. Solche Diversitäten sind gesellschaftlich irrelevant, solange sich die unterschiedlichen Gruppen nicht feindlich gegenüberstehen und es Orte der Begegnung sowie eine geteilte Akzeptanz demokratischer Werte gibt. In derzeitigen Einwanderungsgesellschaften kommt es allerdings verstärkt zu segregierten Gemeinschaften, die sich dezidiert von der übrigen Gesellschaft abkoppeln, weil sie diese ablehnen oder selbst in Teilen auf Ablehnung stoßen. Segregation kann räumliche (Straßenzüge oder Stadtviertel), ökonomische (informelle Wirtschaft) und soziokulturelle (verwandtschaftliche Netzwerke, Clans, Moscheegemeinschaften) Merkmale besitzen. Wenn diese zusammenfallen, sprechen wir von Parallelgesellschaften, die unter ungünstigen Bedingungen unkontrollierbar werden können. Bekannte Beispiele aus dem Ausland sind französische Banlieues, die von Salafisten beherrscht werden, oder die von Bandenkriminalität geprägten urbanen Vororte in Schweden. In Deutschland entstehen solche Strukturen zurzeit u. a. im Rhein-Main-Gebiet, in Teilen NRWs, in Bremen und Berlin. Es handelt sich dabei nicht um folkloristische Biotope, sondern um Gegengesellschaften, in denen Hass auf den Staat und seine Institutionen grassieren, in denen ethnisch geprägte Verwandtschaftsgruppen ihre eigenen Gesetze durchsetzen und diejenigen schutzlos sind, die sich nicht anpassen. Je größer diese Parallelstrukturen werden, desto autonomer agieren ihre Akteure. Für Flüchtlinge stellen sie Anlaufpunkte dar, weil sich dort Landsleute und eventuell sogar Verwandte befinden. Durch den beständigen Zuzug expandieren Parallelgesellschaften und werden zum sozialen Sprengstoff für die Gesellschaft.

Eine große Anzahl von Zuwanderern kommt aus muslimisch geprägten Ländern. Sie wurden in Normen und Werten sozialisiert, die unserer freiheitlichen Gesellschaft fundamental widersprechen. Die im Grundgesetz garantierte Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist beispielsweise nicht mit der Vorstellung einer Gehorsamspflicht von Mädchen und Frauen vereinbar, die in vielen orthodox-muslimischen Gemeinschaften tradiert wird. Ähnliches gilt für die Anerkennung der Homosexualität oder grundsätzlich für individuelle Freiheitsrechte, die dem moralischen Codex der Scharia widersprechen. Es ist eine weithin verbreitete Fehlannahme, Migranten seien in Deutschland, weil sie Anhänger der liberalen Demokratie sind. Richtig ist vielmehr, dass viele von ihnen die Liberalität aus religiösen oder kulturellen Gründen ablehnen. Sie empfinden sie schlicht als bedrohlich für die eigenen Werte, kapseln sich ab und versuchen aktiv zu verhindern, dass Jugendliche und Frauen Rechte in Anspruch nehmen, die ihnen in Deutschland zustehen. Innerfamiliäre Konflikte sind daher vorprogrammiert, und teilweise kommt es zu massiver Gewalt „im Namen der Ehre“ bis hin zum Mord.

Die hohen Zustimmungswerte der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland zum türkischen Präsidenten Erdogan hätten vor einigen Jahren ein Weckruf für die Politik sein sollen. Viele migrantische Gemeinschaften und muslimische Vereine stehen unter ausländischem Einfluss und werden von ausländischen Politikern genutzt, um Einfluss auszuüben. Bislang wird diesem Treiben kein Einhalt geboten. Die Vorstellung, man könne Menschen, die sich primär als Türken, Syrer oder Iraner identifizieren, durch Einbürgerungskampagnen oder ein kommunales Wahlrecht für Ausländer für Deutschland gewinnen, geht

in die Irre. Selbst in der dritten Generation von Menschen mit Migrationshintergrund existiert oft keinerlei Identifikation mit Deutschland.

Auch wenn es zahlreiche Gegenbeispiele für gelungene Integration gibt, weist dieser Befund auf grundlegende, strukturelle Fehler der Migrationspolitik hin.

Eine besondere Problematik stellt der politische Islam dar, der sich als Gegenentwurf zur säkularisierten Moderne versteht und eine rückwärtsgewandte Utopie verwirklichen will, in der Staat und Gesellschaft den Normen der Scharia verpflichtet werden. Seine Anhänger stellen keine homogene Gruppe dar, doch sie vereint ein genuin feindliches Verhältnis zu Nichtmuslimen oder liberalen Muslimen. In den vergangenen Monaten sind Organisationen des politischen Islams mit Forderungen nach einem Kalifat an die Öffentlichkeit getreten.

Mit ihrer offensiv vorgetragenen Parole, dass Muslime sich einer angeblich herrschenden „Wertediktatur“ widersetzen sollten, erreichen sie in den sozialen Medien Hunderttausende Anhänger. Dass sie jetzt Tausende zu Offline-Demonstrationen mobilisieren und ihren Machtanspruch offen bekunden, zeigt eine neue Stufe der Konfrontation an. Ihre Führer sind sich sicher, dass man sie gewähren lässt, weil sowohl die Versammlungs-, als auch die Religionsfreiheit hohe Rechtsgüter sind. Ungebrochen ist zudem die Gefahr durch gewaltbereite Islamisten, wie eine seit einiger Zeit in Deutschland aktive Gruppe des sogenannten Islamischen Staates (IS). Deren Mitglieder rekrutieren sich aus Migranten, die aus Zentralasien über die Ukraine zuwanderten.

Von Bedeutung sind allerdings auch Vereinigungen des legalistischen Islamismus, die, obwohl vom Verfassungsschutz beobachtet oder nachweislich von ausländischen Regierungen gesteuert, dennoch Partner des Staates sind. Die naive Vorstellung, sie würden sich demokratisieren, wenn man sie wertschätzt und einbindet, hat sich nicht bewahrheitet. Vielmehr konnten sie die Indifferenz politischer Entscheider nutzen, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen und Kritiker mundtot zu machen. Ein Abbild dieses Versagens ist die Deutsche Islamkonferenz, die bei ihrem Entstehen noch divers besetzt war, in den Folgejahren aber vollständig von Organisationen des politischen Islams dominiert wurde. Leidtragend waren liberale, moderate und säkulare Muslime, die aktiv ausgegrenzt wurden, obwohl sie sich bedingungslos zu den Werten der liberalen Demokratie bekennen.

Mangelnde Integration und die Überlastung staatlicher Einrichtungen machen sich auch im Bildungssystem bemerkbar. Kinder mit Migrationsgeschichte fallen selbst dann noch weit zurück, wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Nicht nur in Brennpunktschulen können größere Teile der Schüler dem Unterricht wegen mangelnder Sprachkenntnisse, unzureichender Konzentration und fehlender Bildungsaffinität nicht folgen. Die Folge ist eine Absenkung des gesamten Bildungsstandards, der sich schon jetzt im PISA-Ranking niederschlägt. Zum anderen gerät Schule immer stärker in den Fokus eines illiberalen Kulturkampfes seitens islamistischer Vereine, Eltern und Schüler. Es gibt Forderungen nach Gebetsräumen, nach einer Geschlechtertrennung im Schwimm- und Sportunterricht, der „Befreiung“ muslimischer Mädchen von Klassenfahrten, der Ausrichtung des Kantinenessens an Vorgaben der Scharia oder dem Verzicht auf Klassenarbeiten während des Ramadans. Religiöses Mobbing nichtmuslimischer oder liberal-muslimischer Schüler, Übergriffe auf Mädchen, die kein Kopftuch tragen oder auf jüdische Schüler sind keine Einzelfälle. Bildungsaffine Eltern mit und ohne Migrationshintergrund reagieren auf solche Missstände mit einem Schulwechsel, und wer die finanziellen Möglichkeiten hat, entscheidet sich häufig für einen private Bildungseinrichtung – von der Kindertagesstätte bis zum Gymnasium.

Hier wird das Auseinanderdriften der Gesellschaft sichtbar, hier ist die Politik aufgefordert zu handeln. Schulen sind die Orte, in denen Weichen für die Gesellschaft von morgen gestellt werden. In einer Einwanderungsgesellschaft müssen sie besonders gut personell ausgestattet sein. Benötigt werden Lehrkräfte, die einen klaren Kompass besitzen und in der Lage sind, sich demokratiefeindlichen, islamistischen und antisemitischen Bestrebungen im Klassenraum entgegenzustellen. Hier sollten Fortbildungsangebote erstellt werden. Gefragt sind auch die Schulleitungen, die Schulämter und die Kultusministerien, die die Lehrkräfte bestmöglich unterstützen müssen.

Soziale Integration kann nur phänomenübergreifend bewältigt werden. Bildungspolitik und Stadtplanung sowie die Verpflichtung von Zuwanderern auf einen in Deutschland üblichen Normen- und Wertekodex

gehören zusammen. In einigen europäischen Staaten, die vor ähnlichen Problemen stehen, werden solche Modelle bereits erprobt. Dänemark versucht beispielsweise, seinen Parallelgesellschaften präventiv durch eine gezielte Wohn- und Schulpolitik entgegenzuwirken, Frankreich möchte alle Bürger auf die Werte der Republik verpflichten. Deutschland könnte sich in Europa mit diesen Ländern verständigen, aber auch von den außereuropäischen Staaten wie Kanada, Australien oder den USA lernen, die seit vielen Jahrzehnten Einwanderungsgesellschaften sind.

Essenziell ist es, eigene Werte selbstbewusst als nicht verhandelbare Grundlage der Einwanderungsgesellschaft zu vertreten. Migranten, die zum Teil wegen politisch-rechtlicher Unterdrückung oder Verfolgung aus ihrem Heimatland geflohen sind, haben die berechtigte Erwartung, dass eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ihre Grundwerte konsequent verteidigt – ebenso wie die einheimische Bevölkerung.

2.4. Sicherheit, organisierte Kriminalität, Alltagsgewalt

Mit Integrationsdefiziten ist grundsätzlich eine Erosion der Sicherheit verbunden. Segregationsdynamiken bedrohen nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern führen auch zu einem Anstieg kriminellen Verhaltens, das regelmäßig in den polizeilichen Kriminalstatistiken zum Ausdruck kommt. In der Veröffentlichung vom April 2024 besaßen 40 Prozent aller Tatverdächtigen keinen deutschen Pass. Dass auch junge Männer aus alteingesessenen Migrantenfamilien überproportional straffällig werden, zeigt sich immer wieder bei Ausschreitungen beispielsweise zu Silvester. Besonders beunruhigend sind die hohe Anzahl von Gewaltverbrechen, die mit Messern durchgeführt werden oder sexuelle Übergriffe im öffentlichen Raum. Im Jahr 2023 wurden 13.844 Fälle von Messerkriminalität und 761 Gruppenvergewaltigungen gemeldet, bei denen Flüchtlinge überproportional beteiligt waren. Seit 2017 sind Tausende Fälle von sexuellem Missbrauch, Nötigung und Vergewaltigung dokumentiert, an denen mindestens ein Zuwanderer beteiligt war. Hinzu kommt eine ungebrochene Bedrohung durch islamistische Gewalttäter. Immer häufiger erleben wir in der Öffentlichkeit islamistische Machtdemonstrationen mit Gebeten von Männergruppen oder militaristischen Aufmärschen. Islamistische Akteure bedrohen ihre Kritiker und versammeln in den sozialen Netzwerken Hunderttausende von Anhängern. Die Politik schweigt dazu und setzt diesen demokratiegefährdenden Aktivitäten nichts entgegen.

Eine besondere Herausforderung ist der in den Herkunftsländern der Zuwanderer tradierte Antisemitismus, der in den migrantischen Gemeinschaften, in Moscheen und durch Medien verbreitet wird. Wir erleben zurzeit eine unerträgliche Zunahme antisemitischer Gewalt und eine reale Gefährdung jüdischen Lebens in Deutschland. Offen wird von muslimischen Gruppierungen in Deutschland die Vernichtung von Juden und die Auslöschung Israels propagiert – ohne dass es zu nennenswerten Reaktionen der Politik oder der Justiz kommt. In Schulen und sozialen Einrichtungen wagen sich Lehrkräfte und Betreuer häufig nicht mehr über Antisemitismus zu sprechen. Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang eine Allianz zwischen Islamisten, radikalen Linken sowie woken Kulturschaffenden und israelfeindlichen Studenten und Professoren.

An etlichen Universitäten kam es zu Besetzungen durch Sympathisanten der Hamas, wurde die Vertreibung aller Juden aus Israel gefordert, wurden jüdische Studenten bedroht oder sogar tödlich angegriffen. An der Freien Universität und der Humboldt-Universität wurden Räume demoliert und jeweils Schäden über 100.000 Euro verursacht. Bisher erschöpften sich die Reaktionen der Politik und der viel beschworenen Zivilgesellschaft weitgehend in verbalen Bekundungen, dass Antisemitismus keinen Platz habe. Im Vergleich zu den Empörungen und darauffolgenden Massendemonstrationen gegen Rechtsextremismus, die Anfang 2024 Millionen von Menschen auf die Straße brachten, war der Einsatz gegen Antisemitismus und verfassungsfeindlichen Islamismus jedoch mehr als kläglich.

Angesichts der massiven Probleme ist eine schnelle Einbürgerung von Zuwanderern wenig zielführend. Einbürgerung sollte immer am Ende einer erfolgreichen Integration stattfinden, die sowohl sozial als auch ökonomisch und normativ erfolgt sein muss. Straftaten, Antisemitismus, Islamismus und andere extremistische Aktivitäten sollten Ausschlusskriterien für den Aufenthaltsstatus und besonders für die Einbürgerung darstellen. Die Erwartungen einer echten Integration müssen von Anfang an deutlich kommuniziert und auch überprüft werden.

3. HANDLUNGSAUFRÄGE

3.1. Trennung von politischem Asyl und Einwanderung

Die faktische Vermischung von Asyl und Einwanderung sollte beendet werden. Dazu muss auch das individuelle Recht auf Asyl auf den Prüfstand gestellt werden. Der Schutz von Kriegsflüchtlingen oder politisch Verfolgten ist ein hohes Gut, aber es gibt kein Recht darauf, nach Deutschland einzureisen. Idealerweise sollte entsprechend Asyl außerhalb Europas beantragt werden. Ein Asylgrund kann nicht dadurch gegeben sein, dass eine Person aus einem Land stammt, in dem die Menschenrechte nicht oder nicht vollumfänglich anerkannt werden, sondern es bedarf des Nachweises der persönlichen politischen Verfolgung. Die Kategorie des „subsidiären Schutzes“ sollte dringend überdacht werden, da es unrealistisch ist, allen Menschen aus Ländern die Einreise zu ermöglichen, die durch gewaltsame Konflikte geprägt sind.

3.2. Fordern und Fördern

Es kann keine einseitige Bringschuld der einheimischen Gesellschaft gegenüber Zuwanderern geben. Wer in Deutschland internationalen Schutz (Asyl im Sinne des GG, Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutz) erhält oder aus anderen Gründen einwandert, muss sich zu den Werten und Normen dieser Gesellschaft bekennen und diese leben. Bei Integrationsverweigerung, Kriminalität, extremistischen Einstellungen oder Urlaubsreisen in das Herkunftsland sollte die Aufenthaltsgenehmigung von Flüchtlingen erlöschen. Vorhandene Förderprogramme sollten daraufhin evaluiert werden, ob sie Migranten mit Bleibeperspektive als Individuen mit allen nötigen Kompetenzen für ein eigenverantwortliches Leben qualifizieren.

3.3. Beendigung der Kooperation mit dem politischen Islam

Islamismus und Antisemitismus müssen als Probleme der Einwanderungsgesellschaft ernst genommen werden. Geeignete Präventionsmaßnahmen sind zu entwickeln. NGOs mit islamistischer oder antisemitischer Ausrichtung dürfen keine staatliche Förderung erhalten. Muslimische Verbände, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, dürfen keine Kooperationspartner staatlicher Einrichtungen sein. Gefördert werden sollten Vereine, die sich ausdrücklich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Wenn möglich, sollten Gruppierungen unterstützt werden, die die Entwicklung eines liberalen deutschen oder europäischen Islams anstreben.

3.4. Bildung

In sich schnell wandelnden Gesellschaften und neben immer diverser werdenden Elternhäusern müssen Kitas und Schulen die Instanzen sein, in denen Werte und Wissen vermittelt werden, die junge Menschen befähigen, als erwachsener Bürger Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen. Dem Bildungssektor kommt damit in freiheitlichen Gesellschaften eine tragende Rolle zu. Lehrkräfte benötigen klare Handlungsleitlinien durch die Kultusministerien und müssen von diesen Unterstützung erfahren. Interventionen von Eltern und Schülern gegen Lehrpläne, Lehrmethoden und Lehrinhalte (koedukativer Schwimm- und Sportunterricht, Evolutionstheorie, Antisemitismus etc.) müssen klare ministerielle Richtlinien entgegengesetzt werden, auf die sich Lehrkräfte beziehen können. Die Gleichberechtigung aller Schüler und der Schutz vor Ideologisierung müssen gewährleistet werden. Aus diesem Grund ist das Kopftuch bei religionsunmündigen Schülerinnen ebenso klar abzulehnen wie das Fasten muslimischer Schüler während des Ramadans.

3.5. Kriminalität und Parallelgesellschaften

Kriminellen Clanstrukturen sollte mit aller gebotenen Härte begegnet werden. Dazu gehören zeitnahe Verfahren, Abschiebungen, wenn diese rechtlich möglich sind, sowie eine koordinierte Zusammenarbeit aller beteiligten Einrichtungen. Bei jugendlichen Straftätern empfiehlt sich die Einrichtung von „Häusern des Jugendrechts“, in denen Polizei, Justiz und Sozialarbeit miteinander kooperieren. Parallelgesellschaften dürfen nicht geduldet, jedwede Segregation sollte durch sicherheitspolitische, stadtplanerische und bildungspolitische Maßnahmen abgebaut werden.

3.6. Leitkultur

Wer sich in Deutschland beheimaten möchte, muss wissen, womit er sich identifiziert, d.h. es braucht eine positive Erzählung, die nicht nur auf das Grundgesetz im Sinne eines Verfassungspatriotismus fokussiert, sondern auch der historischen gewachsenen Kultur und der Verantwortung Deutschlands gegenüber den in

Deutschland lebenden Juden. Dazu gehört dezidiert die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Diese Erzählung sollte eine kritische und erinnerungspolitisch sensible Sicht auf die deutsche Geschichte umfassen aber gleichzeitig auch das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als freiheitliches, demokratisches und wertebundenes Land in der Mitte Europas verankern. Ein weltoffener Patriotismus kann gerade auch in Krisen- und Umbruchszeiten den Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft nachhaltig stärken.

3.7. Demokratieförderung

Programme der Demokratieförderung sollten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen und sich sowohl gegen die Abwertung von Minderheiten als auch der autochthonen Gesellschaft positionieren. Eine Herabwürdigung der deutschen Gesellschaft als „strukturell rassistisch“ trägt nicht zum Zusammenhalt bei und ist zu vermeiden.

Diese Veröffentlichung der Denkfabrik für neue bürgerliche Politik dient ausschließlich der Information. Im Allgemeinen wird in dieser Publikation das generische Maskulinum verwendet. Das heißt: Die verwendeten grammatikalisch maskulinen Personen- und Berufsbezeichnungen sind auf alle Geschlechter bezogen.

Sie gelten damit allgemein für Personen, deren biologisches Geschlecht unbekannt, nicht von Bedeutung oder – im Plural – unterschiedlich zusammengesetzt ist.

HERAUSGEBER

REPUBLIK21 e.V. DENKFABRIK FÜR NEUE BÜRGERLICHE POLITIK

Büro München (Sitz des Vereins) Büro Berlin - Baierbrunner Straße 25 Albrechtstraße 13 - 81379 München 10117 Berlin

info@denkfabrik-r21.de hauptstadtbuero@denkfabrik-r21.de - T +49 89 2000 80 752 - F +49 89 288 555 25 - www.denkfabrik-r21.de

Ad 7.

Populistische Blendgranaten

Von Johanna Henkel-Waidhofer Kontext 724 - 12.02.2025

Seit Anfang der Neunzigerjahre üben sich Konservative in der Abwehr von Geflüchteten. Flucht ist in der deutschen Debatte längst zu "irregulärer Migration" geworden. Die Forderung, den "unkontrollierten Zustrom" zu begrenzen, zeugt dabei vom weitreichenden Realitätsverlust in der Stimmungsdemokratie.

Zwei Begriffe illustrieren die verbale Verrohung, die sich in den vergangenen Jahren schleichend vollzogen hat: "irregulär" und "illegal". "Sprache macht Politik", schreibt der Landesbeirat für Integration Baden-Württemberg zur migrationspolitischen Debatte. "Wenn wir über gemeinsame Werte in einer Sprache sprechen, die sich selbst von diesen Werten abwendet, drohen Spaltung und Polarisierung anstelle von demokratischem Ausgleich."

Die beiden Worte tauchen im Zusammenhang mit Migration nach Deutschland erstmals im Sommer 2017 in einem AfD-Papier auf, das nicht nur die Auslagerung von Asylverfahren nach Nordafrika und die komplette Schließung der Mittelmeer-Route verlangt, sondern auch einen "klaren Schwenk in der Kommunikation". Der ist offenbar gelungen. "Irregulär" und "illegal" seien Lieblingsbegriffe deutscher Politiker*innen, "wenn es darum geht, Geflüchtete zu diskreditieren und Abschottungsphantasien durchzusetzen", kritisierte Amnesty International Ende 2023.

Die Öffentlichkeit ist schlecht informiert

Da hatte Baden-Württembergs CDU bereits ihr Eckpunkte-Papier zur "Begrenzung illegaler Migration" vorgelegt und die beiden Vokabeln endgültig in der demokratischen Mitte hoffähig gemacht. "Wir brauchen eine 180-Grad-Wende in der deutschen Migrationspolitik. Das ist keine Frage von Moral, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit", verkündet in Stuttgart Manuel Hagel, Chef der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion. "Deshalb müssen wir jetzt Denkmuster und alte politische Grabenkämpfe überwinden und sachlich die dringend notwendigen konkreten Schritte angehen."

Von Sachlichkeit jedoch kann keine Rede sein. Vielmehr ist die Rhetorik der Rechtsaußen-Opposition zur neuen Normalität beim Thema Lage der Nation geworden. Schlauberger gerade in Union und FDP versuchen einer in weiten Teilen bestenfalls flüchtig informierten Öffentlichkeit mit dem Grundgesetzartikel 16a klarzumachen, wie "irregulär" oder "illegal" sich Hunderttausende in Deutschland aufhalten. Denn

darin heißt es, dass sich aufs Asylrecht nicht berufen könne, "wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist."

Der entsprechende Passus von 1993 diente schon vor drei Jahrzehnten dem, was heute "Zustrombegrenzung" genannt wird und faktisch die Abwehr von Geflüchteten meint. Zehntausende unterzeichneten erfolglos den Appell "Flüchtlinge schützen", darunter Günther Grass und Herbert Grönemeyer, Wolfgang Niedecken, Marcel Reif, Hella von Sinnen oder Konstantin Wecker. Schlussendlich wurde die Änderung angenommen. 14 Stunden hatte der Bundestag debattiert. Der damalige CDU-Innenminister Rudolf Seiters argumentierte wie heute Friedrich Merz (CDU) und seine Gefolgsleute mit dem Willen der deutschen Bevölkerung, die diesen Beschluss "seit Langem erwartet" hätten. Ganz nebenbei: Dass eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung ein Tempolimit auf Autobahnen, mehr Bescheidenheit bei den Diäten der Bundestagsabgeordneten oder eine stärkere Besteuerung von Millionären erwartet, ohne dass die Unionsparteien sich derlei zu eigen machten, tut natürlich nichts zur Sache.

Aktuelle Forderungen können nicht umgesetzt werden

Auf der einen Seite wird also schon lange die politisch gewünschte Abwesenheit legaler Migrationsmöglichkeiten zu Gesetzen. Trotzdem kommt völlig unter die Räder, in welchen Fällen tatsächlich von "illegal" oder "irregulär" die Rede sein kann. EU-Recht und Grundgesetz ziehen klare Grenzen. Nach den Dublin-Regeln muss ein Land binnen sechs Monaten die Einreisroute von Flüchtlingen klären und vor allem, ob ein Asylantrag schon in einem anderen Mitgliedsstaat gestellt worden ist. Gelingt dies nicht fristgerecht, kommt ganz legal und regulär der sogenannte Selbsteintritt zur Anwendung. Zuständig ist dann das letzte Aufnahmeland für alle weiteren Verfahren.

Während weitere Verschärfungen der Rechtslage diskutiert werden, steht die Umsetzung der bestehenden vor hohen Hürden: Zwei Drittel der deutschen Ausländerbehörden sind noch nicht digitalisiert und im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) längst nicht alle Stellen besetzt.

Merz, der Wiederholungstäter

Vor einem Vierteljahrhundert trat der damalige Bundestagsfraktionschef der Union Friedrich Merz schon einmal eine Megadebatte los. Damals über eine "deutsche Leitkultur" als Gegenmodell zur "multikulturellen Gesellschaft". Und er wollte ausdrücklich, auch angesichts des Gegenwinds selbst in den Reihen seiner CDU, die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik in den Wahlkampf 2002 tragen. Da war er dann vorübergehend Geschichte.

Zahlreiche Verschärfungen im Asylrecht waren ohnehin längst durchgesetzt. Deutschland hatte sich bequem eingerichtet, umgeben von Drittstaaten nach den Dublin-Regelungen. Ausgelöst durch eine steigende Zahl von Asylanträgen hat das Jahr 2015 eine regelrechte Kaskade von Verschärfungen losgetreten. Neue sichere Herkunftsstaaten wurden – dank der grüingeführten baden-württembergischen Landesregierung – ausgewiesen, Geld- durch Sachleistungen ersetzt, Abschiebehaftplätze ausgeweitet. Nur auf dem Papier gilt in zu vielen Fällen der Grundsatz, dass aus Schule, Ausbildung und von Arbeitsplatz nicht abgeschoben werden darf. Grenzkontrollen sind inzwischen Standard, Rückführungsabkommen geschlossen.

Weitere Regelungen im sogenannten Sicherheitspaket, im Herbst noch gemeinsam mit der FDP verabschiedet, wurden von unionsregierten Ländern im Bundesrat gestoppt. Ausdrücklich nicht gewollt von Roten und Grünen sind angesichts der Lage in beiden Ländern Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan. Die will Merz in Bälde durchsetzen und in Trump-Manier am ersten Tag seiner Kanzlerschaft per Dekret ("im Wege der Richtlinienkompetenz") durchzusetzen, um "die deutschen Staatsgrenzen zu allen unseren Nachbarn dauerhaft zu kontrollieren und ausnahmslos alle Versuche der illegalen Einreise zurückzuweisen".

Die gegenwärtig grassierenden Grenzschließungsfantasien dürften sich in einer nur schwer vorstellbaren Umsetzung ebenfalls als personalintensiv erweisen: Nicht nur müssten rund um Deutschland Zäune und Mauern gezogen werden, sondern dort, wo die regulären, tagtäglichen Grenzkontrollen stattfinden – zwischen der Schweiz und Baden-Württemberg pendeln mehr als 60.000 Menschen – auch noch

Schnellgerichte arbeiten. Von den neuen Abschiebehaftplätzen ganz zu schweigen. Heribert Prantl überlegte im Februar 2025 in der "Süddeutschen Zeitung", was es denn praktisch bedeuten würde, wenn tatsächlich alle Ausreisepflichtigen (etwa 42.000) sofort inhaftiert werden sollten, so wie es Merz fordert. Man bräuchte laut Prantl allein dafür eine Zahl von Haftplätzen, "die sechzig Prozent der gesamten derzeitigen GefängnisKapazitäten in Deutschland ausmachen. Wer soll das bezahlen? Woher soll das Personal kommen?". Fragen über Fragen, an deren Beantwortung zu viele Wähler*innen – ganz offensichtlich – überhaupt nicht interessiert sind.

Die Koordinatenverschiebung, die weit verbreitete Zustimmung zur Abschottung ist bitter vor allem für SPD und Grüne. Beide Parteien haben sich von Ursprungspositionen meilenweit entfernt. Schon die Amnesty-International-Kritik von 2023 war mit einem Zitat von Ministerpräsident Winfried Kretschmann illustriert: "Wir müssen die irreguläre Migration begrenzen." Der Grüne hatte seit seinem Amtsantritt 2011 nach und nach in seiner Partei zu Mehrheiten für eben jene "Begrenzung irregulärer Migration" beigetragen, etwa: Ausweisung weiterer sogenannter sicherer Herkunftsstaaten, mehr Abschiebungen samt Haft, umfassende Grenzkontrollen.

Grüne Jugend gegen Habecks Migrationspläne

Ohne Kretschmanns Kurs wäre auch das jüngste Papier des grünen Vizekanzlers Robert Habeck unvorstellbar. Der hat in der vergangenen Woche eine "Sicherheitsoffensive" in zehn Punkte gegossen, um die "irreguläre Migration weiter zu reduzieren". Damit löste er heftige innerparteiliche Kritik aus – vor allem daran, wie die Themen Flucht und Sicherheit vermengt werden. Die Grüne Jugend hat ein Gegenpapier erarbeitet und bekennt sich darin zur feministischen Außenpolitik, zum Grundrecht auf Asyl, zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, zum subsidiären Schutz und der europäischen Menschenrechtskonvention. Verlangt werden unter anderem sichere Fluchtrouten und – mit Blick auf den psychisch kranken Aschaffener Täter – Hilfe für alle und ein "diskriminierungsfreies Gesundheitssystem".

Geradezu skurril ist, wie nicht einmal solche Konflikte dazu führen, dass Union und FDP zumindest das Ringen um Positionen bei der politischen Konkurrenz anerkennen. Die Ludwigsburger CDU nimmt für sich in Anspruch, in ihrem Podcast "heiße Eisen anzupacken". Zur Asyldebatte äußert sich in der aktuellen Folge Steffen Bilger, örtlicher Bundestagsabgeordneter und Bezirksvorsitzender in Nordwürttemberg. Er behauptet einfach, dass SPD und Grüne sich jeglichem Kompromiss und jeder Lösung aus wahltaktischen Gründen verweigert hätten. Das mache ihn traurig und sei verantwortungslos.

Völlig losgelöst von den durch Rote und Grüne mitgetragenen Maßnahmen zur Abwehr von Geflüchteten stellte Kanzlerkandidat Merz in der Debatte zum sogenannten Zustrombegrenzungsgesetz die Grundsatzfrage: "Sind wir uns einig, dass der Zustrom von Asylbewerbern in die Bundesrepublik Deutschland begrenzt werden muss? Ja oder nein?" – was ganz so klingt, als gäbe es bislang überhaupt keine Begrenzung und jeder Mensch auf der Welt könnte bei Lust und Laune einfach so über die deutsche Grenze spazieren.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) sprach daraufhin von der Sorge, dass "wir hier reinschlittern in eine völlig faktenfreie Diskussionsgrundlage" und listete konkrete Maßnahmen auf, die gerade die Grünen nicht ohne Bauchschmerzen mitgetragen hätten. Das wiederum veranlasste den CDU-Abgeordneten Thorsten Frei, Wahlkreis Schwarzwald-Baar, zu einer Kurzintervention, in der er der Ministerin eine "völlig faktenfreie Rede" und "Lügengeschichten" unterstellte.

Fakt ist, dass sich bei der Verringerung von Geflüchtetenanzahlen allein in den vergangenen dreieinhalb Jahren viel getan hat. Anfang 2025 hatte die rot-grüne Bundesregierung ein 23-seitiges Papier veröffentlicht, in dem alle Veränderungen und Verschärfungen seit Amtsantritt der Ampel zusammengefasst sind. "Wir haben so viel gemacht", beteuert Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt (SPD), der engste Vertraute von Olaf Scholz, inzwischen landauf landab in Interviews. Die (zu) spät gestartete Informationskampagne verfehlt ihre Wirkung in der breiten Öffentlichkeit ganz und gar.

Massive Verschärfungen sind bereits Gesetz

So sind Kontrollen an allen deutschen Landesgrenzen bereits seit vergangenem September möglich, zudem wurden Leistungskürzungen beschlossen, die Residenzpflicht verschärft, Wohnungsdurchsuchungen in

Flüchtlingsunterkünften ebenso vereinfacht wie die Abschiebung kranker Menschen. Die Zahl der Asylanträge ist 2024 im Vergleich zum Vorjahr um knapp ein Drittel gesunken, die der Abschiebungen um mehr als ein Fünftel gestiegen.

Davon unbeirrt fordern Markus Söder (CSU) bis Sahra Wagenknecht (BSW) ein Ende der "unkontrollierten Zuwanderung" und im Bundestag poltert der Abgeordnete Frei, Grüne, SPD und insbesondere Annalena Baerbock seien "völlig unwillig, auch nur den kleinsten Schritt hin zu Begrenzung, Ordnung und Steuerung von Migration in Deutschland zu ermöglichen. Sie wollen keine Begrenzung von Migration in Deutschland! Dann sagen Sie es auch!"

Kanzleramtsminister Schmidt ärgert sich indessen, "wie man mit Sprücheklopfen durchkommt" – und hätte diesem Ärger besser schon früher Luft gemacht. Dann hätten sich Fachleute, Flüchtlingsrät*innen, Ehrenamtliche und nicht zuletzt interessierte Bürger*innen vielleicht früher zusammengefunden. So wie eben erst Jusos und Grüne Jugend im Land, die gemeinsam "die inhaltliche Leere des Zustrombegrenzungsgesetzes" beklagen und in ihm nichts weiter sehen als "eine populistische Blendgranate – ohne Substanz, ohne Weitblick, ohne Wirkung", allein Symbolpolitik auf dem Rücken Schutzsuchender. Das im Bundestag durchgefallene Gesetz löse keine Probleme, die würden vielmehr verschärft, indem es "der Angstmacherei der AfD hinterher rennt". Das sei ein "gefährliches Scheinmanöver zugunsten der Rechtspopulisten".

Am Ende tut Friedrich Merz so, als sei die Ablehnung seines Gesetzesentwurfs mit einer Politik der offenen Grenzen gleichzusetzen. "Anstatt den Standort Deutschland und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch wenig problemlösungsorientierte Debatten zu schwächen, ist eine sachliche Auseinandersetzung mit bestehenden Herausforderungen notwendig", drängt derweil der Landesbeirat für Integration und rät, die verbliebene Rest-Wahlkampfzeit zu nutzen. Noch blieben ein paar Tage Zeit bis zum 23. Februar. Und niemand ist gehindert daran, Stimmung zu machen gegen die Stimmung.

Ad 8.

Afghanische Flüchtlinge in Pakistan: Abschiebungen trotz deutscher Aufnahmezusage Tagesschau 07.01.2025 Von Martin Kaul, WDR

Mehr als 3.000 Afghanen warten mit Aufnahmezusagen in Pakistan darauf, nach Deutschland zu kommen. Doch weil die Regierung offenbar zu lange für die Visa-Bearbeitung braucht, hat Pakistan nun damit begonnen, sie wieder abzuschicken.

In Pakistan verschärft sich die Lage für afghanische Flüchtlinge mit einer Aufnahmezusage aus Deutschland - sowie für ehemalige Ortskräfte der Bundesregierung, die sich derzeit unter deutscher Betreuung in Pakistans Hauptstadt aufhalten.

Nach WDR-Recherchen haben pakistanische Sicherheitsbehörden in der letzten Woche damit begonnen, Menschen, die dort eigentlich auf ein Visum für Deutschland warten, zurück nach Afghanistan abzuschicken. Hintergrund sind offenbar die langen Bearbeitungszeiten bei der Sicherheitsüberprüfung und Visa-Erteilung durch deutsche Behörden, wie der WDR aus Sicherheitskreisen erfuhr.

Über 3.000 Afghanen warten auf ein Visum

Insgesamt halten sich derzeit noch mehr als 3.000 Afghanen in Pakistan auf, die nach einem umfassenden Prüfverfahren durch deutsche Stellen im Rahmen verschiedener Hilfsprogramme jeweils eine Aufnahmezusage für Deutschland erhalten haben.

Weil Deutschland in Afghanistan keine Botschaft unterhält, mussten diese Menschen nach Pakistan reisen und dort in der Regel mehrere Monate auf ihre Sicherheitsüberprüfung sowie ein Visum für Deutschland warten. Oft haben sie dafür zuvor ihr Hab und Gut verkauft oder in Afghanistan zurückgelassen.

Unterstützt, finanziert und untergebracht werden sie dabei in Gästehäusern, die die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag der Bundesregierung betreibt.

Erstmals Abschiebungen aus Gästehäusern

Am vergangenen Dienstag haben pakistanische Sicherheitsbehörden nun erstmals diese Gästehäuser aufgesucht, um Afghanen aufzugreifen und abzuschicken, die dort unter deutscher Betreuung stehen.

In sechs Fällen ist das nach WDR-Informationen auch gelungen, darunter soll sich auch eine ehemalige Ortskraft der deutschen Bundesregierung befinden. Demnach wurden die Personen zunächst festgenommen und anschließend über die Landesgrenze in ein Lager nach Dschalalabad in Afghanistan abgeschoben.

Bundesregierung in Sorge über Abschiebungen

Das Auswärtige Amt hat sich zu konkreten Fällen nicht geäußert, teilte auf Anfrage mit: "Die Abschiebung afghanischer Staatsangehöriger durch Pakistan erfüllt die Bundesregierung mit Sorge". Die deutsche Botschaft in Islamabad stehe in engem Kontakt mit den pakistanischen Behörden, um eine schnelle Rückkehr von abgeschobenen Personen nach Pakistan zu ermöglichen. Auch Personen in Aufnahmeprogrammen anderer Staaten seien von der Maßnahme betroffen.

In der Vergangenheit hatten die pakistanischen Sicherheitsbehörden noch davon abgesehen, etwa ehemalige afghanische Ortskräfte abzuschicken, die unter deutscher Betreuung standen - solange diese vorweisen konnten, dass sie Aussichten auf ein Visum nach Deutschland hatten.

Allerdings sehen offenbar auch Pakistans Behörden inzwischen mit Argwohn, wie lang die Visa-Erteilung durch die deutschen Stellen in Pakistan dauert. Das pakistanische Außenministerium ließ eine Presseanfrage dazu unbeantwortet.

Visa-Entscheidungen langatmig

Weil Deutschland bei der Überprüfung und Erteilung der Visa für die Afghanen nur sehr langsam vorankommt, sind die Wartezeiten in Islamabad lang: Im Durchschnitt verweilen die ehemaligen Ortskräfte laut einer Auskunft der Bundesregierung aus dem November letzten Jahres etwa viereinhalb Monate in den Gästehäusern, oft aber auch deutlich länger. In der Folge erlischt für viele Anwärter schließlich in Pakistan ihre Aufenthaltserlaubnis - sodass sie durch pakistanische Behörden zur Rückreise nach Afghanistan aufgefordert werden.

Betreffen könnte dies nun auch viele weitere der Anwärter in Pakistan. Bei ihren Besuchen in den Gästehäusern sollen die pakistanischen Sicherheitskräfte deutlich gemacht haben, dass auch weitere Afghanen mit Abschiebungen rechnen müssen, wenn ihre Aufenthaltstitel in Pakistan abgelaufen sind.

Innenministerium weist Kritik zurück

Das Bundesinnenministerium, das für die Durchführung und Dauer der Sicherheitsüberprüfungen der Anwärter in Pakistan zuständig ist, wies Kritik auf Anfrage zurück. "Die Bundesregierung hat bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Wartezeiten für die Ausreisenden zu verkürzen und die Ausreiseprozesse zu beschleunigen", so ein Sprecher. Dabei behalte die Sicherheit in den Verfahren aber höchste Priorität. Auch gelte es die Aufnahmekapazitäten der Bundesländer in Deutschland zu beachten. Außerdem habe die Bundesregierung Schutzmaßnahmen ergriffen, um die Aufzunehmenden bestmöglich vor einer Abschiebung der pakistanischen Behörden nach Afghanistan zu bewahren. Hierzu gehörten beispielsweise die Ausstellung von individuellen Unterstützungsschreiben.

Ad 10.

Brandmauer in sächsischen Kommunen - In Sachsen bröckelt's

Keine Zusammenarbeit mit der AfD? Ein Blick nach Sachsen zeigt: Auf kommunaler Ebene ist das längst Praxis. Neun Beispiele aus Stadt- und Kreisräten.

TAZ 25./26.1.2025 - Von Konrad Litschko

Bis vor Kurzem ließ die Führung der Union keinen Zweifel daran, an der Brandmauer zur AfD festhalten zu wollen. Doch wurde das an der Basis auch so gesehen?

Es gibt Zweifel, wie ein Blick nach Sachsen zeigt – wo die Partei vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft ist. Im Landtag überließ die CDU der AfD gerade die Vorsitze des Innen-, Haushalts-, Bildungs- und Rechtsausschusses. Letzteren soll Alexander Wiesner führen, der bis vor Kurzem Landeschef der Parteijugend „Junge Alternative“ war und zwei Mitarbeiter beschäftigte, die von der Bundesanwaltschaft unter Rechtsterrorverdacht gegen die Gruppe „Sächsische Separatisten“ festgenommen wurden. Auch in die Kontrollkommission wählten CDU und BSW einen AfD-Mann. Diese kontrolliert den Verfassungsschutz – der wiederum auch Rechtsextreme in der AfD beobachtet.

Eine taz-Umfrage in allen Landkreisen Sachsens zeigt: Während sich CDU, BSW und andere Parteien mancherorts von der AfD abgrenzen, existiert die Brandmauer anderenorts nicht mehr. Neun aktuelle Beispiele.

Kreistag Bautzen

Es war gleich in der ersten Sitzung im August, als der Kreistag einen AfD-Beschluss mit breiter Mehrheit verabschiedete: die Abschaffung des hauptamtlichen Ausländerbeauftragten. Zuvor hatte CDU-Landrat Udo Witschas – der schon länger betont, mit allen gewählten Parteien zusammenzuarbeiten – erklärt, er mache bei der Abstimmung keine Vorschriften, und votierte für eine geheime Abstimmung. Dem Antrag wurde mit 47 zu 30 Stimmen zugestimmt – 15 mehr, als die AfD-Fraktion besitzt. SPD, Grüne und Linke sagten, sie hätten gegen die Abschaffung des Ausländerbeauftragten gestimmt. Die Landesdirektion prüft bis heute, ob der Kreistagsbeschluss rechtmäßig ist. Das sächsische Sozialministerium hatte bereits erklärt, dass es diesen als unvereinbar mit dem Sächsischen Integrations- und Teilhabegesetz sieht.

Matthias Grahl, Bautzener CDU-Kreisrat und Landesschatzmeister der CDU, plädierte zuletzt offen für Gespräche mit der AfD. Eine Koalition solle man nicht mehr ausschließen – sonst mache man sich weiter erpressbar von SPD, Grünen und Linken, die „für alles stehen, was in diesem Land schief läuft“. Grünen-Kreisrat Jonas Löschau sagte der taz, über die Brandmauer habe man im Landkreis vor ein paar Jahren diskutiert. „Das ist vorbei. Die Brandmauer gibt es hier nicht mehr. Die AfD ist als größte Fraktion längst Taktgeber und die CDU lässt sich davon treiben.“

Kreistag Meißen

Als der Kreistag im November über den Posten der Vizelandrätin abstimmte, gab es neben AfD-Frau Angelika Meyer-Overheu auch eine demokratische Gegenkandidatin, Anita Maaß von der FDP, Bürgermeisterin von Lommatzsch. Doch der Kreistag votierte gleich im ersten, geheim abgehaltenen Wahlgang mit 46 Stimmen für Meyer-Overheu – obwohl die AfD nur 27 Mandate hat. „Ohne Not“ sei hier eine AfD-Vertreterin in ein Amt gewählt worden, schimpfte Linken-Landeschef Stefan Hartmann. CDU-Landrat Ralf Hänsel hatte schon zuvor in einem Interview erklärt, eine Brandmauer zur AfD habe man im Landkreis „nie errichtet“. Er selbst sei „ein strikter Gegner“ einer solchen – man müsse anfangen, „alle in die Verantwortung zu nehmen“. Grünen-Kreisrätin Eva Oehmichen sagte der taz, auch aus ihrer Sicht habe es im Landkreis „eine Brandmauer zur AfD von Seiten der CDU zu keinem Zeitpunkt gegeben“. Beide Fraktionen duzten sich, Teile der Fraktionen würden das Vorgehen bei Anträgen gemeinsam absprechen. Ihr Eindruck sei eher, die Brandmauer werde „in Richtung Grünen und Linken errichtet“.

Kreistag Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

*Der Antrag fand im Dezember eine breite Mehrheit: Das laufende Besetzungsverfahren für die Integrationsbeauftragte zu stoppen. Der Vertrag lief zum Jahresende 2024 aus, Amtsinhaberin Yvonne Böhme hatte sich erneut beworben, als einzige qualifizierte Bewerberin. Der Antrag kam von der CDU, aber wenig überraschend stimmten auch AfD, Freie Wähler, FDP, Konservative Mitte und die Rechtsextremen der Freien Sachsen zu. Die Stelle bleibt nun vorerst unbesetzt. Böhme hatte zuvor eine Ausstellung über Geflüchtete im Landratsamt in Pirna mitinitiiert – das Amt ließ sie noch vor der Eröffnung wieder abbauen, wegen angeblicher Beschwerden von Bürger*innen.*

Eine Kirchengemeinde beherbergte danach die Ausstellung. Der Flüchtlingsrat Sachsen kritisierte den Kreistagsbeschluss als „verheerendes Signal in Bezug auf demokratische Vielfalt und Repräsentation im Landkreis“. Die Integrationsbeauftragte sei „ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Integrationsarbeit“. Böhme selbst sagte, die „Allianz“ aus CDU, AfD und anderen „wirft Fragen auf“. Sie sei „persönlich getroffen“, dass CDU-Kreisräte, die auch Bürgermeister seien, den Beschluss mitgetragen haben – diese wüssten doch, wie wichtig diese Arbeit sei.

Kreistag Mittelsachsen

Es sah nach einer unspektakulären Personalie aus: Der neugewählte Grünen-Kreisrat Michael Seidel erklärte zu Beginn der Legislaturperiode, er könne sein Mandat nicht antreten. Er habe einen neuen Job als Lehrer, ein Nachrücker stehe parat. Doch AfD, CDU, Freie Wähler und Teile der SPD stimmten gegen den Mandatsverzicht: Seidels Grund sei vorgeschoben, der Aufwand machbar. In gleich zwei Sitzungen lehnte

der Kreistag Seidels Antrag ab. Weshalb das Parlament am Mittwoch auf Anordnung der Landesdirektion, die Seidels Position teilt, eine Sondersitzung einberufen musste.

Doch auch da blieben AfD und CDU hart. Nun muss ein Verwaltungsgericht entscheiden. Die Grünen nannten den Vorgang „bizar“, der Beschluss sei rechtswidrig. Auch Kreisrätin Jana Pinka (parteilos) sagte der taz, sie sei „fassungslos“: AfD und CDU täten sich hier bereits bei einem Thema zusammen, das eine reine Formalie hätte sein müssen. Schon in der vergangenen Legislaturperiode machte der Kreistag Schlagzeilen, weil AfD und CDU eine Übernahme von 3,5 Millionen Euro für Asylkosten durch den Landkreis ablehnten – als Protest gegen die Asylpolitik im Bund. Landrat Dirk Neubauer (parteilos, einst SPD) hatte dagegen Widerspruch eingelegt und betont, dass dies eine Pflichtaufgabe des Landkreises sei. Auch hier musste sich am Ende die Landesdirektion einschalten.

Neubauer trat später zurück, beklagte rechte Drohungen gegen ihn. Aussichtsreichster Nachfolger ist nun der parteilose Freiburger Bürgermeister Sven Krüger, der von CDU und Freien Wählern unterstützt wird – und der 2023 Schlagzeilen machte, weil er auf einem Ball in St. Petersburg für ein „gutes Miteinander“ zwischen Deutschland und Russland warb.

Stadtrat Leipzig

Bereits 2020 trat Leipzig dem Bündnis „Sicherer Hafen“ bei, womit sich Städte verpflichten, über den Verteilungsschlüssel hinaus freiwillig mehr Geflüchtete aufzunehmen. Ende 2024 brachte die AfD im Stadtrat einen Antrag ein, Leipzig müsse „unverzüglich“ aus dem Bündnis austreten. Das Projekt sei „gefährliche moralgetriebene Symbolpolitik“.

Die CDU reagierte darauf, indem sie den Antrag inhaltlich übernahm, verschärfte und nochmal selbst einbrachte. Damit sollen der Stadt nun auch Spendenaufrufe an den sächsischen Seenotrettungsverein Mission Lifeline und jede weitere Unterstützung des Bündnis Seebrücke untersagt werden. Abgestimmt wurde über den Beschluss bisher noch nicht. Aber er kann mit einer Mehrheit rechnen: AfD und BSW signalisierten bereits Zustimmung. Auf der anderen Seite unterzeichneten gut 15.000 Personen eine Petition, dass Leipzig „sicherer Hafen“ bleiben soll.

Die Leipziger Linken-Abgeordnete Juliane Nagel nannte den Fall symptomatisch, wie eine Brandmauer zwischen AfD und CDU auf kommunaler Ebene in Sachsen „nicht mehr erkennbar“ sei. Auch das BSW habe „keinerlei Bedenken, mit den Faschisten gemeinsame Sache zu machen“, sagte Nagel. „Das ist dramatisch, weil so gerade im Kleinen menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen normalisiert werden.“ Und auf Landesebene bleibe die Frage, ob CDU und SPD so wirklich ihre Ansage durchhalten, nicht mit der AfD zu kooperieren.

Stadtrat Zwickau

Er sitzt für die AfD im Zwickauer Stadtrat, war seit August auch Abgesandter im Jugendbeirat: Julian Bader. Im Herbst berichtete dann der NDR, dass der angehende Schornsteinfeger einst zur 2020 verbotenen Neonazi-Gruppe „Nordadler“ gehörte und auch aktuell Teil einer sich neu formierenden Gruppe sei. Der Jugendbeirat weigerte sich darauf, weiter mit Baden zusammenzuarbeiten. Im Stadtrat sollte seine Abwahl aus dem Beirat erfolgen. Doch die scheiterte im November im Stadtrat: 27 Stadträte stimmen in geheimer Wahl gegen die Abwahl Baders – 11 mehr, als die AfD-Fraktion Mitglieder hat.

Die AfD hatte Bader verteidigt, gegen ihn liege strafrechtlich nichts vor. Was er in seiner Freizeit tue, gehe niemanden etwas an. Dabei hatte in der Debatte zuvor auch Kripo-Leiterin Grit Blöse, die für „Bürger für Zwickau“ im Parlament sitzt, deutlich für die Abwahl von Bader appelliert und vor seinen engen Kontakten zu Rechtsextremen gewarnt – die CDU reagierte laut Freier Presse mit Schweigen. Kurz darauf verkündete Bader selbst, er wolle den Jugendbeirat verlassen – wegen beruflicher Belastung. Andere Fraktionen warfen der AfD darauf ein „Schmierentheater“ vor. Im Stadtrat sitzt Bader für die AfD bis heute.

Stadtrat Chemnitz

Es war schon länger ein Streitthema in Chemnitz: Die Schließung von bis zu zehn Kitas mit bis zu 1.000 Plätzen. Das Jugendamt hatte dies angekündigt, weil seit Jahren das Angebot den Bedarf übersteige und es teils hohen Sanierungsbedarf gebe. Im Oktober taten sich dann AfD und BSW zusammen und beantragten eine Sondersitzung des Stadtrats zu dem Thema. Grüne, Linke und andere warfen beiden Parteien eine „Inszenierung“ und Verschwendung von Sitzungsgeldern vor. Tatsächlich, so argumentierten die Grünen,

brauche es eine Lösung, so viele Kita-Plätze dürften nicht abgebaut werden. Aber BSW und AfD gehe es nicht um eine Lösung, sondern nur um öffentlichen Zuspruch. Und das BSW mache „ohne Not“ gemeinsame Sache mit einer Partei, die in Teilen als gesichert rechtsextrem gilt, so die Linke.

Die Sondersitzung selbst endete ergebnislos. Ein finaler Beschluss zu den Kitas wurde bis heute nicht gefällt.

Stadtrat Meißen

Schon seit Monaten polterte der AfD-Stadtrat René Jurisch, ein früherer NPD-Mann, gegen das alternative Projekt „Buntes Meißen“, warf diesem eine „Selbstbedienungsmentalität“ und „Heile Welt Veranstaltungen“ vor. Im Oktober machte das Stadtparlament dann Ernst: Es stimmte mehrheitlich für eine – von der AfD vorgeschlagene – geänderte Prioritätenliste für die Förderung von Lokalprojekten durch den Europäischen Sozialfonds. Ein neues Projekt rutschte nach oben, das Projekt „Sozialer Garten“ vom „Bunten Meißen“ rutschte nach unten und fällt damit nun für die kommenden drei Jahre aus der Förderung. 15 Stadträte stimmten für den Beschluss – die AfD hat 9.

Das Projekt „Buntes Meißen“, das seit 11 Jahren in der Stadt wirkt, sprach danach vom „Anfang vom Ende der Abgrenzung gegen die AfD“. Und ergänzte: Die Stadt verliere „eine ambitionierte Initiative für das soziale Miteinander“. Die Fraktion „Bürger für Meißen“ beklagten ebenso, dass der Stadtrat fachliche Expertise „gegen persönliche Befindlichkeiten, gegen politische Abneigungen und eine ideologische Vorgehensweise ausgetauscht“ habe. AfD-Mann Jurisch dagegen jubilierte: „Die Selbstbedienung an Steuergeldern ist vorbei. Nicht nur in Meißen!“

Stadtrat Weißwasser

Die AfD in Weißwasser führte an, dass die Stadt sparen müsse, und stellte deshalb im Dezember im Stadtrat den Antrag, Zuschüsse für soziale Vereine und die Jugendhilfe um 50 Prozent zu kürzen, rückwirkend für das komplette Jahr 2024.

Nach einer Debatte einigte man sich auf 30 Prozent Kürzungen, dann bekam der Antrag eine Mehrheit – mit Stimmen eines SPD-Abgeordneten und einem der Gruppe „Veränderung jetzt“.

Der Beschluss betrifft etwa das Soziokulturelle Zentrum Telux, das gemeinsam mit fünf anderen Projekten erklärte, der Beschluss reiße „erhebliche Finanzierungslücken“, und ihre weitere Arbeit in der Stadt stehe nun „wirklich infrage“. Genau solche Zentren hatte AfD-Chef Tino Chrupalla zuvor bei einer Veranstaltung in Weißwasser ins Visier genommen.

Ad 11.

Email vom 2.2.2025 – an Hermann Gröhe: Anfrage bezüglich Ihres Zwischenrufes am 29.1.2025

Sehr geehrter Herr Gröhe,

ich habe Sie einmal persönlich gehört - während des Kirchentages 2007 in Köln, als Sie - wie ich fand - in einer Diskussion zum Thema Naher Osten trotz aufgeregter Atmosphäre mutig argumentierend eine Minderheitenposition (Solidarität mit Israel) vertreten haben. Zudem weiß ich um Ihre Mitgliedschaft in der Synode der EKD.

Ich selbst bin evangelischer Theologe der westfälischen Landeskirche und aus Überzeugung dem Reformierten Bund beigetreten nach dessen Stellungnahmen zum Verhältnis Juden - Christen und der Verantwortung für den Frieden.

Mich wühlen die Debatten der vergangenen Tage im Bundestag auf. Ich sehe Parallelen zu der Zeit Anfang 1933. Damals meinten deutschnationale Protestanten, ihre Ziele erreichen zu können durch eine Indienstnahme der nationalsozialistischen Partei. Das hat sich als historischer Irrweg erwiesen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gründete sich das 1932/33 zunächst standhaft gebliebene Zentrum neu als CDU - als Union wegen der Hinzuziehung bzw. Einbindung der deutschnationalen Protestanten. Für die Hoffnung auf einen Neustart steht der Name Gustav W. Heinemann, für die Kontinuität der Name Otto Dibelius.

Dem Protokoll der Bundestagsdebatte am 29.1.2025 entnehme ich, dass Sie den Satz des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung "Die Bürgerinnen und Bürger können dafür sorgen, dass es keine Mehrheit gibt für Schwarz-Blau in unserem Land" quittiert haben mit dem Zwischenruf "Sehr peinlich". Ich vermute, dass

Sie die Peinlichkeit darin sehen, dass jemand es für möglich hält, dass es zu dieser Mehrheit kommen könnte, die es rechnerisch laut Meinungsumfragen schon gibt. Sie stützen Ihr Urteil "Sehr peinlich", dass es dazu nicht kommen wird, vermutlich darauf, dass die CDU eine solche rechnerisch gegebene Mehrheit nie für eine schwarz-blaue Regierung nutzen würde.

Ich möchte Sie fragen: Was macht Sie so sicher? Ihr Kanzlerkandidat hat am Freitag im Bundestag (das Protokoll liegt mir noch nicht vor) gesagt, dass niemand aus seiner Fraktion "denen da" die Hand reichen würde. Er hat der Kanzlerkandidatin der AfD zwar die Hand nicht gereicht, aber seine Hand gemeinsam mit ihr erhoben zur Ablehnung eines Antrages zur Geschäftsordnung, dessen Annahme uns eine gemeinsame Abstimmung der CDU mit der AfD erspart hätte. Zum Glück fand der Antrag der CDU/CSU am Freitag - im Gegensatz zum Mittwoch - keine Mehrheit.

Ich möchte Sie persönlich fragen: Können Sie mir versichern, dass Sie Friedrich Merz nicht zum Kanzler wählen werden, wenn dazu die Stimmen der AfD nötig sein würden? Auf das Wort von Herrn Merz kann ich mich nach dessen Wortbruch in Kenntnis der Geschichte nicht verlassen.

Dass es in Umkehrung der konfessionellen Zugehörigkeit heute Aufgabe eines Protestanten ist, dem Katholiken in den Arm zu fallen und diesen in die Gemeinsamkeit der Stellungnahme der beiden Kirchen zurückzurufen, sei nur am Rande als historische Anmerkung vermerkt.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Weissinger, Pfr. i.R.

Erwiderung: Am 04.02.2025 um 10:43 schrieb Hermann Groehe MdB

Sehr geehrter Herr Weissinger,

haben Sie vielen Dank für Ihre sehr persönliche E-Mail an mich aus der vergangenen Woche. Ich nehme Ihre Sorgen sehr ernst. Gerade unser gestriger Parteitag der CDU Deutschlands und die Reden von Friedrich Merz haben noch einmal deutlich gemacht: Es wird KEINERLEI Zusammenarbeit der CDU mit der AfD geben. Und auch wenn ich dem nächsten Bundestag nicht mehr angehören werde, kann ich Ihnen persönlich versichern: Es gab, gibt und wird keine Zusammenarbeit geben! Und auch jede Art der Duldung, beispielsweise in einer Minderheitsregierung, ist ausgeschlossen.

Lassen Sie mich auch meine Entscheidungen der letzten Woche begründen: Wir dürfen uns niemals an Gewalt gewöhnen! Die jüngsten brutalen Anschläge in Mannheim, Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg haben uns alle erschüttert. Viele Menschen haben Angst: vor Gewalttaten, vor gesellschaftlicher Spaltung, vor dem Erstarken demokratiefeindlicher Kräfte. Diese Sorgen nehme ich äußerst ernst.

Der Staat muss seine Bürger schützen. Wir als CDU/CSU stellen uns dieser Verantwortung. In dieser Woche haben wir mehrere konkrete Vorschläge gemacht, um illegale Zuwanderung endlich wirksam zu stoppen.

Denn nur eine entschlossene, handlungsfähige Politik entzieht extremen Kräften den Nährboden.

Auch die Tagesschau betont: „Diese Haltung hat Friedrich Merz mit seinem Fünf-Punkte-Plan nach dem Messerangriff von Aschaffenburg aufgegriffen. Dass er hier die Meinungsführerschaft übernommen und sie nicht radikalen Kräften überlassen hat, ist ein Dienst an der Demokratie.“ Genau darum geht es:

Verantwortung übernehmen, Lösungen anbieten. Hier ist der Fünf-Punkte-Plan zu lesen:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/146/2014698.pdf>

Wir waren als CDU/CSU-Bundestagsfraktion bis zuletzt für die Parteien der Mitte Gesprächsbereit!

Wir haben in der vergangenen Woche mit SPD und Grünen über 20 Gesetze gemeinsam beschlossen – darunter das Gewalthilfegesetz (bessere Finanzierung von Frauenhäusern), das Gesetz zur Anpassung des Mutterschutzgesetzes (Anspruch auf Mutterschutzfristen nach einer Fehlgeburt) und verschiedene Gesetze aus dem Energiebereich. Wir suchen die Zusammenarbeit in der demokratischen Mitte - bis zuletzt! Dafür habe auch ich mich in unseren internen Beratungen immer wieder stark gemacht.

Doch SPD und Grüne waren schlicht nicht bereit, sich mit uns auf die notwendigen Schritte in der Migrationspolitik zu verständigen – obwohl viele unserer Vorschläge von allen Ministerpräsidenten unterstützt werden. Obwohl unsere Vorschläge seit Mitte letzten Jahres vorliegen! Dies gilt etwa für die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, also Menschen ohne einen dauerhaften

Aufenthaltsanspruch – eine Regelung, die früher bereits in Deutschland galt und für deren erneute Einführung sich die Ministerpräsidentenkonferenz einstimmig ausgesprochen hatte.

*Hier ist die Rede von Friedrich Merz zu sehen, in der er unser Vorgehen erläutert und auch erklärt, wie viele Angebote für die Zusammenarbeit wir an SPD und Grüne gerichtet hatten: <https://dbtq.tv/cvid/7629195>
Für unser Anliegen in der Sache haben wir auch viel Zuspruch erhalten – ganz besonders von denjenigen, die tagtäglich mit den Herausforderungen der illegalen Zuwanderung arbeiten müssen. So pflichtet die FAZ unserem Anliegen bei: „Die Union sollte umgehend die zahllosen Zeugen der Überforderung in Kommunen, Schulen und Ausländerbehörden in den Zeugenstand rufen.“ Genau das tun wir: Wir hören zu, wir handeln. Nicht handeln wollen SPD und Grüne. Es bestand dort auch keine ernsthafte Gesprächsbereitschaft zu unseren Vorschlägen im "Zustrombegrenzungsgesetz". Hier ist unser Gesetzesentwurf zu finden: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012804.pdf>.*

Viele unserer Mitglieder und Anhänger hat es sehr beschwert, dass am Mittwoch ein Antrag der Union nur durch die Zustimmung der FDP, aber auch der AfD eine Mehrheit erhalten hat. Auch mir ist diese Abstimmung nicht leichtgefallen. Doch während wir uns intensiv um eine Verständigung auch mit SPD und Grünen bemüht haben, haben wir mit der AfD keinerlei Gespräch geführt. Rot-grüne Vorwürfe einer Zusammenarbeit von Union und AfD entbehren jeder Grundlage, haben aber gewalttätigen Aktionen gegen die Parteizentrale, Parteibüros und Wahlkreisbüros von Unions-Abgeordneten den Boden bereitet. Zudem stand in unserem Antrag: „Die AfD nutzt Probleme, Sorgen und Ängste, die durch die massenhafte illegale Migration entstanden sind, um Fremdenfeindlichkeit zu schüren und Verschwörungstheorien in Umlauf zu bringen. Sie will, dass Deutschland aus EU und Euro austritt und sich stattdessen Putins Eurasischer Wirtschaftsunion zuwendet. All das gefährdet Deutschlands Stabilität, Sicherheit und Wohlstand. Deshalb ist diese Partei kein Partner, sondern unser politischer Gegner.“ Mehr Abgrenzung kann man nicht festhalten!

Hier ist der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU Deutschlands zu finden, der jede Zusammenarbeit mit der AfD ausschließt. Für diesen Beschluss habe auch mich immer sehr stark eingesetzt: https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/cdu_deutschlands_unsere_haltung_zu_linkspartei_und_afd_0.pdf?file=1

Das „Zustrombegrenzungsgesetz“ hat in der Abstimmung letzte Woche keine Mehrheit gefunden. Zugleich hat die Debatte deutlich gemacht, dass Union und FDP die besseren Argumente haben! SPD und Grüne hingegen verweigern sich einer Lösung, während die AfD hetzerisch das Klima vergiftet. Unser Ziel bei den Bundestagswahlen am 23. Februar muss es daher sein, so stark zu werden, dass wir die notwendige Veränderung der Migrationspolitik aus der demokratischen Mitte heraus gestalten können.

Mit herzlichem Gruß

Ihr

Hermann Gröhe

Erneut: Johannes Weissinger - 9.2.2025

Sehr geehrter Herr Gröhe,

ich danke Ihnen für Ihre ausführliche Antwort, die ich allerdings größtenteils nicht als persönliche Antwort erkennen kann, da Ihre Antwort nicht auf meine Frage eingeht, wie ich Ihren Zwischenruf zu verstehen habe. Immerhin hat sich meine Frage nach Ihrem Abstimmungsverhalten bei der Kanzlerwahl im nächsten Bundestag durch Ihre Mitteilung, dass Sie diesem nicht mehr angehören werden, erübrigt.

Wenn Sie - wie Sie schreiben - meine Sorgen sehr ernst nehmen, dann bitte ich Sie, die folgenden Rückfragen ernst zu nehmen:

Sie schreiben: "Es wird keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD geben." Das, was Ihre Fraktion am 29. und 31. Januar gemacht hat, mag in Ihren Augen keine Zusammenarbeit gewesen sein. Immerhin bedurfte es Ihrerseits ja auch keiner Arbeit, um zu erreichen, dass die AfD-Fraktion so abgestimmt hat, wie sie abgestimmt hat. Aber war es nicht zumindest ein Zusammenwirken? Und für dieses Zusammenwirken hat Ihr Kanzlerkandidat Friedrich Merz ausdrücklich für sich in Anspruch genommen, eine Gewissensentscheidung getroffen zu haben.

Wie sollte ich eine Wiederholung eines solchen Zusammenwirkens für die Zukunft ausschließen können, wenn das erfolgte Zusammenwirken nicht als Fehler erkannt und bezeichnet wird, sondern im Gegenteil als vorbildlich und beispielhaft für Standhaftigkeit gelobt wird?

Sie schreiben: "Der Staat muss seine Bürger schützen." (Die Frage, ob angesichts der Femicide in unserem Land nicht gerade die Bürgerinnen des Schutzes bedürfen, stelle ich nur, ohne diese weiter auszuführen.)

Laut Grundgesetz Artikel 1 ist es die Aufgabe jeder staatlichen Gewalt, die Würde des Menschen - jedes Menschen - zu achten, zu wahren und zu schützen. Was soll die Eingrenzung auf die Bürger? Ist diese Formulierung gerade in der Asyl- und Migrationsdebatte nicht zumindest leichtfertig, wenn nicht brandgefährlich, wie die gestiegenen Anschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten zeigen? Auch hier der eingeschränkte Blick auf die Aktionen gegen Gebäude der eigenen Partei.

Sie schreiben: "Zugleich hat die Debatte deutlich gemacht, dass Union und FDP die besseren Argumente haben!" Der Gebrauch des Komparativs erfordert nach meinem Verständnis ein vorheriges Vergleichen (comparare) der Argumente und Gegenargumente. In seiner Rede am Freitag nennt Friedrich Merz einige Argumente für die Behauptung der rechtlichen Zulässigkeit. Eine Abwägung gegen die Gegenargumente, die die Stellungnahme der beiden Kirchen anführt, höre und lese ich nicht.

Sie verweisen mich auf den Entwurf zu dem "Zustrombegrenzungsgesetz". Bei der Lektüre sind mir manche Ungenauigkeiten bzw. Ungereimtheiten aufgefallen:

In der Beschreibung des Problems werfen die Antragsteller der Ampel vor, das Ziel "der Begrenzung .." aus dem AufenthG gestrichen zu haben, und zwar mit der widersprüchlichen Zeitangabe zunächst "mitten in einer der schwersten Migrationskrisen der Bundesrepublik Deutschland", danach "Auf dem Höhepunkt der Migrationskrise".

In der Beschreibung der Lösung wird der Bundespolizei "eine eigene Zuständigkeit für die Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen" zuerkannt, für deren "Tätigwerden" "das Einvernehmen der zuständigen Ausländerbehörde erforderlich" ist. Dieses Einvernehmen ist allerdings abhängig von den Öffnungs- bzw. Schließungszeiten der Ausländerbehörden. Da kann schon mal etwas durcheinander geraten wie in dem Zwischensatz, der den Umfang der Zuständigkeit der Bundespolizei beschreibt: "Die Regelung ... erlaubt als aufenthaltsbeendenden Maßnahmen auch die Beantragung von Haft und Gewahrsam zur Sicherung der Abschiebung". Entweder wird die grammatische Vorschrift hinsichtlich von Singular und Plural in der Konstruktion eines Prädikativums nicht eingehalten oder dieses steht an der falschen Stelle, wenn es sich auf Haft und Gewahrsam beziehen sollte. Dieses Durcheinander erklärt sich wahrscheinlich durch die Tatsache, dass der Text nicht gründlich diskutiert und redigiert worden ist. Kein gutes Zeichen! Wichtiger ist die Behauptung, durch die Wiedereinführung der Wörter "und Begrenzung" würde "das Ziel der Zuwanderungssteuerung wieder als ausdrückliche (sic!) übergeordnete Vorgabe für die Anwendung des Aufenthaltsgesetzes festgelegt". Diese Behauptung erschließt sich nicht aus der Wendung "Steuerung und Begrenzung" - ein "und" ist ergänzend und kein "insbesondere". Erst recht irreführend ist diese Behauptung, wenn man den § 1 vollständig zitiert: (1) "Das Gesetz dient der Steuerung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Es ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz dient zugleich der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland. Es regelt hierzu die Einreise, den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern. Die Regelungen in anderen Gesetzen bleiben unberührt." Kommentar hoffentlich überflüssig!

Sie schreiben: "Unser Ziel bei den Bundestagswahlen (sic!) am 23. Februar ..." Woher wissen Sie, dass Ihr Ziel auch mein Ziel ist? Mein Ziel ist es, einzutreten für eine Politik, die gut ist auch für die Menschen, die bei der Bundestagswahl nicht wählen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Weissinger, Pfr. i. R.

Eine weitere Nachricht hat Johannes nicht erhalten.

Zur Person Hermann Gröhe s. u.a. Eintrag bei Wikipedia

Ad 12.

Fünfpunkteplan der CDU/CSU - Die letzte Merkelianerin

Antje Tillmann ist die einzige Christdemokratin, die bei der Abstimmung des Antimigrationsantrags der CDU/CSU mit Nein stimmte. Dafür bekommt sie viele Respektsbekundungen.

TAZ 31.1.2025 - Von Gereon Asmuth

Sie ist vielleicht nicht die allerletzte Merkelianerin in der Bundestagsfraktion von CDU und CSU. Aber Antje Tillmann ist die Einzige, die diesem Anspruch auch klare Taten folgen ließ. Sie stimmte am Mittwochabend mit Nein – und damit gegen den von ihrem Kanzlerkandidaten Merz durchgepeitschten Fünfpunkteplan gegen Migration.

Weitere acht Unionsabgeordnete hatten am Mittwoch keine Stimme abgegeben. Darunter die Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas und Marco Wanderwitz aus Sachsen, der sich für den AfD-Verbotsantrag starkmacht und ebenfalls nicht mehr für den Bundestag antritt. Für die ehemalige Kulturstaatsministerin Monika Grütters war die Stimmverweigerung eine Form des Widerstands. „Ich ertrage diese Nähe zur AfD nicht. Für mich ist eine rote Linie überschritten“, sagte Grütters dem Tagesspiegel. Auch sie kandidiert nicht erneut für den Bundestag. Aber zu einem konsequenten Nein konnte sie sich nur Tillmann durchringen.

Seit 22 Jahren sitzt die im Rheinland aufgewachsene Katholikin im Bundestag. Vor über 15 Jahren war sie Verhandlungsführerin ihrer Fraktion bei der Einführung der Schuldenbremse. Seit 10 Jahren ist sie finanzpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Aber einer breiten Öffentlichkeit wird die 60-Jährige erst jetzt mit ihrem Nein in ihren letzten Tagen als Bundestagsabgeordnete bekannt. Denn bei der vorgezogenen Neuwahl in gut dreieinhalb Wochen tritt sie nicht mehr an.

Schon als Teenagerin hatte sie eine Ortsgruppe der Schüler-Union gegründet. Durch ihr Elternhaus und ihre Schule bekam sie die Werte der Christlichen Soziallehre vermittelt: Humanität, Solidarität und Hilfe zur Selbsthilfe. Politische Karriere hat sie im Osten gemacht. Kurz nach dem Mauerfall war sie als junge Finanzbeamtin zunächst nach Brandenburg gegangen. 1993 wechselte sie aus privaten Gründen nach Erfurt. In der thüringischen Landeshauptstadt saß sie acht Jahre lang im Stadtrat, um die Jahrtausendwende herum auch Vorsitzende ihrer Fraktion, bevor sie 2002 erstmals in den Bundestag gewählt wurde.

Zu ihrem Abschied aus dem Berliner Parlament hatte sie Anfang Januar einen Gastbeitrag für die Thüringische Landeszeitung geschrieben. Darin mahnte sie unter anderem zu „Vorsicht bei pauschaler Rückführungsforderung“. 2015, also das Jahr der vielen Einwanderer aus Syrien, schrieb sie weiter, sei trotz allem „eine Erfolgsgeschichte: Aktuelle Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit zeigen, dass von den nach Deutschland geflüchteten Syrern über 60 Prozent erwerbstätig sind, bei den Männern sogar 85 Prozent. Bedenkt man, dass ein Großteil der Geflüchteten Kinder waren, ist das ein guter Schnitt.“

Tillmann wusste auch aus persönlicher Erfahrung, wovon sie spricht. 2015 hatte sie für einen damals 15-jährigen Syrer, der ohne Eltern nach Deutschland geflüchtet war, die Vormundschaft übernommen. Inzwischen beginne er „seine Meisterausbildung zum dringend gebrauchten Industriemechaniker“, schrieb Tillmann im Januar. „Unabhängig von der Frage, wie viele Menschen wir in Deutschland aufnehmen können, müssen wir uns um die, die hier sind, intensiv kümmern“, sagte Tillmann dazu schon 2016 der Bild. Für ihr Nein bekam Tillmann viele Respektsbekundungen. Weniger aus der Union, dafür aber unter anderem von Martina Renner, der ebenfalls aus Thüringen stammenden Bundestagsabgeordneten der Linkspartei.

Ad 13.

Grünen-Kritik an Habecks Migrationsplan: „Vorausseilendes Anbiedern an Friedrich Merz“

In einem Brief an die Parteispitze kritisieren Grünen-Mitglieder ihren Kanzlerkandidaten Habeck. Sein Kurs könne Wähler*innen zur Linkspartei treiben.

TAZ 12.2.2025 - Von Tobias Schulze

Berlin taz | Robert Habecks Zehn-Punkte-Plan zur Sicherheits- und Asylpolitik verursacht bei den Grünen weiterhin Ärger. In einem Schreiben an den Bundesvorstand und das „Team von Robert Habeck“ beklagen Parteimitglieder negative Auswirkungen auf den Wahlkampf.

„Einige Menschen überdenken derzeit ihre eigentlich für die Grünen ausgefallene Wahlentscheidung oder treten unserer Partei doch nicht bei, weil ihnen dieser 10-Punkte-Plan als ein vorausseilendes Anbieten an Friedrich Merz sauer aufstößt“, heißt es in dem Papier, das als „interner Brief“ betitelt ist und über das am Montag zuerst die Bild berichtet hatte. „Selbst Menschen, die wegen der Einstellung zur Unterstützung der Ukraine und der Ansicht zur Nato eigentlich nicht die Linkspartei wählen würden, überlegen nun doch, dort ihr Kreuz zu setzen.“

Seit Freitag wurden in der Partei Unterschriften für den Brief gesammelt, für diesen Dienstag war der Versand vorgesehen. Bis zum späten Montagnachmittag hatte das Schreiben 237 Unterstützer*innen. Viele von ihnen kommen aus der Funktionärssebene der Grünen Jugend, andere aus Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften zu Migration und Flucht. Auch Mitglieder aus Landesvorständen der Partei, die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Miriam Block sowie die ehemalige Thüringer Fraktionsvorsitzende Astrid Rothe-Beinlich haben unterschrieben.

Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck hatte auf die öffentliche Debatte nach dem Messerangriff von Aschaffenburg mit einem Zehn-Punkte-Plan reagiert, den er über die Bild-Zeitung veröffentlichte. Die Vorschläge waren größtenteils schon zuvor von Grünen diskutiert oder von der Partei in der Ampel-Koalition mitgetragen worden, dennoch sind sie intern nicht unumstritten. Dazu zählt unter anderem die schnelle Umsetzung der EU-Asylrechtsreform GEAS, mehr Abschiebungen von Gefährdern und Straftätern und mehr Befugnisse für die Bundespolizei.

Kritik an dem Plan gab es schon vor dem jetzigen Brief. Unter anderem veröffentlichte die Grüne Jugend einen eigenen Zehn-Punkte-Plan – mit liberalen und präventiven Maßnahmen statt restriktiven Forderungen.

Habecks Plan und „rechte Narrative“

Um diesen Gegensatz geht es auch in dem neuen Schreiben. „Abschiebungen verhindern keine Morde. Wir brauchen und wollen keine strengere Asylpolitik“, heißt es darin. Stattdessen seien „Integration, effektive Behörden, zügige und faire Verfahren“ nötig.

Habecks Plan bediene „rechte Narrative“ und laufe „Stereotypen hinterher, die rassistische Debatten normalisieren wollen“. Er widerspreche auch dem im Januar von einem Parteitag beschlossenen Wahlprogramm, das sich „für eine humane Migrationspolitik“ einsetze und „Sicherheit deutlich breiter“ definiere. Weiter heißt es, der Plan verkaufe „bittere Kompromisse auf EU-Ebene, auf die Grüne sich notgedrungen einlassen mussten, als originär grüne Ziele, was mit den wirklichen politischen Zielen unserer Partei nichts zu tun hat“.

Näher am Wahlprogramm seiner Partei blieb Habeck am Dienstagvormittag während der letzten Bundestagsdebatte vor der Wahl. „Wir brauchen Steuerung und auch Begrenzung“, sagte er dort zwar. Daneben brauche es aber auch „mit großen Lettern geschrieben die Überschrift: Deutschland ist ein weltoffenes Land“. In der Debatte der letzten Woche habe es „große Lücken“ gegeben: „Wir haben viel zu wenig über Integration, die Ausstattung der Kommunen, die Integration der Menschen geredet.“

Ad 15.

Erklärung von Bundeskanzlerin a.D. Dr. Angela Merkel zur Abstimmung im Deutschen Bundestag am 29. Januar 2025 30.01.2025

"In seiner Rede am 13. November 2024 im Deutschen Bundestag hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Kanzlerkandidat von CDU und CSU, Friedrich Merz, ausweislich des stenografischen Protokolls des Deutschen Bundestags unter anderem erklärt: 'Für die wenigen verbleibenden Entscheidungen, die ohne Bundeshaushalt möglich sein könnten, will ich Ihnen hier einen Vorschlag machen: Wir sollten mit Ihnen, den Sozialdemokraten, und Ihnen, die Grünen, vereinbaren, dass wir nur die

Entscheidungen auf die Tagesordnung des Plenums setzen, über die wir uns zuvor mit Ihnen von der SPD und den Grünen in der Sache geeinigt haben, sodass weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen in der Sache hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt. Diese Verabredung möchte ich Ihnen ausdrücklich vorschlagen, meine Damen und Herren. Denn das hätten diese Damen und Herren von rechts außen doch gerne, dass sie plötzlich die Mehrheiten besorgen, und sei es mit Ihnen von den beiden Minderheitsfraktionen bei der Bestimmung der Tagesordnung. Wir wollen das nicht. Ich hoffe, Sie sehen das auch so, liebe Kolleginnen und Kollegen.'

Dieser Vorschlag und die mit ihm verbundene Haltung waren Ausdruck großer staatspolitischer Verantwortung, die ich vollumfänglich unterstütze. Für falsch halte ich es, sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29. Januar 2025 sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen. Stattdessen ist es erforderlich, dass alle demokratischen Parteien gemeinsam über parteipolitische Grenzen hinweg, nicht als taktische Manöver, sondern in der Sache redlich, im Ton maßvoll und auf der Grundlage geltenden europäischen Rechts, alles tun, um so schreckliche Attentate wie zuletzt kurz vor Weihnachten in Magdeburg und vor wenigen Tagen in Aschaffenburg in Zukunft verhindern zu können."

Ad 16.

Offener Brief von Kunst- und Kulturschaffenden: "Zum Fall der Brandmauer - gegen jede Zusammenarbeit mit der AfD"

30. Januar 2025 – Vogue Germany

*Im Anschluss an die Demonstrationen vom Wochenende und die gestrige Bundestagsabstimmung haben die Schauspieler*innen Luisa-Céline Gaffron und Jonathan Berlin einen offenen Brief an Friedrich Merz, sowie die Abgeordneten von Union, FDP und BSW verfasst, den hunderte bekannte Namen aus Kunst, Kultur und Medien unterschrieben haben, darunter Daniel Brühl, Jella Haase, Karoline Herfurth, Joko Winterscheidt, Sabrina Setlur, Bela B und viele mehr.*

(..)

*"Wenn die Brandmauer fallen gelassen wird, müssen wir die Brandmauer sein. In dieser so dramatischen Situation, die viele lähmt, ist es wichtig, sich klarzumachen, dass nach wie vor jede*r von uns einen essenziellen Teil beitragen kann, um unsere Demokratie gegen faschistische Kräfte zu verteidigen. Deshalb haben wir in den letzten 48 Stunden versucht, unser gesamtes Netzwerk zu aktivieren und all die Menschen des öffentlichen Lebens mit an Bord zu holen, deren Stimmen nun wirklich wichtig sind, um das schlimmste in diesen Tagen noch zu verhindern. Gerade auch wir Künstler*innern müssen uns klarmachen, dass wir eine der ersten Branchen sind, die betroffen sind, wenn die AfD und rechtes Gedankengut an Macht gewinnen", so Gaffron und Berlin.*

Den Brief, den sie verfasst haben – und die aktuelle Liste an Unterzeichnenden – veröffentlichen wir an dieser Stelle.

Offener Brief an Friedrich Merz, die Abgeordneten von Union, FDP und BSW: "Zum Fall der Brandmauer - gegen jede Zusammenarbeit mit der AfD"

Am vergangenen Wochenende sind wieder Hunderttausende auf den Straßen zusammengekommen, um für ein wahrhaftes und politisch gelebtes "Nie wieder ist jetzt!" einzustehen und gegen die AfD und jegliche Zusammenarbeit mit ihr zu demonstrieren. Umso entsetzter sind wir über eine Zäsur in der deutschen Geschichte:

Denn die Union, gefolgt von FDP und BSW, droht, die ohnehin bröckelnde Brandmauer gänzlich einzureißen, indem sie für ihre Pläne zur Sicherheits- und Migrationspolitik die Zustimmung der AfD und eine faktische Zusammenarbeit mit dieser in weiten Teilen rechtsextremen Partei in Kauf nimmt.

Dieser Pakt mit der AfD bedeutet einen historischen Tabubruch. Menschen Asyl zu gewähren, ist ein in der Verfassung verankertes Grundrecht und darin auch eine der zentralen Lehren aus den Verbrechen des

Nationalsozialismus. Die Union ist bereit, diese Rechte mit den ideologischen Erben der Täter zu beschließen und mit dem historischen Konsens des "Nie wieder" zu brechen. In der Woche des Holocaustgedenktag. Sie, die Adressaten dieses Briefes von Union, FDP und BSW, Sie alle haben so oft gesagt: "Nie wieder ist jetzt!" So oft haben Sie gesagt: "Die Brandmauer steht." Doch nein, Sie sind es nicht, die sie stützen, Sie destabilisieren Sie auf dramatische Weise und wir stellen fest: Wir, die Zivilgesellschaft dieses Landes, müssen nun diese Brandmauer sein und Sie an Ihre Versprechen erinnern. Sie drohen, Grundrechte mithilfe von Rechtsextremen auszuhöhlen und verhelfen der AfD so zu Einfluss und Macht - sogar auf gesetzgeberischer Ebene, sollte auch am Freitag bei der nächsten Abstimmung gemeinsame Sache mit ihr gemacht werden.

Wir, die Unterzeichnenden dieses offenen Briefes aus Kunst, Kultur, Medien und öffentlichem Leben, fordern die Abgeordneten von Union, FDP und BSW auf, von ihren verfassungswidrigen Plänen und jeglicher Art der gemeinsamen Sache mit der AfD umgehend Abstand zu nehmen. Stimmen Sie gegen den Entwurf oder bleiben Sie der Abstimmung fern.

Wir verurteilen zudem die Form der Spaltung und Hetze, die durch den aktuellen rassistischen, antisemitischen, diversitäts- und klimafeindlichen Diskurs geschürt wird und einem Abdriften der Gesellschaft ins rechte Spektrum zuspült. Geschichte wiederholt sich und wir schauen dieses Mal nicht weg. Am Wochenende wurde auf den bundesweiten Demos "Wir sind die Brandmauer" gerufen, jetzt ist es Zeit, die Brandmauer in die Praxis umzusetzen: Wir laden alle Menschen in diesem Land ein, Kerzen, die symbolisch für die Lichtermeere auf den Demos stehen, vor den Parteizentralen der CDU/CSU aufzustellen, als Erinnerung und Mahnwache. Des Weiteren möchten wir die Zivilgesellschaft ermutigen, die Möglichkeit zu nutzen und den Abgeordneten per E-Mail (die NGO LeaveNoOneBehind hat dafür beispielsweise ein Tool gebaut) und durch Teilnahme an Demos (bundesweit aufgelistet zu finden bei DEMOKRATEAM.org) zum Erhalt der Brandmauer zu ermahnen.

Die Unterzeichnenden

(Die Namen der Unterzeichner*innen findet ihr im Internet – gw.)

Ad 17.

>Gemeinsame Stellungnahme des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin – und der Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union zum Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland< vom 28.1.2025. – (im Anhang: separat)

Ad 18.

Toscano gibt Bundesverdienstkreuz zurück: „Ich will nicht für so ein Deutschland stehen“

Der Mannheimer Fotograf Luigi Toscano gibt sein Bundesverdienstkreuz zurück – aus Protest gegen die gemeinsame Abstimmung von Union, FDP und AfD.

TAZ 31.1.2025 -Interview von Anastasia Magasowa

taz: Herr Toscano, zusammen mit AfD und FDP hat die Union am Mittwoch im Bundestag eine Mehrheit für ihren Antrag zur Verschärfung der Asylpolitik bekommen. Wie haben Sie darauf reagiert?

Luigi Toscano: Ich bin sehr empört über die Entscheidung. Das ist für mich zum einen ein einmaliger Vorgang in unserer Geschichte, seit der Gründung der Bundesrepublik. Zum anderen ist das für mich ein Verrat an mir selbst und an meinen demokratischen Mitbürgern. Denn wir kämpfen für die Demokratie, gegen Antisemitismus, und eine Partei wie die AfD kann jetzt einfach politische Entscheidungen beeinflussen. Deshalb habe ich mich gemeinsam mit dem 99-jährigen Holocaust-Überlebenden Albrecht Weinberg aus Ostfriesland entschieden, unsere Bundesverdienstkreuze zurückzugeben.

Wie geht es Ihnen dabei?

Ich bin im Moment traurig und erschüttert. Ich will nicht für ein solches Deutschland stehen. Ich bin ein Kind von Gastarbeitern und hier in Deutschland geboren. Ich habe immer die Werte der Bundesrepublik

Deutschland vertreten. Deshalb will ich nicht schweigen, sondern den Mund aufmachen und das auch zeigen.

Sie sind 2021 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Wofür haben Sie die Auszeichnung bekommen?

Das Bundesverdienstkreuz wurde mir für meine Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier im Schloss Bellevue verliehen. Seit mehreren Jahren arbeite ich an meinem Fotoprojekt „Gegen das Vergessen“. Mehr als 400 Frauen und Männer, die den Holocaust überlebt haben, habe ich in Deutschland, den USA, Österreich, der Ukraine, Russland, Israel, den Niederlanden, Frankreich und Belarus porträtiert und diese Fotos in Dutzenden Ländern an öffentlichen Orten gezeigt, damit die Menschen nie vergessen, was damals in Europa geschehen ist. Zurzeit ist die Ausstellung vor und in der Frauenkirche Dresden zu sehen. Mit meiner Arbeit, mit meiner Kunst setze ich mich für Demokratie und Vielfalt, gegen Antisemitismus und Rassismus in der ganzen Welt ein.

Viele Menschen in Deutschland teilen heute Ihre Traurigkeit. Ihre Entscheidung haben Sie kurz nach der Rede des NS-Überlebenden Roman Schwarzman im Bundestag getroffen. Haben Sie Hoffnung, dass sich etwas ändert?

Wir müssen etwas ändern! Wir können nicht nur hoffen und warten. Wir dürfen nicht den gleichen Fehler machen wie damals. Denn damals haben auch viele immer gesagt, es werde nichts passieren. Aber genau das ist der Fehler! In all den Jahren, in denen ich an dem Fotoprojekt gearbeitet habe, haben mir die Holocaust-Überlebenden gesagt, dass es damals genauso gewesen sei und dass niemand etwas getan habe. Aber wir müssen etwas tun! Wir müssen aufstehen, wir müssen Haltung zeigen, sonst verraten wir unsere Demokratie komplett, und das kann nicht sein.

An wen richten Sie sich mit Ihrem Statement und Ihrer Entscheidung, den Verdienstorden zurückzugeben?
An alle Menschen, die eine demokratische Haltung haben. Ich bitte einfach darum, den Mund aufzumachen und sich nicht hinter Facebook oder Instagram zu verstecken, sondern auch auf die Straße zu gehen und Haltung zu zeigen. Das ist für mich eine ganz essenzielle Sache. Dafür müssen wir uns einsetzen, sonst verlieren wir.

Im Interview: Luigi Toscano

geb. 1972, ist ein italienisch-deutscher Fotograf und Filmemacher. Für das Projekt „Gegen das Vergessen“ traf und porträtierte er mehr als 400 Holocaust-Überlebende und stellte die Bilder an öffentlichen Orten aus. Damit erregte er weltweit Aufmerksamkeit.

Ad 19.

Untersuchung der Merz-Behauptung: „Tägliche Gruppenvergewaltigungen“

Frankfurter Rundschau 02.02.2025, 05:08 Uhr - Von: Victoria Krumbeck

Im Bundestag wird über Migration debattiert. Merz nennt „tägliche Gruppenvergewaltigungen“ aus dem „Asylmilieu“. Wie viel Fakt ist in dieser Aussage?

Berlin – CDU-Chef Friedrich Merz ist am Freitag (31. Januar) mit dem umstrittenen „Zustrombegrenzungsgesetz“ der Union im Bundestag gescheitert. Trotz der Unterstützung der in Teilen rechtsextremen AfD stimmte eine Mehrheit gegen das Gesetz. Im Bundestag kam es zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen den Parteien. Merz wies den Vorwurf einer Zusammenarbeit mit der AfD erneut zurück.

Der Kanzlerkandidat der Union betonte die Dringlichkeit des Gesetzes auch wegen der „täglich stattfindenden Gruppenvergewaltigungen aus dem Asylmilieu“. Eine Aussage, die viele Menschen entrüstet – und in dieser Form nicht ganz haltbar ist.

Faktencheck zu Merz-Aussage: „Tägliche Gruppenvergewaltigungen aus Asylmilieu“

Zur Entwicklung von Gruppenvergewaltigungen hat die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD Zahlen am 3. Juni 2024 veröffentlicht. Diese umfassen die Anzahl der registrierten Gruppenvergewaltigungen bis zum 31. Dezember 2023. Der Begriff „Gruppenvergewaltigung“ ist kein „feststehender juristischer Begriff“ und keiner bestimmten Strafvorschrift zuzuordnen, heißt es in der

Antwort der Regierung. Zudem wurde eine Sonderauswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erstellt, um die Anfrage zu beantworten.

Die PKS hat den Straftatenschlüssel „Vergewaltigung Paragraf 177 Absätze 6, 7, 8 Strafgesetzbuch“ mit dem Filter „Tatverdächtige alleinhandelnd: nein“ kombiniert. Demnach gab es im Jahr 2023 genau 761 sogenannter Gruppenvergewaltigungen, die erfasst wurden. Im Jahr 2022 wurden 789 Gruppenvergewaltigungen gemeldet. Die Zahlen der zwei Jahre entsprechen etwa zwei Gruppenvergewaltigungen am Tag.

Merz spricht von „Gruppenvergewaltigungen aus Asylmilieu“ – Das steckt dahinter

Der Anteil der „nichtdeutschen Tatverdächtigen“ lag im Jahr 2023 bei 48 Prozent und 2022 bei 50 Prozent, wie die Regierung weiter angab. In absoluten Zahlen werden unter den Tatverdächtigen im Jahr 2023 insgesamt 71 Menschen aus Syrien, 49 aus Afghanistan, 43 aus dem Irak und 33 aus der Türkei aufgelistet. Die Mehrheit, 520 Menschen, hatten die deutsche Staatsangehörigkeit. Andere Staatsangehörigkeiten werden nicht aufgelistet.

Für fast die Hälfte der registrierten Gruppenvergewaltigungen werden somit nicht-deutsche Tatverdächtige verantwortlich gemacht. Rechnerisch hat Merz somit teilweise mit seiner Aussage recht. Bei dem Wort „Asylmilieu“ bröckelt es allerdings. Die von der Bundesregierung geteilte Statistik weist keine weiteren Differenzierungen auf. Bundesweit gibt es keine Zahlen, die belegen, ob es sich bei den nicht-deutschen Tatverdächtigen um Asylbewerber handelt oder um etwa Zugewanderte aus der EU.

Nach Merz-Aussage zur „Gruppenvergewaltigung“ – Blick in eine Landesstatistik

Einen Einblick dazu könnten die einzelnen Länder geben. So zeigt die Statistik in Bayern auf, dass im Jahr 2023 unter den Verdächtigen 45 Deutsche waren und 51 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, wie der Bayerische Rundfunk (BR) schreibt. Unter den 51 nicht-deutschen Tatverdächtigen handelt es sich um 21 Menschen, die die Polizei als „Zuwanderer“ erfasst hat. Zu dieser Gruppe werden unter anderem Asylbewerber, Asylberechtigte, Geduldete oder Menschen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, gezählt. Bei den anderen nicht-Deutschen handelt es sich zum Beispiel um Arbeitsmigranten – auch aus der EU – anerkannte Asylbewerber oder Touristen. Die „Zuwanderer“ oder Menschen aus dem „Asylmilieu“, wie Merz die Gruppe der Verdächtigen nennt, machten 2023 in Bayern rund ein Viertel der Vergewaltigungen aus und nicht die Hälfte.

Der Wahrheitsgehalt der Merz-Aussage – Bundesweite Zahlen fehlen

Zudem muss festgehalten werden, dass sich die Fallzahlen der Gruppenvergewaltigungen in Deutschland unterscheiden. Wurden im Jahr 2023 in Bayern 81 Fälle von Gruppenvergewaltigungen registriert, waren es in Berlin 111 und in Nordrhein-Westfalen sogar 209. Thüringen meldet die niedrigste Fallzahl mit zwei, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit drei. Das Problem, das Merz mit seiner Aussage anspricht, ist real. Die Zahlen zeigen allerdings auch, dass nicht dokumentiert ist, wie hoch der Anteil der Tatverdächtigen ist, die in Deutschland Asyl beantragt haben.

Ad 20.

Rekord rechtsextremer Straftaten - „Erschreckender Aufwärtstrend“

Rechtsextreme Straftaten erreichen neuen Höchststand: mehr als 40.000 Delikte. Das zeigt eine Anfrage von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke).

TAZ 14.2.2025 - Von Konrad Litschko

Berlin taz | Es ist ein dramatischer neuer Höchststand: Im vergangenen Jahr stieg die Zahl rechtsextremer Straftaten nach vorläufiger Zählung auf ein Rekordhoch, auf 41.406 Delikte. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) hervor, die der taz vorliegt. Unter den Delikten waren auch 1.443 Gewalttaten – auch das ist eine Rekordzahl.

Und: Die Zahlen können sich durch Nachmeldungen noch erhöhen. Die finale Jahresstatistik will das Bundeskriminalamt im Mai präsentieren. Schon die jetzigen Zahlen aber markieren einen Höchststand seit Einführung der Statistik beim Bundeskriminalamt (BKA) im Jahr 2001. Bereits zu Jahresbeginn waren die Zahlen bis Ende November 2024 bekannt geworden, in denen mit knapp 34.000 Delikten ein Negativrekord erreicht war.

Dabei hatte es erst im Jahr 2023 einen Höchststand rechtsextremer Straftaten gegeben: Damals waren es 28.945 Delikte – ein Anstieg um 23 Prozent zum Vorjahr. Die rechten Gewalttaten wuchsen um 8,5 Prozent auf 1.270 Delikte an. Schon damals warnte BKA-Präsident Holger Münch vor einer Radikalisierung in Teilen der Gesellschaft. Nun ist der Sprung der Zahlen nach oben nochmal deutlich größer.

„Ein eindeutiger Arbeitsauftrag“

Petra Pau spricht von einem „erschreckenden Aufwärtstrend“ und einer wachsenden Gefahr des Rechtsextremismus. In den vergangenen fünf Jahren habe man nahezu eine Verdopplung der registrierten Straftaten erlebt. Dagegen sei „viel zu wenig passiert“, sagte Pau der taz.

Der Aktionsplan gegen Rechtsextremismus von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sei ein „zahnloser Tiger geblieben“. Dazu komme „Stimmungsmache“, auch der Regierung, gegen Geflüchtete und Migranten. „So fühlen sich rechte Gewalttäter zunehmend in ihrem Handeln legitimiert“, so Pau. Die Entwicklung sei „eine Warnung und ein eindeutiger Arbeitsauftrag an den 21. Bundestag“.

Der Anstieg im Jahr 2024 begründet sich etwa durch rechtsextreme Straftaten in den Wahlkämpfen zum Europaparlament und den Landtagen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Eine Attacke auf den sächsischen Europaspitzenkandidaten der SPD, Matthias Ecke, sorgte bundesweit für Entsetzen. Zudem formierte sich wieder eine junge, gewaltbereite Neonazi-Szene, die mit Angriffen auf CSDs oder demokratische Politiker*innen auffiel.

Unter den Straftaten 2024 ist auch ein vollendetes Tötungsdelikt im Dezember, das die Polizei als rechtsextrem motiviert einstuft.

Ministerin Faeser hat Trend nicht aufgehalten

Faeser hatte bereits kurz nach ihrem Amtsantritt im Frühjahr 2022 einen Zehn-Punkte-Plan gegen Rechtsextremismus vorgelegt. Während einige Punkte wie eine Anlaufstelle für bedrohte Amts- und Mandatsträger*innen eingelöst wurden, blieben andere Punkte offen, darunter eine Verschärfung des Waffenrechts.

Faeser hatte im Januar, als sich der Anstieg der Zahlen schon abzeichnete, betont, man setze „alle Instrumente unseres Rechtsstaats ein, um Menschen in unserem Land vor rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Taten zu schützen“.

Der Anstieg liege auch daran, dass mehr ermittelt werde. Entscheidend sei, Straftäter schnell vor Gericht zu bringen und der rechtsextremen Szene, Waffen und Gelder zu entziehen, so Faeser. Zudem brauche es politische Bildung als „beste Prävention gegen Extremismus“. Auch die Gesellschaft selbst müsse aber aktiv werden.

Ad 22.

Mehr Gewalt gegen Geflüchtetenunterkünfte

Im vergangenen Jahr registrierte die Polizei 218 politisch motivierte Angriffe

TAZ 3.2.2025

Die Zahl der politisch motivierten Straftaten gegen Geflüchtetenunterkünfte hat nach Angaben der Bundesregierung im Jahr 2024 zugenommen. Die Polizei registrierte im vergangenen Jahr 218 solcher Taten, bei denen Unterkünfte Angriffsziel oder Tatort waren.

Im Jahr 2023 waren es noch 167 Straftaten, berichtete das RedaktionsNetzwerk Deutschland am Sonntag unter Berufung auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linken-Gruppe im Bundestag. Bei 28 der Taten im vergangenen Jahr handelte es sich um Gewaltdelikte. Dadurch wurden laut der Auflistung des Ministeriums 14 Personen verletzt, darunter ein Kind.

Die Zahl der politisch motivierten Straftaten gegen Geflüchtete außerhalb von Unterkünften ist den Angaben zufolge nach aktuellem Stand etwas gesunken. Die Behörden registrierten bis zum Jahresende 1.905 Straftaten, davon 237 Gewalttaten. Im Jahr 2023 waren es 2.450. Es sei jedoch damit zu rechnen, dass diese Zahl für das Jahr 2024 noch ansteigt, weil noch zahlreiche Nachmeldungen der Polizeien aus dem vierten Quartal erfolgen dürften.

„Die Zahl der Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe gegen Geflüchtete ist seit Jahren besorgniserregend hoch“, sagte die fluchtpolitische Sprecherin der Linken-Gruppe im Bundestag, Clara Bünger. Es sei

empörend, dass dieser Zustand von großen Teilen der Politik und Öffentlichkeit achselzuckend hingenommen werde.

Immerhin gehe es bei den Betroffenen um Menschen, die in Deutschland Schutz suchten. „Doch was sie finden, sind rassistische Anfeindungen und Gewalt. Daran dürfen wir uns niemals gewöhnen“, sagte Büniger. (epd)

Ad 23.

spotlight@correctiv.org – 29.01.2025 - Lobbyismus

Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz

Der Chemieriese BASF bestätigt erstmals frühere Mandate des CDU-Kanzlerkandidaten. CORRECTIV-Recherchen zeigen, welche Unternehmen nach der Wahl von der Nähe zu Friedrich Merz profitieren könnten. Schon jetzt stimmt das CDU-Wahlprogramm teils wortgenau mit Forderungen der Chemie- und Metallindustrie überein.

von Annika Joeres , Gabriela Keller 28. Januar 2025

Als Konzern-Anwalt muss Friedrich Merz eine Wucht gewesen sein. Sein früherer Kollege John P. Schmitz gerät noch heute ins Schwärmen. „Wir arbeiteten viele Jahre zusammen bei der Kanzlei Mayer Brown“, sagt er. Merz betreute als Senior Counsel bis 2021 wichtige Kunden der Großindustrie; die großen Aufträge gingen über seinen Schreibtisch. „Merz nutzte seine engen Kontakte zur deutschen Wirtschaft, um Mandanten zu gewinnen: Er managte bedeutende Klienten, vor allem DAX-Konzerne.“

John P. Schmitz, zuvor politischer Berater des früheren Präsidenten Ronald Reagan und George H.W. Bush, war wie Merz Partner in der Anwaltsfirma Mayer Brown. Unter ihrer Führung wuchs laut Schmitz der deutsche Ableger der Kanzlei aus Chicago zu einer der wichtigsten Wirtschaftskanzleien in Deutschland an. Der Amerikaner lernte Merz vor rund 30 Jahren bei einem Dinner der Bayer AG in Leverkusen kennen, und ab 2004 arbeiteten beide in der Berliner Kanzlei.

Merz verdiente Millionen mit gut dotierten Jobs in Aufsichts- und Beiräten und mit Aufträgen für Großkonzerne. BASF bestätigt die Recherchen von CORRECTIV, wonach Friedrich Merz die Gesellschaft mehrfach als Anwalt vertreten hat. Es habe sich um Aufträge in den Jahren 2010 und 2011 gehandelt. Nun steht Merz kurz davor, Bundeskanzler zu werden – Fleiß müsse wieder im Geldbeutel spürbar werden, heißt der CDU-Slogan. Aber in wessen Geldbeutel? Welche Interessen wird Merz vertreten, wenn er sich bei der Wahl durchsetzt?

Der heikelste Arbeitgeber blieb bisher unbeachtet

Besonders seine frühere Rolle als Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers von Blackrock brachte Merz den Ruf ein, den großen Konzernen sehr nah zu stehen, vielleicht zu nah. Seine Aktivitäten für Mayer Brown blieben bisher weitgehend unbeachtet – obwohl sie politisch weitaus folgenreicher sein könnten.

CORRECTIV hat recherchiert, für welche Unternehmen er als Jurist und Lobbyberater gearbeitet hat – und deckt bisher unbekannt Verbindungen in die Wirtschaft auf. Zwei Branchen stehen Merz besonders nahe: Die Metallindustrie und damit die Autoindustrie und die chemische Industrie.

Diese Bundestagswahl wird damit auch zur Richtungsentscheidung: Deutschland steckt in einer kritischen Phase. 2024 ist die Wirtschaft erneut geschrumpft, zum zweiten Mal in Folge. Wer jetzt die Mehrheit für seine Ideen gewinnt, wird das Land verändern. Gerade in der Autoindustrie geht es um den Kampf zwischen Verbrennertechnik und Elektromobilität; in der Chemieindustrie um die größten Nutzer von Energie und damit um die politische Weichenstellung in der Energiewende.

CORRECTIV hätte gerne von Merz erfahren, wie er mit Interessenkonflikten umgeht, und wie er seine Nähe zu einflussreichen Lobbygruppen bewertet. Aber die Fragen von CORRECTIV lässt er unbeantwortet – trotz mehrerer Nachfragen.

Eine Anwaltsfirma als „Brücke“ für die Konzerne

Im Fokus seiner Laufbahn steht die Tätigkeit bei der Anwaltskanzlei Mayer Brown. 16 Jahre arbeitete er dort, länger als bei jedem anderen seiner Arbeitgeber. Die Kanzlei hat ein besonderes Profil: Sie pflegt enge Verbindungen zu BASF. Laut Konzernangaben hat die Anwaltskanzlei BASF „seit 1983 in einer Vielzahl von Angelegenheiten an verschiedensten Standorten weltweit unterstützt.“

In Brüssel gilt sie als eine der aggressivsten Verbündete der chemischen Industrie: Sie hat erfolgreich gegen Verbote von gesundheitsschädlichen Chemikalien von BASF geklagt und vertritt derzeit Chemiekonzerne, um ein Verbot der Ewigkeitschemikalien PFAS abzuwenden. Gesetze zu beeinflussen, steht im Zentrum der Arbeit von Mayer Brown. Schmitz drückt es so aus: „Wir schlagen Brücken zwischen Unternehmen und Genehmigungsbehörden.“ Es gehöre zum Alltag, für die Mandanten Regierungsbeamte zu treffen. Aber Merz' Lobbykontakte reichen weit über Mayer Brown hinaus und bis in sein aktuelles Netzwerk. CORRECTIV hat mit derzeitigen und ehemaligen Parteimitgliedern gesprochen, mit CDU-Insidern sowie Weggefährten. Die Recherche offenbart ein Geflecht aus Thinktanks, PR-Strategen und marktliberalen Akteuren, die bereits auf das CDU-Programm eingewirkt haben und von einem Bundeskanzler Friedrich Merz profitieren könnten.

Frühere Auftraggeber – die Dax-Konzerne – könnten ihn als Kanzler in der Gesetzgebung beeinflussen wollen. Etwa, wenn es um Themen wie Mindestlohn oder Umweltgesetze geht. Dann steckt Merz in einem Interessenkonflikt: Soll er den Forderungen, etwa nach einem niedrigen Mindestlohn, den Konzernchefs nachgeben?

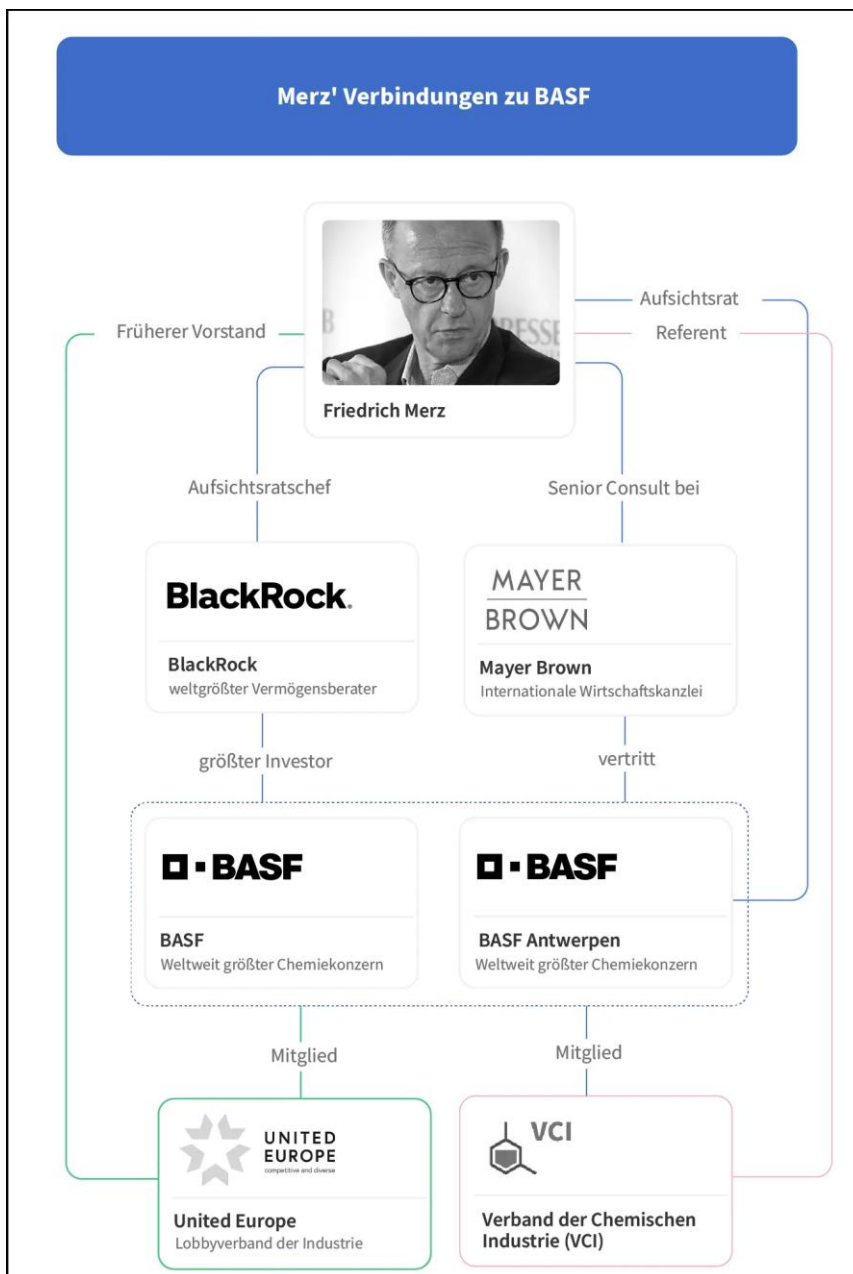
„Merz war eine Schlüsselfigur im deutschen Geschäft“

Merz' jahrzehntelange Arbeit für die Industrie hat ihn unweigerlich geprägt. Auch privat trafen sich Schmitz und Merz oft: Der Amerikaner sprang mit Merz über Korsika mit dem Fallschirm ab, lud ihn und republikanische Senatoren zum Dinner in sein Haus bei Washington ein und fuhr über viele Winter mit Merz' Familie auf Schweizer Pisten Ski. Schmitz, Träger des Bundesverdienstkreuzes, schilderte in vier Videogesprächen mit CORRECTIV seine Zeit mit dem möglichen nächsten Bundeskanzler.

Merz leitete die Berliner Kanzlei von Mayer Brown und stimmte die Aufträge mit den Büros in Frankfurt und Köln ab. „Er war eine Schlüsselfigur in unserem deutschen Geschäft“, sagt Schmitz. Auch Schmitz pflegt gute Kontakte in die deutsche Politik. Beispielsweise, so sagt er im Gespräch mit CORRECTIV, engagierte ihn der frühere CDU-Verkehrsminister Matthias Wissmann als Rechtsberater für die Lufthansa, um das Luftverkehrsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA zu verhandeln. Es trat 2007 in Kraft. Mayer Brown verteidigte auch 2015, also zu Merz' Zeit in der Kanzlei, Volkswagen gegen die Ansprüche der Autofahrer im Dieselskandal. Heute, so schreibt Mayer Brown auf ihrer Homepage, „pausiere die Tätigkeit von Merz bis auf Weiteres.“

Ein Sonderfall: Bei Merz läuft der Drehtür-Effekt umgekehrt

Schon vor seinem Antritt bei Mayer Brown hatte Merz enge Verbindungen zu BASF. Nach dem Jurastudium und einer kurzen Zeit als Richter startete er seine Karriere als Referent beim Verband der chemischen Industrie (VCI) – in dessen Präsidium BASF stets vertreten ist. Mayer Brown vertritt als Kanzlei BASF, den umsatzstärksten Chemiekonzern der Welt. Blackrock, dessen Aufsichtsratsvorsitzender Merz war, ist der größte Investor bei dem Chemieriesen. Und fast ein Jahrzehnt war Merz Verwaltungsrat bei BASF Antwerpen.



Lobbyismus gehört zwar zum politischen Geschäft. Der Drehtüreffekt, bei dem Politiker nach ihrer Amtszeit in die Industrie wechseln, prägt viele Politiker-Karrieren: Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) ging zu Gazprom, Ex-FDP-Entwicklungsminister Dirk Niebel zu Rheinmetall. Bei Merz aber läuft es umgekehrt: Er könnte bei der Bundestagswahl von Posten in der Industrie zum Regierungschef werden.

Der Politikwissenschaftler und Lobbyismusexperte von der Universität Duisburg-Essen, Maximilian Schiffers, sieht einen schwierigen Rollenwechsel für Merz. „Als Unternehmensanwalt muss er den Gewinn maximieren und Einzelinteressen vertreten – als Kanzler das Gemeinwohl im Blick haben.“ Schon der Anschein, persönliche Vorlieben und Kontakte könnten ihn beeinflussen, könnte ihm politisch schaden. Immerhin arbeitete er 16 Jahre als Anwalt für Großkonzerne und saß in mindestens 15 Aufsichts- und Verwaltungsräten. „Seine Biografie bietet eine Angriffsfläche“, so Schiffers.

Die wortgleichen Forderungen von CDU und Chemiebranche

Insbesondere gilt dies für die Chemiebranche. Bei heiklen Konflikten zieht BASF die Anwälte der Firma Mayer Brown hinzu: Die Kanzlei verhandelte vor dem US-Supreme Court einen der weltgrößten Handelsstreits über Preisabsprachen bei Vitaminpräparaten. Ebenso verteidigte sie BASFs

milliardenschwere Lizenzen für ein sibirisches Ölfeld. Mittlerweile ist der Ludwigshafener Chemieriese selbst in Gremien der Kanzlei vertreten.

Merz müsste also als Kanzler seinen früheren Auftraggeber BASF kontrollieren und gegebenenfalls einschränken – schließlich geht es um eine Branche mit oft umwelt- und gesundheitsschädlichen Produkten wie Pestiziden, Plastik und PVC. Zudem nutzt BASF in Deutschland mehr Wasser als alle anderen Industrien – ein politisch brisantes Thema, wenn in Dürrezeiten über Wasserlimits für die Industrie diskutiert wird. Auch hierzu antwortet Merz auf Anfrage von CORRECTIV nicht.

Wenn er sich öffentlich zur Wirtschaftspolitik äußert, klingen seine Worte in vielen Fällen wie vom Chemieverband VCI vorformuliert: Der Ruf nach einem „Belastungsmoratorium“ für Unternehmen, der Kampf gegen das „Bürokratiemonster“ und ein Abbau der „Berichtspflichten“ für die Wirtschaft – Merz und seine frühere Arbeitgeberin, die chemische Industrie, stimmen erstaunlich oft überein, sogar in der exakten Wortwahl.

CDU will Abkehr vom Verbrenner-Aus – wie die Metallindustrie

Im kürzlich beschlossenen CDU-Wirtschaftsprogramm kündigt die Partei Widerstand gegen strenge Regeln für Unternehmen an: „Wir werden bei allen großen EU-Regulierungen für eine maximal pragmatische Weiterentwicklung eintreten.“ Dies wird besonders die Regulierung von Chemikalien betreffen: Die Verordnung REACH regelt den Gebrauch von Chemikalien und soll Mensch und Umwelt schützen. Ihre verschärfte Neufassung wurde verschoben, nun soll sie bald verabschiedet werden. Die EU-CDU fordert, REACH aufzuschieben und „keine Stoffe zu verbieten, die wir dringend benötigen“.

Auch ein Vergleich mit den Positionen der Metallbranche zeigt auffällige Parallelen: Das Wirtschaftsprogramm, mit dem Merz in den Wahlkampf zieht, trägt den Titel „Agenda 2030“. Gesamtmetall-Chef Stefan Wolf forderte Ende 2024 im Interview mit der Funke-Mediengruppe eine „Agenda 2040“ – und sagte auch, was er darunter versteht: ein „flexibleres“ Arbeitszeitgesetz, weil es nötig sei, „mehr zu arbeiten“, eine „vernünftige Energiepolitik“, sprich günstiger Strom dank Wiedereinstiegs in die Atomenergie, eine Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent und das Ende des geplanten Verbrenner-Verbots.

„Ich finde, dass wir länger arbeiten müssen und es auch Menschen attraktiv machen sollten, freiwillig länger zu arbeiten“, sagt Gesamtmetall-Chef Wolf mit Blick auf Rentner. Das entspricht der von der CDU geplanten „Aktivrente“, die es Rentnern ermöglicht, bis zu einem Verdienst von 2.000 Euro steuerfrei weiterzuarbeiten.

Auch alle anderen finden sich im CDU-Wahlprogramm – die Partei will das Verbrenner-Aus rückgängig machen, Steuern senken, die Sozialversicherungsbeiträge „auf die 40-Prozent-Marke hinbewegen“ und Anreize, um „freiwillige Mehrarbeit“, also Überstunden, „attraktiver“ zu machen.

Was ist ein Interessenkonflikt?

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) definiert einen Interessenkonflikt so: „Ein Interessenkonflikt ist ein Konflikt zwischen den Amtsinteressen und den Privatinteressen.“ Es könnte also einer vorliegen, wenn Merz als Bundeskanzler nicht im Sinne des Volkes, sondern im Sinne seiner zahlreichen früheren Arbeitgeber Gesetze verabschiedet. Ausdrücklich sind nicht nur finanzielle Interessen gemeint: Ein Interessenkonflikt kann auch in Folge legitimer privater Aktivitäten, persönlicher Beziehungen und Verbindungen entstehen, wenn diese den öffentlichen Amtsträger in seinen Entscheidungen „ungebührlich beeinflussen“ könnten. Die OECD erklärt auch, warum Interessenkonflikte demokratische Regierungen schwächen: Sie untergraben die Unvoreingenommenheit und Gerechtigkeit von Entscheidungen.

Bemerkenswert ist: Die drei ehemaligen privatwirtschaftlichen Auftraggeber von Friedrich Merz – chemische Industrie, Finanzbranche und Metallindustrie – zählen zu den größten Spendern der CDU. Die Partei erhielt in diesem Wahlkampf bislang mehr als fünf Millionen Euro von Unternehmen und ihren Verbänden, deutlich mehr als die anderen Parteien.

Merz wurde selbst mit Posten und Aufträgen dieser Branchen reich. In einem Fall kassierte er 5.000 Euro pro Tag – das deckte der Stern 2011 auf: Ab Sommer 2010 sollte Merz als Mayer-Brown-Anwalt einen Käufer für die marode nordrhein-westfälische Landesbank WestLB finden – was ihm trotz dieser Vergütung letztlich nicht gelang. Die Höhe seiner Honorare, so John Schmitz heute, erkläre sich durch die Größe der Mandanten. „Als Top-Jurist bekam er eine der höchsten Gehälter der Branche“, sagt sein früherer Partner.

Merz als Kanzler – wer wird ihn beeinflussen?

Seit dem Aufstieg von Friedrich Merz an die Spitze der CDU gewinnen in der Partei unternehmensnahe Kreise an Einfluss: „Von allen Kanzlerkandidaten, die Deutschland je hatte, ist er derjenige, der am stärksten durch neoliberale Vorstellungen geprägt ist“, sagt der Politikwissenschaftler Thomas Biebricher Frankfurter Goethe-Universität. Ein Konzept, das Großkonzernen entgegenkommt: Sie profitieren von niedrigen Steuern und lockeren Regeln für Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Innerhalb der CDU profitiert von der Kräfteverschiebung die Wirtschafts- und Mittelstandsunion (MIT), die Unternehmer, Manager und Selbstständige in der CDU vertritt. Auch wirtschaftsnahe Lobby-Organisationen im Umfeld der Partei sind eng mit der CDU-Führung verschränkt – etwa der Wirtschaftsrat der CDU, trotz des Namens kein Parteigremium, sondern ein Lobbyverband mit sehr guten Drähten in die CDU. Die Organisation Lobbycontrol beschäftigt sich seit Jahren mit den Lobby-Netzwerken um Merz und kritisiert die unklare Rolle des Wirtschaftsrats scharf: Der Verband diene Merz „als Machtbasis“, sagt Christina Deckwirth von Lobbycontrol: „Von hier bekommt er Unterstützung und Rückendeckung und kann sich als Mann der Wirtschaft feiern.“

Als Lobbyverband unterstehe der Wirtschaftsrat nicht den Transparenzpflichten des Parteiengesetzes und könne „dennoch die CDU und insbesondere Merz und den Wirtschaftsflügel der Partei unterstützen“, sagt die Expertin. Merz selbst amtierte im CDU-Wirtschaftsrat jahrelang als Vizepräsident – und verließ den Posten erst kurz vor seiner Wahl zum CDU-Vorsitzenden. Ebenfalls oft gesehener Gast bei dem Verband ist Carsten Linnemann, seit Sommer 2023 Generalsekretär der CDU. Er gilt als wichtigster Mann an der Seite des CDU-Chefs, bestens vernetzt – und politisch als Merz' Ebenbild.

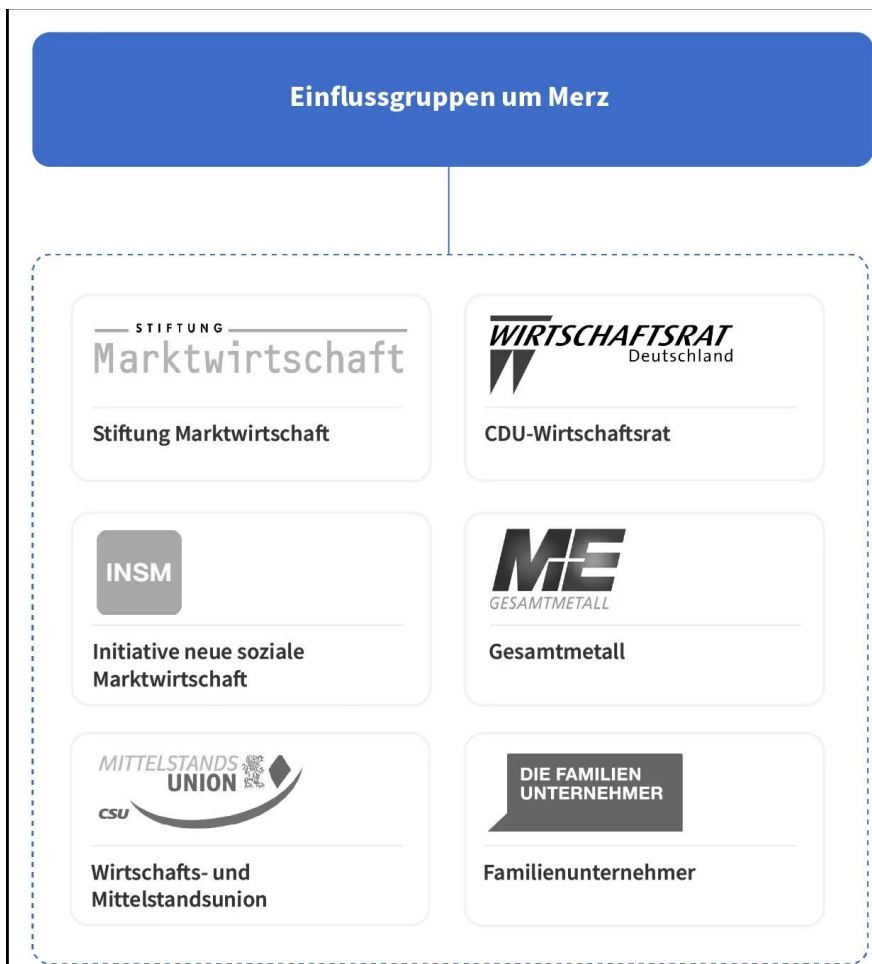
Lobbyisten mit Hang zu scharfen Parolen scharen sich um Merz

Merz umgibt ein spezieller Kreis marktliberaler Lobbyisten, provokativ, fordernd, mit Hang zu scharfen Parolen. Eine zentrale Rolle in dem Geflecht spielt Thorsten Alsleben. Linnemann und Alsleben kennen sich schon lange; der CDU-Generalsekretär war acht Jahre lang Vorsitzender der Mittelstandsunion – und setzte dort seinen Parteifreund Alsleben als Geschäftsführer ein.

Heute leitet Alsleben die Initiative neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), eine Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird. 2023 erhielt die Initiative laut Lobbyregister des Bundestags rund 5,7 Millionen Euro vom Verband Gesamtmetall. „Alsleben ist wichtig, weil er nah an Linnemann ist, und Linnemann ist jetzt Merz in vielen Punkten sehr ähnlich“, sagt ein gut vernetzter CDU-Insider, „diese Verbindung wird weiter eine große Rolle spielen.“

Auch bleibt Linnemann über sein Netzwerk eng mit den Lobbyverbänden verbunden: Sein ehemaliger wirtschaftspolitischer Referent wechselte kürzlich als Chefvolkswirt zur INSM.

Auch mit finanzieller Unterstützung mischt die Initiative bei der CDU kräftig mit. Auf deren jüngstem Parteitag prangte sogar das hellrote INSM-Logo auf Eintrittskarten und Halsbändern. Auf CORRECTIV-Anfrage teilt Alsleben mit, die INSM leiste keine Spenden, sondern konzentriere sich auf „Sponsoring von Veranstaltungen“, die Summen blieben hierbei pro Mal „im Regelfall im vierstelligen, sehr selten im untersten fünfstelligen Bereich.“



Die Lobby-Expertin Christina Deckwirth von Lobbycontrol weist darauf hin, dass es eine „Arbeitsteilung“ zwischen den Verbänden und der INSM gibt, beides greife ineinander: „Die einen sponsern den Parteitag, die anderen finanzieren die Parteien direkt mit“, sagt sie gegenüber CORRECTIV: „Das verzerrt den Wahlkampf und zeigt noch einmal mehr, wie dringend es in Deutschland endlich einen Parteispendendeckel braucht.“

Der Staat soll sich aus der Wirtschaft möglichst raushalten

Friedrich Merz ist der marktliberalen Initiative seit Jahren persönlich verbunden: Er gehörte 2006 zu den Gründungsmitgliedern eines inzwischen aufgelösten Fördervereins der INSM – der die Formierung der Gesellschaft in der Anfangszeit unterstützte. Im Grunde verfolgt Merz noch heute sehr ähnliche Ziele wie sie – weniger Bürokratie, anders gesagt: weniger Regeln und Kontrollen für die Wirtschaft. Die INSM tritt dafür ein, dass der Staat möglichst wenig entscheiden soll und der „Markt“ möglichst viel, sie kämpft gegen Steuern und Abgaben für Unternehmen und fordert Einschnitte bei Sozialleistungen.

Für den Lobbystrategen Alsleben ist Merz offenbar ein Hoffnungsträger, er trommelte schon in der Mittelstandsunion für ihn als CDU-Vorsitzenden. In einem Interview sagte er: „Es war ein wichtiges Ziel der MIT, für das ich mich mit Überzeugung und Herzblut eingesetzt habe, dass Friedrich Merz Parteichef wird.“ Mitten im Wahlkampf ruft Alsleben mit der INSM für diesen Mittwoch (29.01.) in alarmistischen Tönen zum „Wirtschaftswarntag“ am Brandenburger Tor auf, einer Demonstration von Unternehmern für eine andere Wirtschaftspolitik, die Forderungen lesen sich wie eine Synopsis von Merz' Wirtschaftsprogramm: Weniger Bürokratie, weniger Steuern, ein flexibleres Arbeitsrecht. Ziel ist, steht es auf der Website der Aktion, „alle aufzurütteln, dass der Fokus des Wahlkampfs“ und der Regierungsbildung sich auf eine Politik richte, „die Deutschland zu wirtschaftlicher Stärke zurückführt.“

Die Bild titelt: „Bosse planen Mega-Aufstand“

Ist der Protest als Wahlkampf-Hilfe für Merz zu verstehen? Ein Sprecher der INSM weist dies auf CORRECTIV-Anfrage zurück. Es handele sich um eine „parteilich unabhängige Aktion der Wirtschaft.“ Aber in der Bild wurde die Aktion mit schrillen Parolen angekündigt – unter anderem lanciert von der INSM und dem ebenfalls Merz unterstützenden „Verband der Familienunternehmer“, trotz des Namens ein Lobbyverband globaler Konzerne. „Bosse planen Mega-Aufstand gegen Habeck und Scholz.“

Thorsten Alsleben gilt als polternder Lobbyist, der auf sozialen Netzwerken schon mal ausfällig wird: Auf X beschimpfte er eine Berliner Grüne als „kinderlose Ökosozialisten“, von denen er sich sein Auto „nicht nehmen“ lasse. Eine Weile schrieb er eine Kolumne in dem Magazin Idea, das sich selbst als „fröhlich evangelikal“ bezeichnet und forderte christliche Missionierungen in Vorstandsetagen: „Wir brauchen eine Evangelisierung des Top-Managements.“

Eine CDU-Führungsperson, die anonym bleiben möchte, nennt Alsleben einen „gefährlichen Brandstifter.“ Mehrere parteiinterne Kritiker, mit denen CORRECTIV sprach, fühlten sich von dem Lobbyisten eingeschüchtert und infolge missliebiger Äußerungen rüde angegangen. Ein Mitglied sagt: „Wenn der Name fällt, schrecken viele in der CDU zusammen.“

Alsleben schreibt dazu, er kenne niemanden, der ihn so bezeichne. Auf „anonyme unbestimmte Angriffe“ könne er nicht reagieren. „Aber es herrscht Meinungsfreiheit. Das gilt auch für Leute, die mich und meine Einstellung ablehnen.“

Merz' Arbeit für eine der „aggressivsten Anwaltskanzleien in Brüssel“

Auch Merz' langjähriger Arbeitgeber Mayer Brown ist dafür bekannt, vergleichsweise rabiāt vorzugehen. Insbesondere in Brüssel, wo entscheidende Gesetze und Schutzregeln für die Chemieindustrie entstehen. Und Merz diene als ihr Ankerpunkt in Deutschland. Um „effizient zu arbeiten“, so erzählt es sein früherer Kollege Schmitz, mietete Merz ein Loft in der obersten Etage des Kanzleigebäudes am Potsdamer Platz an. In Brüssel hat die Anwaltskanzlei mitunter einen zweifelhaften Ruf. „Mayer Brown gehört zu den aggressivsten Kanzleien in Brüssel“, so die Einschätzung des Lobby-Experten Kenneth Haar von der Organisation Corporate European Observatory. Die Kanzlei werbe gezielt große Chemiekonzerne an, um strengere Gesetze in der EU zu verhindern. So stoppte Mayer Brown 2022 in letzter Minute vor dem Gericht der Europäischen Union ein Verbot von Titandioxid in Produkten wie Spielzeug oder Sonnencreme. Das weiße Pigment ist in Lebensmitteln inzwischen verboten.

Ein prominenter Produzent von Titandioxid: BASF. Ein weiterer Fall, der sich über Jahre erstreckte – auch während Merz' Amtszeit bei Mayer Brown: Die Kanzlei erzielte einen elf Milliarden Euro schweren Vergleich für BASF und weitere Chemiekonzerne, die das Trinkwasser tausender amerikanischer Versorger mit PFAS-Substanzen verunreinigt hatten.

Wenig Interesse an Transparenz und Aufklärung

Derzeit versucht Mayer Brown, in Brüssel ein Verbot der Substanzen zu verhindern: Die Juristen erklärten schon früh ein mögliches Gesetz als „drakonisch“. In Merz' Amtszeit als möglicher Bundeskanzler könnte er in Brüssel seinen früheren Kollegen und Mandanten gegenüberstehen, um über den Umgang mit den „ewigen Giften“ zu entscheiden.

Nach Recherchen der ARD, SZ und dem NDR führt BASF die Lobbykampagne gegen ein Verbot in Brüssel an. Falls ein früherer Top-Anwalt als Kanzler über seine ehemaligen Mandanten entscheidet, entsteht klar ein Interessenkonflikt“, sagt Lobbyexperte Haar. Und die möglichen Streitthemen sind zahlreich: In den kommenden Jahren werden über die REACH-Richtlinie weitreichende Gesetze zur Chemieindustrie verhandelt, etwa zu den Giftstoffen PVC und Bisphenole und ihre Wirkung auf die Gesundheit.

Daher ist es wichtig zu klären, wen genau Merz beraten hat. BASF zählte nach CORRECTIV-Recherchen zu den wichtigsten Kunden. Womit befasste sich Merz während seiner Zeit bei Mayer Brown? Der

Kanzlerkandidat schweigt auf die Anfrage von CORRECTIV. Das spricht nicht gerade für ein großes Interesse an Transparenz und Aufklärung. Bereits 2006 klagte er als Bundestagsabgeordneter dagegen, seine Nebeneinkünfte offenlegen zu müssen – erfolglos.

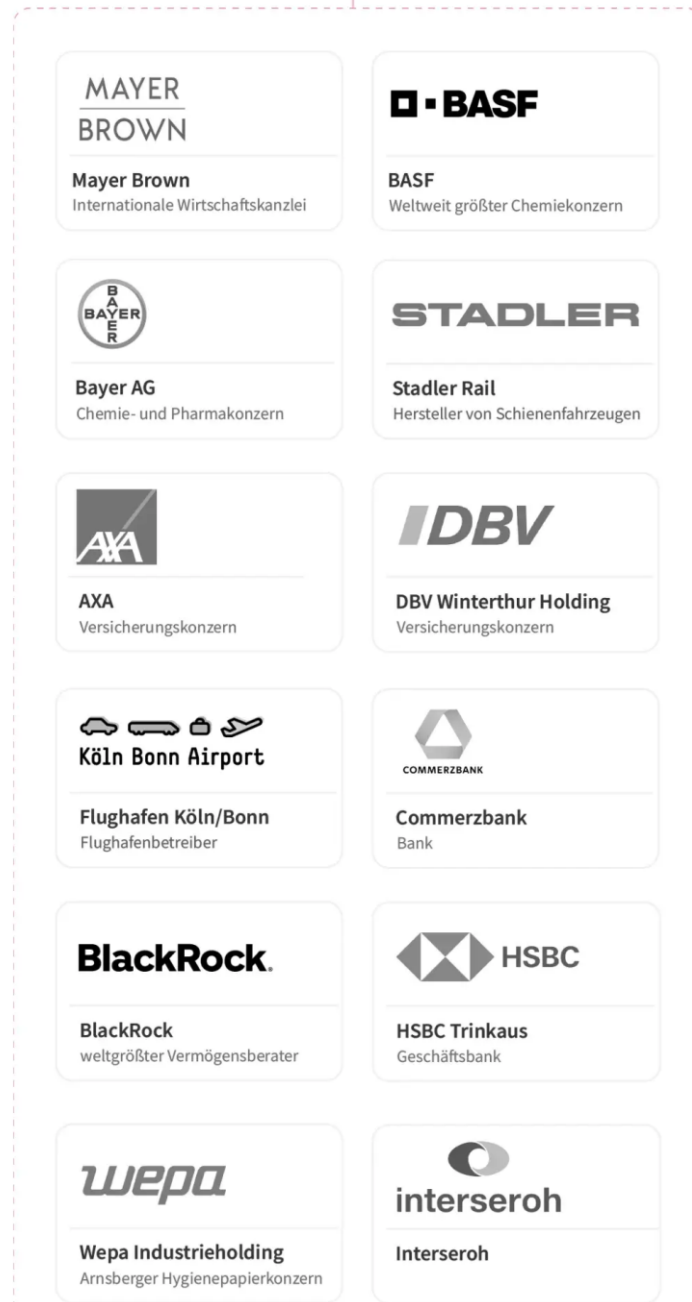
Politikwissenschaftler Schiffers sieht darin eine Steilvorlage für die Opposition. Schließlich reiche schon der Anschein einer nicht neutralen Entscheidung dazu, Kritik hervorzurufen. „Sie könnte nach heiklen politischen Entscheidungen, etwa einer weiteren Zulassung von Giftstoffen, einen Untersuchungsausschuss einberufen und fragen: Hat Friedrich Merz ideologiefrei entschieden?“

Gleichzeitig in mehr als ein Dutzend Aufsichtsräten und Vorständen

Als Merz 2005 bei Mayer Brown einstieg, war er gerade aus der CDU-Bundestagsfraktion ausgeschieden. Solche Top-Kanzleien fungieren wie ein Sprungbrett für lukrative Positionen bei Großkonzernen: Gleichzeitig saß er in den Aufsichts- und Verwaltungsräten von AXA Konzern AG, DBV-Winterthur Holding AG, Deutsche Börse AG, IVG Immobilien AG, WEPA Industrieholding, Stadler Rail AG und HSBC Trinkaus & Burkhardt AG – und wie erwähnt bei BASF Antwerpen.

Bis 2020 war er zudem Vorstand von „United Europe“, einem Lobbyverband, der ein „wettbewerbsfähiges Europa“ anstrebt. Im Vorstand und unter den Mitgliedern finden sich vorwiegend Industrievertreter, etwa der Öl-Multi Saudi-Aramco, Meta (früher Facebook), Siemens, Eon – und BASF.

Merz' frühere Einkommensquellen



„Ein Kanzlerkandidat ohne Regierungserfahrung, aber mit viel Lobbyerfahrung – das ist wirklich neu“, sagt Gerhard Schick, früherer grüner Finanzpolitiker und heute Vorstand des Vereins „Bürgerbewegung Finanzwende“. Was Merz in den Aufsichtsräten tatsächlich gemacht habe, ließe sich nicht nachweisen – diese Gremien sind notorisch intransparent.

Auch beunruhige ihn, dass Merz in den vergangenen Jahrzehnten in keinem grundsätzlichen Punkt seine Meinung geändert habe – obwohl er jeweils andere Seiten vertrat: „Wer einen so wichtigen Rollenwechsel vornimmt, hätte sich an der einen oder anderen Stelle mal korrigieren müssen. Aber wir sehen an keinem Punkt eine Neujustierung bei seinem Wandel vom Blackrock-Chef zum CDU-Chef und Kanzlerkandidaten.“

Merz und Cum-Ex

Auch Merz' Rolle im Cum-Ex-Skandal wirft bis heute Zweifel auf. Er war für drei Finanz-Unternehmen tätig, die in den wohl größten Steuerbetrug aller Zeiten verstrickt gewesen sein sollen: Cum-Ex ist eine kriminelle Methode, mit der sich Banken und Finanzmarkt-Akteure Steuergelder erstatten ließen, die sie zuvor gar nicht gezahlt hatten – dem Staat gingen dabei rund zehn Milliarden Euro verloren. Bei Bankern von HSBC Trinkaus & Burkhardt gab es im Zusammenhang mit Cum-Ex Durchsuchungen. Merz saß dort dem Beirat vor, beim deutschen Ableger von Blackrock, wo es wegen Cum-Ex ebenfalls zu Razzien kam, war er Aufsichtsratschef. Blackrock dementiert eine Beteiligung an den Deals. Auch bei Mayer Brown beschäftigte man sich mit dem Thema Cum-Ex: Die Kanzlei bot ein Webinar für Kunden an, die vielleicht mit den betrügerischen Geschäften zu tun hatten: „Cum-Ex-Deals: Wie man rechtliche und Reputations-Risiken ermittelt und ihnen begegnet“ lautete der Titel.

Merz ist schon mehrfach gefragt worden, wie er sich damals zu Cum-Ex-Deals verhalten hat: Waren diese Geschäfte Thema in den Unternehmen? Wurde in den Aufsichtsräten, denen er angehörte, das Für und Wider erörtert? Hat er vor dieser Art des Steuerbetrugs gewarnt? 2018 sagte er der Süddeutschen Zeitung, er halte Cum-Ex-Deals für „unmoralisch“, mit Blick auf Blackrock teilte er mit, er sehe „keinerlei Konfliktslage“. Eine klarere Antwort gibt er nicht, auch zu konkreten Details lässt er Fragen offen. Das heißt nicht, dass Merz in Cum-Ex-Geschäfte verstrickt war, sagt Gerhard Schick von der Bürgerinitiative Finanzwende. „Aber eines macht misstrauisch: Merz vermeidet jegliche Auskunft über seine mögliche Rolle. Er ist da nicht besser als der Kanzler mit seinen Erinnerungslücken.“ Die Frage sei also, wie es mit der Cum-Ex-Aufklärung weitergehen wird, wenn Merz Bundeskanzler wird.

Im Kreis der Berater um Merz lassen sich personelle Verbindungen teilweise jahrzehntelang zurückverfolgen: Der Politikwissenschaftler Thomas Eilfort zum Beispiel leitete Anfang der 2000er das Büro des damaligen CDU-Fraktionschefs Friedrich Merz. Dann wechselte Merz in die Wirtschaft, zu Mayer Brown, und Eilfort in den Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, einem als neoliberalen Thinktank, den er bis heute führt. Die Stiftung Marktwirtschaft stellt sich offensiv gegen „staatliche Bevormundung“, fordert möglichst wenig Einschränkungen für den Markt und kritisiert die Wirtschaftspolitik der Ampel-Koalition immer wieder scharf.

Noch heute zählt Eilfort hinter den Kulissen zu Merz' wichtigen Einflüsterern. Und seine Ehefrau, Barbara Götze, leitet nun Merz' Büro. Eilfort und sein Kollege im Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, Bernd Raffelhüschen, tauchten auch als „Botschafter“ der Initiative neue soziale Marktwirtschaft (INSM) auf, die hinter dem „Wirtschaftswarntag“ steht.

Merz selbst hat ebenfalls enge Verbindungen zur Stiftung Marktwirtschaft, er war schon vor gut 20 Jahren Teil ihrer „Kommission Steuergesetzbuch.“ Dort wurde 2005 ein umfassendes Steuerkonzept als Grundlage für die Bundesregierung erarbeitet. Friedrich Merz wirkte laut Presseberichten daran mit und reichte das rund 600 Seiten starke Kompendium dann aus dem Lobbythinktank als Grundlage für neue Gesetze weiter in die Politik.

Großkonzerne sind die erfolgreichste Lobby

Lobbyismus prägt die Politik: Konzerne, Gewerkschaften und Umweltschutzverbände wollen Entscheidungen beeinflussen. Doch es gibt zwei wesentliche Unterschiede: Unternehmenslobbyisten streben nach individuellem Profit, während Verbraucher- und Kinderschutzverbände das Wohl vieler im Blick haben. Entscheidend ist auch, so Politikwissenschaftler Maximilian Schiffers, dass Unternehmensverbände deutlich häufiger und nachdrücklicher Einfluss nehmen als zivilgesellschaftliche Gruppen wie etwa Umweltverbände. „Die Wirtschaftslobby agiert zahlreich und dauerhaft, mit langfristigen Kontakten – vom Wirtschaftsgipfel im Kanzleramt bis zu Unternehmensbesichtigungen im Wahlkreis.“ Ihr größter Erfolg: Sie vermitteln den Eindruck, ihre Interessen dienen der gesamten Gesellschaft. Doch das stimmt nicht – Konzerninteressen sind nicht gleichbedeutend mit dem Gemeinwohl.

„Die Partei verliert ihre Seele und baut ihr Wertesystem ab“

Wirtschaftsfreundlich und konservativ war die CDU schon immer. Aber es gab auch immer starke andere Strömungen, den Arbeitnehmerflügel, sozialliberale Stimmen. Nun scheint das Gleichgewicht der Kräfte innerhalb der Partei zunichtegemacht. Eine junge, meist männliche und marktliberale Garde strebt nach oben. Auch rechtskonservative Stimmen aus der Vergangenheit mischen wieder mit.

Ein Beispiel: Roland Koch, Ex-Landes-Chef der CDU-Hessen, gilt als Merz-Berater im Hintergrund. „Ein großes Problem ist, dass viele Posten jetzt mit Mitgliedern der Mittelstand- und Wirtschaftsunion besetzt werden“, sagt ein Kommunalpolitiker, der selbst einem örtlichen Verband der Wirtschaftsunion angehört. Aber den einseitigen Kurs der CDU sieht er als Risiko für die Partei: „Da wird die Wirklichkeit nicht mehr abgebildet.“

Gerade Parteimitglieder, die sich als Christdemokraten alter Schule verstehen, machen sich Sorgen. „Das hat kaum noch etwas mit dem christlichen Konservatismus zu tun, hinter dem ich stehe“, sagt Andreas Püttmann, Politikwissenschaftler, gläubiger Katholik, eng mit der CDU verwurzelt. Ausgetreten ist er schon 2009, unter Angela Merkel, aber die wirkliche Entfremdung, sagt er, die passiere jetzt gerade: „Die Partei verliert ihre Seele, baut ihr Wertesystem ab und wird zum konservativ-wirtschaftsliberalen Tory-Projekt.“

Top-Manager und Großunternehmer applaudieren für Merz

Als Merz für den CDU-Vorsitz kandidierte, stellten sich viele Großunternehmer und Top-Manager hinter ihn: Zu seinen Unterstützern zählten etwa der Tunnelbauer Martin Herrenknecht, der Kampagnen gegen Windräder finanziert, oder der Trigema-Chef Wolfgang Grupp. Auch auf Rückhalt bei Gesamtmetall-Chefs Stefan Wolf kann Merz sich verlassen; in einem Statement gratulierte er Merz zu seiner Wahl als CDU-Vorsitzender.

Man kann Merz seine früheren Aufsichtsratsmandate nicht vorwerfen. Aber wenn sich daraus Interessenkonflikte ergeben, bedrohen diese Verflechtungen die Demokratie. Der Gesamtmetall-Verband vertritt die Interessen der Autoindustrie. Wie bei BASF bahnen sich hier Konflikte zwischen Merz' Nähe zur Autoindustrie und anderen politischen Zielen an, wie etwa klimafreundliche, bezahlbare Autos oder Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Ein zentraler Punkt für Lobbyisten wie Thorsten Alsleben und auch für die CDU unter Merz ist aktuell das Thema Bürokratieabbau: Das klingt, als müsste ein veralteter Staat entschlackt und sinnlose komplizierte Regelungen abgeschafft werden. Das mag zum Teil auch zutreffen. Allerdings verbergen sich hinter dem Begriff bei den Kampagnen der Lobbyisten auch Gesetze, die Umweltstandards und Menschenrechte sichern und Korruption bekämpfen sollen, etwa das Lieferkettengesetz.

Es gibt Fotos, die zeigen, wie Friedrich Merz und die frühere CDU-Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner bei einer PR-Aktion der INSM auf dem CDU-Parteitag offenbar symbolisch das Lieferkettengesetz schreddern wollen. Alle drei stehen nebeneinander, lächeln in die Kamera, Schulter an Schulter.

Auf dem CDU-Parteitag hatte die INSM einen Schredder aufgebaut, um angeblich zu bürokratische Gesetze vernichten zu können.

Recherche und Text: Annika Joeres und Gabriela Keller

Illustration und Grafiken: Mohamed Anwar

Redaktion: Justus von Daniels, Jonathan Sachse, Frida Thurm

Faktencheck: Robin Albers

Kommunikation: Alicia Reusche, Anna-Maria Kaufmann, Esther Ecke, Valentin Zick

Die Angaben zu Merz' Tätigkeit im Aufsichtsrat von BASF Antwerpen wurden nachträglich korrigiert. Ursprünglich hieß es, er habe dort den Bereich Farben und Pigmente geleitet. Dies trifft nicht zu, wir haben die Angabe daher gelöscht. In Folge von Hinweisen des Pressesprechers von Friedrich Merz haben wir die Angaben zu den Aufgaben des Fördervereins der INSM präzisiert, da die Formulierung zuvor missverständlich war. Merz war zwar nicht an der Gründung der Initiative im ersten Stadium 1999 beteiligt. Er aber gehörte zu den Gründungsmitgliedern des

Fördervereins, der von 2005 bis 2014 existierte. Die INSM GmbH unter diesem Namen gibt es seit 2007. Zuvor stand hinter der Initiative eine Agentur namens Berliner PR. Die Pressestelle von Merz hatte auf Fragen hierzu und zu allen anderen Themen vor der Veröffentlichung nicht geantwortet

Ad 24.

Die reichen Unionschefs machen Politik für Reiche

Friedrich Merz und Markus Söder gehören zu den wohlhabendsten Politikern der Republik. Und was für ein Zufall: Ihre Politik nützt besonders den Reichen und schadet den Armen

TAZ 1.2.2025 - Von Jost Maurin

Die CDU- und CSU-Chefs sind millionenschwer – und fordern eine Politik, die vor allem ihresgleichen nützt. Friedrich Merz bezeichnete sich selbst mal als „Millionär“. „Heute verdiene ich rund eine Million Euro brutto“, ergänzte er 2018 in der Bild am Sonntag. Jahrelang machte der frühere Europa- und Bundestagsabgeordnete seine politischen Kontakte zu Geld: zum Beispiel als Partner einer Wirtschaftskanzlei sowie als Aufsichtsrats-, Verwaltungsrats- oder Beiratsmitglied in Konzernen wie dem Versicherer DBV-Winterthur, der Commerzbank, dem Chemiekonzern BASF, dem Eisenbahnhersteller Stadler Rail und dem US-Investmentfondsverwalter BlackRock. Die Liste seiner Jobs, die er teils auch neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter ausübte, ist zu lang, um sie hier vollständig wiederzugeben.

Interessenkonflikte sah Merz natürlich nicht zwischen seinen Nebenjobs und seiner Funktion als Politiker. Er war sogar so dreist, 2006 vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die vom Bundestag beschlossene Veröffentlichungspflicht für Nebeneinkünfte von Abgeordneten zu klagen. Immerhin gab er nach seiner Politikpause ab 2009 und seiner Rückkehr in den Bundestag 2021 alle bezahlten Nebentätigkeiten auf. Er hatte ja auch schon genug verdient. Beim Börsengang von Stadler 2019 wurde bekannt, dass er Aktien des Unternehmens im Wert von damals 5,7 Millionen Euro besaß. Wenn er zu Terminen eilt, muss er sich nicht um verspätete oder überfüllte Züge kümmern. Stattdessen fliegt Merz gern mit seinem zweimotorigen Kleinflugzeug vom Typ Diamond DA62. Heute kosten solche Modelle dem österreichischen Hersteller zufolge um die 1,6 Millionen Euro. Merz muss auch nicht verzweifelt nach einer bezahlbaren Mietwohnung suchen: Mehrmals wurde berichtet, dass er neben seinem Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen eine Villa am Tegernsee habe. Dass sich Merz trotz seiner Millionen 2018 als Teil der „gehobenen Mittelschicht“ bezeichnete, ist entweder Hohn – oder er weiß wirklich nicht, wie wenig durchschnittliche Menschen in Deutschland verdienen und besitzen. Auf jeden Fall zeigte diese Äußerung des CDU-Politikers, wie abgehoben er ist. Denn 2021 hatte der Durchschnittshaushalt ein Nettovermögen – also Sach- und Finanzwerte abzüglich sämtlicher Verbindlichkeiten – von nur gut 316.500 Euro. So steht es im Sozialbericht 2024 der Bundeszentrale für politische Bildung. „Am unteren Ende der Vermögensverteilung gab es etwa 6 % Haushalte, die entweder kein oder ein negatives Nettovermögen aufwiesen, das bedeutet, die Verbindlichkeiten waren sogar höher als das Bruttovermögen“, so der Bericht. Die reichsten 5 Prozent der Haushalte besaßen demnach ein Nettovermögen von mindestens 1,1 Millionen Euro. Also: Merz und die Seinen gehören eindeutig zu den Reichen in Deutschland.

Das gilt auch für CSU-Chef Markus Söder. Der Franke hat sehr gut verdient als Abgeordneter, Minister und Ministerpräsident, aber vor allem hat er reich geheiratet: Seine Frau Karin Baumüller-Söder hat von ihrem Papa einen schönen Anteil an dessen Baumüller-Gruppe geerbt. Die Baumüller Nürnberg GmbH stellt elektrische Antriebs- und Automatisierungssysteme her und hat laut Konzernabschluss allein im Geschäftsjahr 2022/23 rund 12 Millionen Euro Gewinn verbucht.

Reich erben und reich heiraten: Ist es etwa das, was das Wahlprogramm der Union unter „Leistung muss sich wieder lohnen“ versteht?

Und so ein Zufall: Das Wahlprogramm von CDU und CSU nützt besonders den Reichen. Mehr als die Hälfte der 99 Milliarden Euro Steuern, auf die die Union verzichten will, schlüge sich auf den Konten des einkommensstärksten Zehntels der Bevölkerung nieder, hat Volkswirt Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) errechnet. Das oberste Prozent würde um 28 Milliarden Euro pro Jahr zulasten der Allgemeinheit reicher werden. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung dagegen würde nur um knapp 12 Milliarden Euro entlastet.

Das liegt zum Beispiel daran, dass Merz und Söder laut Wahlprogramm den Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer abschaffen wollen. „Der verbliebene Solidaritätszuschlag belastet fast nur noch Hochverdiener“, sagt Bach. Diese Entlastung in Höhe von 12,5 Milliarden Euro gehe zu 93 Prozent an die reichsten 10 Prozent der Steuerzahler. Eine Vermögensteuer für Reiche dagegen lehnt die Union genauso wie FDP und AfD im Gegensatz zu SPD, Grünen, Linker und BSW ab.

Ein Grund dafür könnte sein, dass Merz' und Söders Familien von so einer laufenden Abgabe auf sehr hohe Vermögen vermutlich selbst betroffen wären. Und sie müssten wahrscheinlich weniger zahlen, wenn die Union ihre Steuerpläne durchsetzt.

Vielleicht fehlt Merz und Söder einfach auch das Verständnis für Leute mit weniger „Erfolg“, die Vorstellungskraft, wie es diesen Menschen geht, und die Empathie für Arme. Jedenfalls führen die Unionschefs ein Leben, das weit von den Sorgen der meisten Menschen entfernt ist. Vielleicht äußern sie sich deshalb immer wieder abfällig über Bürgergeldempfänger und fordern, dass die Menschen in Deutschland wieder mehr arbeiten sollten.

Es gibt sicherlich Politiker, die reich sind und dennoch dafür kämpfen, dass die soziale Ungleichheit abnimmt. Aber genau das tun Merz und Söder eben nicht.

Und was sagen die beiden Unionspolitiker zu dem Vorwurf, sie könnten die Sorgen von Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen nicht verstehen, auch weil sie selbst so wohlhabend seien? Diese Frage der taz ließen Merz und Söder bis Redaktionsschluss unbeantwortet. Dann müssen die Wähler sie wohl selbst beantworten.

und

**Privatflugzeug von CDU-Kanzlerkandidat - Wie Merz durch die Bundesrepublik flog
Alle paar Tage ist Friedrich Merz' Privatflugzeug in den vergangenen Jahren gestartet. Das zeigt eine
Datenanalyse der taz. Die Emissionen sind hoch.**

TAZ 14.2.2025 - Von Nicolai Kary und Lalon Sander

Am frühen Nachmittag hebt das Flugzeug von CDU-Parteichef Friedrich Merz auf dem Flugplatz im sauerländischen Arnsberg ab. Rund neun Grad Außentemperatur, Sonne und klare Sicht. Es ist der 8. März 2024, Weltfrauentag, und in Stuttgart findet die Grundsatzkonferenz der CDU statt. Hier soll der Entwurf des Grundsatzprogramms der Union „In Freiheit leben“ diskutiert werden. Mindestens 324 Kilometer legt das Flugzeug in der Luft zurück.

Der Flug dauert etwas mehr als eine Stunde. Um circa 15 Uhr landet die Maschine mit dem Kennzeichen D-IAFM. Das FM steht wohl für Friedrich Merz. Um 18 Uhr wird er eine Grundsatzrede halten und sich dagegen aussprechen, dass der Verkauf von neuen Verbrennerautos in der EU ab 2035 verboten wird: „Wer das heute verbietet, ist morgen dafür verantwortlich, dass dieses Land ärmer wird.“

Im Anschluss geht es für ihn ins Stuttgarter Neckarstadion, ein Instagram-Post zeigt ihn zusammen mit dem Generalsekretär der CDU, Carsten Linnemann, und der Bundestagsabgeordneten Christina Stumpp. Gemeinsam verfolgen sie dort eine Unions-Niederlage: 2:0 endet das Spiel zwischen dem VfB Stuttgart und dem FC Union Berlin. Am nächsten Tag hebt die Maschine von Merz wieder ab. Mit einem rund vierstündigen Zwischenstopp in Frankfurt-Egelsbach geht es weiter zum Flugplatz Arnsberg-Menden. Mit seinem Propellerflugzeug sorgte Merz bereits im Jahr 2022 für Aufregung. In Begleitung seiner Ehefrau flog er zur Hochzeit von FDP-Chef Christian Lindner auf die Insel Sylt. Im Netz hagelte es Häme und Kritik. Merz verteidigte sein Luxus-Hobby: „Ich stehe dazu, und es ist, wenn Sie so wollen, ein alter Traum von mir.“ Merz' Flugzeug ist eine Propellermaschine mit fünf Sitzen, eine Diamond DA62, ein Flugzeug, das fast eine Million Euro kostet.

160 Flüge in drei Jahren

Merz ist der Kanzlerkandidat der Union, die derzeit in den Umfragen zur Wahl führt. Sollte er zum Kanzler gewählt werden, wäre er der erste mit einem Pilotenschein. Als Kanzler wäre er dafür verantwortlich, Deutschlands internationale Klimaschutz-Zusagen umzusetzen. Kann Merz, der im Monat seines Sylt-Flugs noch private Haushalte zum Energiesparen aufrief, glaubwürdig für Klimaschutz einstehen?

Wohin Friedrich Merz Privatflugzeug in den letzten drei Jahren geflogen ist

© OpenStreetMap contributors

100 km

N

Arnsberg ↔ Schönhausen: 60 Flüge

Arnsberg ↔ Frankfurt: 16 Flüge

3-4 Flüge im gesamten Zeitraum

1-2 Flüge im gesamten Zeitraum

 Grafik: Lalon SanderQuelle: opensky/eurocontrol OPDI

Anhand von Fluglisten der Wissenschaftsdatenbank Opensky und der europäischen Flugkontrollorganisation Eurocontrol konnte die taz die Flüge von Merz' Maschine in den vergangenen drei Jahren analysieren: Seit 2022 hat die Diamond DA62 mindestens 160 Mal abgehoben, also alle paar Tage. Insgesamt ist sie mehr als 50.000 Kilometer geflogen und hat dabei mehr als 23 Tonnen CO₂ emittiert. Erstmals wird deutlich, wie viel Merz mit seinem Flugzeug unterwegs ist.

Woher stammen diese Daten?

Häufigste Flugroute dabei: Die Strecke zwischen Arnsberg – wo Merz wohnt und der örtliche Flughafenchef stolz Journalisten Merz' Flugzeug zeigt – und Schönhausen, südlich von Berlin, taucht 60 Mal auf. Der Hinflug fällt oft auf den Beginn von Sitzungswochen des Bundestags. Wenn diese enden, gibt es einen Flug zurück nach Arnsberg. In der Merz-Biografie von Volker Wesing heißt es, die Flüge nach Berlin seien „die schönste Stunde seines Tages“.

Ansonsten taucht die Propellermaschine an vielen Regionalflughäfen in Deutschland auf – oft, wenn Merz einen Termin in der Gegend hat. Deutlich seltener geht es ins Ausland: mal nach Tschechien, in die Schweiz oder nach Frankreich. Die meisten von der taz analysierten Flüge sind offensichtlich beruflich:

Medienberichte und Social-Media-Posts von den Reisetagen belegen, dass Merz an Parteiveranstaltungen oder anderen öffentlichen Terminen teilnahm. Hin und wieder sind auch private Reisen dabei, wie jene nach Sylt.

Hohe Emissionen – selbst für reiche Deutsche

Merz stoße allein durch seine Privatflüge so viel CO₂ aus „wie jede*r Deutsche im Schnitt insgesamt pro Jahr“, sagt Lena Donat, Mobilitätsexpertin bei Greenpeace. Laut Umweltbundesamt emittieren Deutsche etwa 10,5 Tonnen CO₂ im Jahr, nur 2,1 Tonnen davon werden der Mobilität zugeschrieben, inklusive Flugreisen. Merz kommt auf etwa 8 Tonnen nur mit seiner Propellermaschine. Auf Fragen der taz zu Merz' Flugverhalten und seiner Klimabilanz antwortete die Pressestelle nicht.

Als Abgeordneter hat Friedrich Merz eine Bahncard 100, kann also kostenlos Zug fahren. Warum fliegt er trotzdem so oft, und wer zahlt dafür? Ein CDU-Sprecher teilte lediglich allgemein mit, dass Reisekosten mit einem Privatfahrzeug im Rahmen der internen Richtlinien übernommen würden – in Höhe eines vergleichbaren Bahntickets.

Der CO₂-Fußabdruck variiert stark mit dem Einkommen. Einer Studie zufolge kamen die Haushalte mit einem Einkommen von monatlich mehr als 10.000 Euro netto auf etwa 4,4 Tonnen Mobilitätsemissionen pro Person – immer noch die Hälfte von Merz' Flugzeug. Die ärmsten Haushalte mit weniger als 900 Euro monatlich kamen nur auf 0,6 Tonnen.

Zehn Mal so viel CO₂ wie mit der Bahn

Auf seinen Flug nach Sylt angesprochen, machte Merz im Sommerinterview 2022 einen anderen Vergleich: „Mit meinem Kleinflugzeug verbrauche ich weniger Sprit als jeder Dienstwagen eines Mitglieds der Bundesregierung.“ Tatsächlich nutzt Merz keinen Geschäftsreisejet, die oft ein Vielfaches an Treibhausgasen emittieren. Sein Flugzeug gilt als besonders effizient: Laut Hersteller verbraucht es etwa 16 Liter Diesel auf 100 Kilometer.

Dennoch ist Merz' Behauptung falsch. Faktenchecks zeigten schon damals, dass sein Flugzeug in etwa so viel Sprit verbraucht wie der gepanzerte Dienstwagen des Bundeskanzlers, der etwa 20 Liter auf 100 Kilometer verbraucht. Die von anderen Minister*innen genutzten Dienstwagen verbrauchen eher 10 Liter auf 100 Kilometer – wobei Benzin emissionsarmer ist als Diesel. Der grüne Landwirtschaftsminister Cem

Özdemir witzelte: „Mein Dienstwagen ist ein E-Auto und verbraucht deshalb direkt gar keinen Sprit. Mein Fahrrad auch nicht.“

Arnsberg und Schönhagen – Merz' häufigste Flugstrecke – liegen 370 Kilometer Luftlinie auseinander. Die Diamond DA62 schafft die Strecke in weniger als anderthalb Stunden, verbraucht dafür 60 Liter Diesel und emittiert rund 157 Kilo CO₂. Bis in die Berliner Innenstadt sind es dann noch 50 Kilometer, die Merz mit dem Zug oder Dienstwagen fahren muss.

Mit dem Auto fährt man von Arnsberg nach Berlin 490 Kilometer, braucht über 5 Stunden und emittiert bei 10 Litern Verbrauch etwa 116 Kilo CO₂. Würde Merz mit Cem Özdemirs E-Dienstwagen fahren, sinken die Emissionen auf ein Drittel, weil Strom in Deutschland noch nicht vollständig emissionsfrei ist.

Mit der Bahn müsste Merz einmal in Dortmund in den ICE umsteigen, wäre in viereinhalb Stunden in Berlin und würde für die gesamte Distanz nur etwa 15 Kilo emittieren – ein Zehntel dessen, was die Diamond DA62 ausstößt. Und die Fahrt wäre für den Abgeordneten kostenlos.

„Klimaschädlich und elitär“

„Das ist eine klimaschädliche und elitäre Form des Reisens. Das können wir uns vor dem Hintergrund der Klimakrise einfach nicht mehr leisten“, sagt Greenpeace-Expertin Lena Donat. Die steigende Zahl der Privatflüge sei ein weltweites Problem. Merz ließ eine Frage dazu, wie er die Klimabilanz seiner Flüge bewertet, unbeantwortet.

„Ein Großteil der Menschen wünscht sich mehr Klimaschutz“, so Donat. „Sollte Merz ins Kanzleramt einziehen, braucht er Antworten, wie die Union sich bezahlbaren Klimaschutz vorstellt.“ In Sachen Mobilität seien Maßnahmen wie der Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Fern- und Nahverkehrs sowie ein bezahlbares Deutschlandticket wichtig, so Donat.

Es scheint nicht so, als würden für Merz und die Union die Emissionen aus dem Verkehr eine hohe Priorität einnehmen. Im Gegenteil: In ihrem Wahlprogramm betonen CDU und CSU den Individualverkehr als „Inbegriff von Freiheit“ und wollen Anreize zum Klimaschutz abschaffen. Das Verkaufsverbot für Verbrenner ab dem Jahr 2035 solle rückgängig gemacht werden, Tempolimits und Fahrverbote für Innenstädte lehne man ab. Merz selbst lehnt auch eine Umweltprämie für E-Autos ab. Zum Fliegen heißt es, dass die Luftverkehrskosten sinken sollen, damit mehr aus Deutschland geflogen wird.

Gerade Vielreisende wie Merz – ob mit Privatflugzeug oder Auto unterwegs – dürften damit kaum noch Druck verspüren, ihren Klima-Abdruck zu reduzieren. Dabei liegt der Bereich Verkehr und Mobilität schon seit Jahren zurück. Während Deutschland die Gesamtemissionen seit 1990 mehr als halbiert hat, sind diese im Bereich Verkehr nur um etwa 10 Prozent gesunken.

Seit November steht Merz' Propellermaschine offenbar in Arnsberg still. Ob der Wahlkämpfer einfach keine Zeit hat? Oder ob es beim Spitzenkandidaten Sicherheitsbedenken gibt? Oder ob der Pilot wie auch in den vergangenen Jahren im Winter seltener fliegt? Vom Bundeskriminalamt, das schon jetzt für Merz' Sicherheit zuständig ist, heißt es, dass dazu aus Sicherheitsgründen keine Angaben gemacht werden. Auch von Merz gab es dazu keine Antwort.

Sicher ist: Sollte Merz Kanzler werden, wird er weiterhin fliegen – dann aber mit der Flugbereitschaft der Bundeswehr und nicht selbst am Steuer.

Ad 25.

"Sofortprogramm" der CDU: Parteitag soll Merz' Asylpläne beschließen

Tagesschau 02.02.2025 02:04 Uhr

Die CDU will auf einem Parteitag am Montag ein "Sofortprogramm" für den Fall eines Wahlsieges beschließen. Teil sind auch Merz' umstrittene Migrationspläne. In der "Bild am Sonntag" sprach Merz von einer "Garantie" für eine Politikwende.

Trotz lauter Proteste und Kritik aus den eigenen Reihen will die CDU direkt nach einer Regierungsübernahme den umstrittenen Fünf-Punkte-Plan von Parteichef Friedrich Merz zum Stopp der irregulären Migration umsetzen. Das verspricht die Partei im Beschlussentwurf für ein "Sofortprogramm", das am Montag von den 1.001 Delegierten eines Wahlparteitags in Berlin verabschiedet werden soll. Er liegt mehreren Medien vor. Zuerst hatten die "Rheinische Post" und das Portal "Politico" über das Papier berichtet.

Das 15-Punkte-Programm unter dem Titel "Unser Sofortprogramm für Wohlstand und Sicherheit" wurde am Abend an den Parteivorstand verschickt. Es ist in zwei Themenkomplexe unterteilt und enthält komprimiert wesentliche Teile aus dem CDU-Wahlprogramm. Mit neun von 15 Einzelpunkten legt das Sofortprogramm unter der Zwischenüberschrift "Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand" einen Schwerpunkt auf Wirtschaftsthemen.

Merz gibt "Garantie" für Politikwende

Mehrere Beschlüsse der gescheiterten Ampel-Regierung von SPD, Grünen und FDP sollen rasch zurückgedreht werden. Bei jeder Entscheidung werde man genau darauf achten, "dass sie der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, dem Wohlstand und der Sicherheit der Menschen im Land dient", heißt es in dem Papier.

Unionskanzlerkandidat Merz bekräftigte in der "Bild am Sonntag" die Pläne: "Ich gebe den Wählerinnen und Wählern in Deutschland die Garantie, dass es in der Wirtschaftspolitik und in der Asylpolitik eine wirkliche Wende gibt. Wir brauchen in Deutschland einen Politikwechsel."

Ampelbeschlüsse sollen zurückgenommen werden

Das "Sofortprogramm" sieht außerdem vor, dass Stromsteuer und Netzentgelte so gesenkt werden sollen, dass eine Entlastung von mindestens fünf Cent pro Kilowattstunde entsteht. Für einen Rückbau der Bürokratie will die CDU weniger Betriebsbeauftragte, keine Bonpflicht, eine Abschaffung der deutschen Lieferkettenregulierung und der Belastungen durch das Energieeffizienzgesetz. Das Heizungsgesetz der Ampel soll abgeschafft, die Agrardieselrückvergütung wieder vollständig eingeführt werden. Anstelle einer täglichen soll eine wöchentliche Höchstarbeitszeit festgelegt und so flexibleres Arbeiten ermöglicht werden. Überstundenzuschläge sollen steuerfrei gestellt werden. Wer in der Rente freiwillig mehr arbeiten will, soll sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei bekommen. Die CDU will die Umsatzsteuer auf Speisen in Restaurants und Gaststätten auf sieben Prozent reduzieren. Zudem soll die Zahl der Regierungsbeauftragten halbiert werden.

Merz hält an Plänen zu Asylpolitik fest

Neben dem Fünf-Punkte-Plan von Merz mit dauerhaften Grenzkontrollen, Zurückweisungen an den Grenzen und einem zeitlich unbefristeten Ausreisearrest für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder will die CDU das am Freitag im Bundestag gescheiterte "Zustrombegrenzungsgesetz" weiter verfolgen.

Eine Begrenzung der Migration wird als klares Gesetzesziel genannt, ebenso das Ende des Familiennachzugs für subsidiär - also eingeschränkt - Schutzberechtigte und mehr Befugnisse für die Bundespolizei. Die CDU will laut Sofortprogramm zudem so rasch wie möglich die "Express-Einbürgerung der Ampel rückgängig" machen. Sie betont: "Der deutsche Pass steht am Ende der Integration und nicht am Anfang."

Das Cannabis-Gesetz soll abgeschafft werden. Sexueller Missbrauch von Kindern soll mit der Speicherung von IP-Adressen bekämpft werden. Mit einer elektronischen Fußfessel will die Partei Gewalttäter gegen Frauen stoppen.

(..

Ad 27.

Hinweis: Zum Zeitpunkt der folgenden Rede war noch nicht absehbar, dass auch Herbert Kickl den Auftrag, eine Regierung in Österreich zu bilden, zurückgeben musste (g.w.)

„Wir werden nicht gemütlich sein“

Der Publizist Robert Misik warnt in seiner Rede davor, wie Demokratien schrittweise erodieren und dann abrupt kippen können. Er zeichnet ein alarmierendes Bild der politischen Lage und mahnt zur Wachsamkeit

10.2.2025 – Robert Misik

Sie stehen heute hier, weil Sie Verhältnisse, wie sie in meinem Land herrschen, verhindern wollen. Ich wiederum stehe heute hier, weil ich Ihnen von den Geschehnissen in meinem Land berichten will. Aber ich verstehe diese Einladung, hier zu sprechen, auch als einen Akt der Solidarität. Dass ihr nicht wegseht, bei dem, was bei uns passiert. Wenn Sie mich fragen, wie Demokratien sterben, dann kann man darauf vielleicht eine Antwort geben: Allmählich, und dann plötzlich.

In meinem Land ist es sehr wahrscheinlich, dass wir demnächst einen Rechtsextremen Bundeskanzler haben werden – Herbert Kickl, Chef der FPÖ, der seine Partei in den vergangenen Jahren noch einmal radikalisiert hat. Es ist etwa so, als würde Björn Höcke bei Ihnen Bundeskanzler werden.

Dem vorausgegangen sind bei uns dreißig Jahre der Vergiftung des Klimas und der Vergiftung der Sprechweisen, der Sprache. Ein Wir-gegen-sie.

Dem vorausgegangen ist jedoch auch, dass der Konservatismus kippt, dass die Kooperation mit den Extremisten als normal hingestellt wird. Erst ist es ein Tabubruch, dann wird es langsam zur gewohnten Übung. Es ist, das ist die Lehre aus meinem Land, so unschätzbar wichtig, dass Sie genau jetzt, genau bei den ersten Versuchen, den ersten Tabubrüchen, schon aufstehen und sagen: Halt, stopp, hier geht's steil bergab, da lauert der Abgrund!

*Was einen rechtsextremen Bundeskanzler in Österreich zuletzt zu einer solchen gefährlichen Realität, oder besser, realistischen Gefahr gemacht hat, war eine Abfolge von Fehlhandlungen, unverzeihlichen Fehlern. Die Rechtsextremen haben 28,8 Prozent erhalten. Parteien, die allesamt eine Koalition mit Herbert Kickl ausgeschlossen haben, haben 71 Prozent der Stimmen erhalten. Doch dann sind diese Parteien daran gescheitert, eine Regierung zuwege zu bringen. Sie haben ihre Wähler*innen verraten. Es ist ein irrwitziger, ein unverzeihlicher Fehler.*

Wir müssen uns in meinem Land auf ungemütliche Zeiten einstellen, auch wenn man über uns ja sagt, wir hängen an der Gemütlichkeit. Nein, man soll sich keinen Illusionen hingeben: Die Demokraten, die bunte Zivilgesellschaft, die vielfältigen Milieus heutiger moderner Gesellschaften, wir werden zähen, entschlossenen, auch mutigen Widerstand leisten müssen. An jeder Stelle. Tag für Tag. Jeder und jede an ihrem Platz. Um an jeder Stelle, an der der autoritäre Umbau vollzogen werden wird, mit Opposition und Gegenwehr aufzutreten. Wir werden nicht gemütlich sein.

Wenn es denn so kommt: Denn noch können die Konservativen in Österreich umkehren und eine Regierung der Mitte bilden. Deswegen sage ich den Protagonisten auch von hier das, was ich seit einem Monat immer wieder sage: Kommt runter von diesem Horrortrip! Robert Misik

Ad. 28

Westbalkan und Deutschland - Die Rückkehr der echten Helgas

Für Serbien ist Deutschland Feindesland. In den anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawien ist der Ruf der Deutschen besser – noch.

TAZ 12.2.2025- von Erich Rathfelder

Das gibt's doch gar nicht“, die AfD-Vorsitzende Alice Weidel sehe aus wie „Helga“, ruft die fast 60-jährige Lejla aus Sarajevo. Sie hatte gerade in einer Zeitung einen Bericht über die Neuwahlen in Deutschland und die AfD gelesen.

Die Lehrerin kann sich noch gut erinnern, wie sie während ihrer Schulzeit selbst als Blondine gehänselt wurde. „Helga“ war im ehemaligen Jugoslawien nämlich das Sinnbild für die eiskalte, deutsche Nazifrau und KZ-Wächterin. „Wenn man Frauen beleidigen wollte, sagte man einfach Helga zu ihr“, lacht sie beim Wein in der linken Traditionskneipe, wo immer noch ein Porträt des ehemaligen Staatschefs Tito über dem Tresen hängt.

Die Blutspur während der Besetzung Jugoslawiens durch deutsche Truppen 1941 bis 1945 hat jahrzehntelang das Deutschlandbild im ehemaligen Jugoslawien geprägt. Die Deutschen waren noch lange Zeit für viele „die Faschisten“ schlechthin. Punkt. Aufgeweicht allerdings wurde diese Position nach dem Besuch von Willy Brandt 1973 und die Freundschaft mit Tito, waren doch beide antifaschistische Kämpfer während des Spanischen Bürgerkriegs 1936. Die Grenzen wurden für Gastarbeiter geöffnet und das hatte positive Rückwirkungen auf die Gesellschaft von Slowenien bis Kosovo.

Modell Deutschland

Auch unter Helmut Schmidt wandelte sich das Deutschlandbild weiter. Das „Modell Deutschland“ wurde Vorbild in Jugoslawien, die soziale Marktwirtschaft war dem Sozialismus in den Ostblockstaaten überlegen, die Verbindung soziale Sicherheit und Fortschritt galt als attraktiv.

Doch scheiterte der jugoslawische Vielvölkerstaat nach Titos Tod 1980 an seiner Reformunfähigkeit und dem Aufkommen des Nationalismus. Die Staatspartei, der Bund der Kommunisten, brach 1990 auseinander. Serbien sah sich als Hegemonialmacht bedroht. Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien wollten die serbische Dominanz abschütteln. Indem Deutschland die reformorientierten Republiken unterstützte, stellte es sich gegen Serbien. Im Januar 1992 erkannten alle in der EG außer Griechenland die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens an. Vor allem die Kroaten dankten Deutschland für diese Unterstützung, Serbien jedoch sah in Deutschland nun eine feindliche Macht. Das blieb bis heute so – trotz der Kriege von 1991 bis 2001. Für junge Künstler und Intellektuelle, vor allem aber für Arbeitskräfte vom Busfahrer bis zum Arzt wurden Deutschland und die EU noch attraktiver. Religiöse Katholiken, Orthodoxe, Muslime und Rechtsradikale störten sich indes mehr und mehr daran, dass in Deutschland sexuelle Minderheiten gleichgestellt wurden. Aber Deutschland blieb für die meisten attraktiv. Doch es zeichnet sich eine Trendwende ab. Arbeitskräfte kommen zurück. Die Mieten seien für Familien viel zu hoch und die Atmosphäre Ausländern gegenüber wandle sich, klagen sie. „Die echten Helgas sind wieder da“, sagt Lejla nachdenklich und nippt am Wein.

(Textzusammenstellung: Gisela-Ingrid Weissinger.
Keine Veröffentlichung im Sinne des Presserechts.)